

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
064-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10-15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr., Dänemark 6,75 dkr., Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 275,00 Din., Luxemburg 28,00 lfr.,
Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 nkr., Österreich 14 ös., Portugal 115 Esc.,
Schweden 6,50 skr., Schweiz 2,90 sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 165 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Haiti: In der Übergangsregierung gibt es Befürchtungen über eine Infiltration des Landes durch kubanische Guerrilla-Einheiten. (S. 5)

Festnahmen: Bei einer Großrazzia hat die französische Sicherheitspolizei im Zusammenhang mit der jüngsten Attentatserie 50 Personen aus Nahost festgenommen. (S. 2)

Golfkrieg: Die arabischen Länder drängen angesichts der Eskalation im Golfkrieg bei den westeuropäischen Ländern verstärkt darauf, ihre Beziehungen zu Iran zu nutzen, um Teheran in den Verhandlungslust zu bringen. Die Arabische Liga teilte mit, zur Zeit gebe es entsprechende Sondierungen in den meisten Hauptstädten der EG-Länder. Die arabischen Botschafter berieten in Bonn über eine Erklärung zum Golfkrieg.

Deportiert: Der litauische Priester Matulionis ist nach Sibirien deportiert worden. Er war in einem „Untergrund“-Seminar auszubilden worden.

Neue Heimat: Die Bundesregierung hat eine finanzielle Unterstützung des gewerkschafts-eigenen Unternehmens entschieden abgelehnt. Das Kabinett war sich nach den Worten von Regierungssprecher Ost darin einig, daß der DGB für das Schicksal der Neuen Heimat verantwortlich sei. Zur Sanierung des Gewerkschaftskonzerns würden keine Bundesmittel bereitgestellt.

Verteidigung: Für die rasche Entwicklung eines europäischen nichtatomaren Verteidigungssystems hat sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner ausgesprochen. (S. 12)

Laser: Für den Aufbau einer eigenen französischen Raketenabwehr hat sich eine Studienkommission des französischen Verteidigungsministeriums ausgesprochen. Dabei setzten die Experten weniger auf Anti-Raketen-Raketen, die gegnerische Flugkörper zerstören sollen, sondern auf neue Waffen, die bereits während der Antriebsphase angreifen.

Exklusiv in der WELT

SERIE PHILIPPINEN

Auf den Philippinen tobt ein Machtkampf zwischen Marcos und der Opposition. Kommunistische Rebellen kontrollieren 20 Prozent des Staatsgebiets. Welche Risiken ergeben sich für die US-Basen? Eine Serie von heute an in der WELT. Seite 7

BARSCHELS WARNUNG AN DIE ARD
Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel sieht das ZDF gefährdet, falls die ARD ihre Dritten Programme bundesweit verbreitet. In einem Beitrag für die WELT warnt Barschel vor den Folgen einer „ungeordneten Konkurrenz um die besten Reichweiten“. Seite 6

GRUNDIG IM AUFWIND
Unter der Führung von Hermann Koenig wurde die Firma Grundig binnen zwei Jahren neu formiert - mit großem Erfolg. Ein Porträt des Konzernchefs. Seite 14

WIRTSCHAFT

Constructa '86: Als zukunfts-trächtigen Markt hat Bundesbauminister Schneider die Renovierung und Modernisierung der Bebaubasis bezeichnet. (S. 13)

US-Defizit: Nach einer Umfrage, die das „Wall-Street-Journal“ durchgeführt hat, halten nur 31 Prozent der Amerikaner die Haushaltsdefizite, die in den vergangenen Jahren mit jeweils mehr als 200 Milliarden Dollar zu Buche schlugen, für ein nationales Problem. Zwar fühlt sich die große Mehrheit nicht ganz wohl angesichts dieser gewaltigen Zahlen, zu schmerzhaften Eingriffen ist sie jedoch nicht bereit. Allerdings sind alle Amerikaner für weitere Kürzungen der Bundesausgaben.

Verschuldung: Die IWF-Haltung gegen Peru verhärtet sich. Eine Warnung hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds Präsident Garcia ins Haus geschickt. Danach verliert Peru das Recht, Kredite zu ziehen, wenn nicht bis Mitte April überfällige Zahlungen in Höhe von 75 Millionen Dollar eingegangen sind. Aufgelauten sind Rückstände seit September. Die Aktion gegen Peru ist härter ausgefallen als erwartet. Garcia sollte auf seine Pflichten hingewiesen werden.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern bei eher schwächerem Gesamtindexdruck erneut uneinheitlich. Auf dem Rentenmarkt hielt sich die freundliche Stimmung. WELT-Aktienindex 284,59 (283,99), BHF Rentenindex 105,485 (105,466), BHF Performance Index 101,089 (101,402), Dollarmittelkurs 2,3605 (2,3789) Mark, Goldpreis je Fein-unze 337,25 (335,80) Dollar.

KULTUR

„Blauhart“: Hellmuth Miatseks Inszenierung am Münchner Gärtnerplatz hinterließ Zweifel, Obenbachs Musik klang bei der Premiere noch etwas struppig. (S. 20)

SPORT

Ski Alpine: Markus Wasmeier (Schiersee) und Regina Mösenlechner (Inzell) gewannen die Abfahrtsstafette bei den Deutschen Meisterschaften in Todtnau (Schwarzwald). (S. 11)

Tennis: Wolfgang Popp (130. der Weltangliste) kritisierte beim Turnier in Boca West (Florida) Wimbledonssieger Becker: „Mit ihm will derzeit keiner Doppel spielen.“ (S. 11)

AUS ALLER WELT

Gesundheit: Die Zulassung von Arzneimitteln und ihre Überprüfung auf mögliche schädliche Nebenwirkungen will das Bundesgesundheitsamt in Berlin beschleunigen. Dem Amt sind 57 neue Stellen bewilligt worden, so daß die Untersuchungen forciert werden können. (S. 22)

Schnee: Ein Chaos haben die stärksten Schneefälle seit dem Katastrophenwinter von 1929 in Österreich verursacht. Die Niederschläge hatten seit Samstag einen Meter Schnee gebracht. Zahlreiche Gehöfte mußten ausgetrennt werden, so daß die Versorgung mit Nahrungsmitteln versorgt werden. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Das Dilemma der Tories - Leitartikel von Reiner Gattermann S. 2

Nordafrika: Politische Tricks und Taktik sind im Maghreb zu Hause - Von Achim Remde S. 7

Umwelt-Forschung-Technik: England prüft Pläne für neues Überschall-Flugzeug S. 10

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 10

Fernsehen: Bewährtes aus Mainz mit R. Appel wieder im ZDF - Jetzt fragen Journalisten S. 20

Schnee und Glotzels behördern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Heute entscheidet sich das Schicksal von Intendant Loewe

Auch die Bundes-CDU sucht nach einer Lösung der Probleme beim SFB

hrk/fac. Berlin/Bonn
Das spektakulärste personalpolitische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Rundfunks steht heute vormittag in Berlin bevor. Erstmals wird ein Rundfunkrat über die Abwahl eines Intendanten entscheiden: Es geht um die mögliche Ablösung von Lothar Loewe, der seit 1. März 1983 den Sender Freies Berlin (SFB) leitet und dessen Amtsführung wiederholt zu Auseinandersetzungen im Hause und in der Öffentlichkeit geführt hat.

Ein Tag vor der geheimen Abstimmung zeichnete sich gestern ein Vorstoß aus der Mitte des Rundfunkrats ab. Der Berliner Senatssprecher Winfried Fests als Nachfolger zu gewinnen. Eine Gruppe von „Grauen“ - sie stellen mit 22 Mitgliedern die Mehrheit der 31 Rundfunkräte - will dem Vorhaben nach Fest selbst aufsuchen und ihm bitten, eine Kandidatur zuzustimmen.

Weder Fests Dienstherren, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, noch CDU-Generalsekretär Klaus Lowowsky wünschen dem Vernehmen nach eine solche Lösung. Diepgen selbst besitzt ein verständliches und dringendes Interesse daran, angesichts der für ihn außerordent-

lich schwierigen politischen Situation seinen Berater nicht zu verlieren. Lowowsky wiederum hält Fest anscheinend nicht für „hart“ genug. In der CDU-Bundeszentrale befürchtet man, Fest könne zu parteifremden Agieren. Dort wird eher der Lösung zugehört, RIAS-Intendant Peter Schiwy („Unser Traumkandidat“) zu präsentieren und den RIAS künftig vom heutigen NDR-Programmdirektor Olaf von Wrangel führen zu lassen.

Die „Grauen“ im Rundfunkrat wollen sich angesichts des Machtverlusts von Loewe aber nicht länger hinhalten lassen. Für Fest gäbe es eine sichere Zweidrittel-Mehrheit, da er bis ins linke Spektrum hinein Stimmen bekäme. Wenige Stunden vor der Abstimmung über den Abwahlantrag werden intern Rechnungen aufgemacht, die eine relative Mehrheit für die Abwahl von 12 gegen 10 Stimmen bei etwa vier Enthaltungen sehen. Wie immer die Wahl jedoch ausgeht - Loewes Plan, bereits am 17. Februar auf einer weiteren Sitzung seinen Chefredaktions-Wunschkandidaten Jürgen Engert durchzubringen, dürfte scheitern. Loewes Gegner können jederzeit durch Auszug aus der Sitzung oder Nichterscheinen das Gre-

mum beschlußfähig machen. Dies ist bereits intern angedroht worden.

Wie ernst die Bundes-CDU die Vorgänge im SFB nimmt, zeigt sich in der Tatsache, daß es in den vergangenen Wochen mehrmals Gespräche zwischen Berlin und dem CDU-Vorsitzenden Bundeskanzler Kohl gegeben hat. In der Union wurden auch Alternativ-Modelle diskutiert. In diese Überlegungen wurde der NDR einbezogen, in dem die CDU gewisse Personal-Reserven hat. Ferner wurde der Name des Chefredakteurs von ARD-Aktuell, Edmund Gruber, genannt. Gruber hatte sich bereits einmal um den Intendantenposten beim SFB bemüht.

Für die CDU ist in diesem Jahr das Problem Berlin der zweite neuralgische Punkt ihrer Medienpolitik. Die Erwartungen, die sie in den von ihr gewählten - WDR-Intendanten Friedrich Nowotny setzte, haben sich nicht erfüllt. Nowotny entschied sich weder bei der Auswahl seines Fernsehredirektors (Günter Struve) noch bei der Benennung seines TV-Chefredakteurs (Rolf Schmidt-Holt) für einen Kandidaten aus dem Unions-spektrum. Unter den Medienpolitikern der CDU ist bereits von „Enttäuschung“ über Nowotny die Rede.

Terrorist Abu Nidal in Ost-Berlin?

Hinweise auf Behandlung durch Spezialisten des „DDR“-Regierungskrankenhauses

W.K. Berlin/Wien
Der palästinensische Kommandoführer Abu Nidal, der als Drahtzieher der Anschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien gilt, hält sich in Ost-Berlin auf. Das wurde im Zusammenhang mit der Einladung des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honeker an PLO-Chef Yassir Arafat, am XI-SED-Parteitag im April in Ost-Berlin teilzunehmen, bekannt. „DDR“-Stellen ließen ausländische Diplomaten durch offizielle Kanäle in Wien wissen, bei einem Besuch Arafats werde es nicht zu einem Gipfel-treffen der Kontrahenten im Kampf um die palästinensische Nationalbewegung kommen.

Der Aufenthalt des als Anführer zahlreicher schwerer Terroranschläge und Attentate verdächtigten 49-jährigen Palästinensers in der „DDR“ hängt offenbar mit dessen schwerer Krankheit zusammen. Dem Bundeskriminalamt lagen im Dezember 1985 Erkenntnisse vor, wonach Abu Nidal sich zeitweise nur mühsam bewegen könne. Aus Nahost wurde zudem gemeldet, der Kommandoführer, der mit bürgerlichem Namen Sabri al Banna heißt, leide an Leberkrebs. Über die Gründe seines gegenwärtigen Aufenthaltes in der „DDR“ und die Ursache seines Leidens ist bisher weder von palästinensischer Seite noch von „DDR“-Stellen etwas bekanntgegeben worden.

Abu Nidal wird vermutlich von Ärzten des „DDR“-Regierungskrankenhauses behandelt, das von der 75-jährigen Alt-Kommunistin Professor Helga Mücke-Wittbrodt geleitet wird. Dem Klinikum in Berlin-Buch stehen alle westlichen Medikamente und modernste medizinische Apparaturen zur Verfügung. Die Kosten der Behandlung werden aus einem Budget bestritten, das nach Nidals Angaben ein nicht genannter arabischer Öl-Staat der „Fatah-Bewegung-Revolutionärer Rat“ zur Verfügung stellt. Aus diesem Fonds werden offenbar auch die Kosten der Betreuung verwundeter Terroristen in „DDR“-Krankenhäusern und Heimen bestritten. Der Palästinenser kann sich innerhalb der „DDR“ so sicher wie in keinem anderen Ort im Nahen Osten fühlen. Der Staatssicherheitsdienst schirmt ihn ab.

Bei einem geheimen Treffen mit Libyens Staatschef Khadafi Anfang 1985 hatte Abu Nidal eine Anschlagstrategie gegen amerikanische, britische, israelische und ägyptische Personen und Einrichtungen beraten. Der „Fatah-Revolutionär“ wollte auch gegen libysche Regimegegner vorgehen. Für die Kommandos von Khadafi wurde angeblich ein Jahresetat von insgesamt rund sechs Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Das „DDR“-Verteidigungsministerium hatte im Herbst 1985 durch den inzwischen verstorbenen Minister Heinz Hoffmann (SED) den Palästinensern Unterstützung versprochen. Dazu gehört die Ausbildung von Dün-selgerpiloten auf „DDR“-Flugplätzen.

Reagan sieht „Anschein von Fälschung“

Vorsichtige Reaktion auf die Vorgänge in Manila / Habib sondiert auf den Philippinen

FRITZ WIRTH, Washington
Mit betonter Vorsicht und Zurückhaltung hat Präsident Reagan während seiner jüngsten Pressekonferenz zur umstrittenen Wahl auf den Philippinen Stellung genommen. Er vermittelte jeden direkten Kommentar zur den Spekulationen über den Wahlausgang und stellte fest: „Wir werden mit jeder Regierung zusammenarbeiten, die vom philippinischen Volk gewählt worden ist.“

Reagan spielte außerdem die Berichte über angebliche Wahlbetrügereien herunter. Er sprach davon, daß es einen „Anschein von Fälschung“ bei dieser Wahl gegeben habe, daß aber bisher keine schlüssigen Beweise dafür vorlägen und schloß nicht aus, daß diese Fälschungen von beiden Seiten in der Wahl begangen sein könnten. Reagan berief sich auf diese Einschätzung auf Berichte seiner Wahlkommission unter Leitung von Senator Richard Lugar, die die Wahlen auf den Philippinen beobachtet hat.

Wie von Mitarbeitern im Weißen Haus berichtet wurde, hat Reagan diesen vorsichtigen Kurs auf Anraten Lugars eingeschlagen. Lugar fürchtet offensichtlich, daß eine massive Kritik an der Wahl zu einem Zeitpunkt, da das offizielle Wahlergebnis noch nicht vorliegt, die gegenwärtig brisante innenpolitische Situation auf den Philippinen weiter destabilisieren oder zur Folge haben könnte, daß Präsident Marcos die Wahlen annulliert.

Präsident Reagan kündigte ferner an, daß er den Diplomaten Peter Habib nach Manila entsenden wird, um dort die „Wünsche und Nöte der Bürger“ nach dieser Wahl einzuschätzen. Habib ist ein erprobter „Troubleshooter“ im State Department, der in den letzten Jahren vor allem im Nahen Osten eingesetzt wurde.

Bemerkenswert zurückhaltend äußerte sich Reagan zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski. „Ich habe keine Möglichkeit, ihre Motive dafür zu er-

mitteln“, sagte Reagan. „Ich weiß nur, daß seit dem Genfer Gipfel mehr Leute als in vielen Jahren zuvor freigelassen worden sind. Ich bin davon überzeugt, wir können nur hoffen, daß dies ein Beginn ist.“

Zu den Terminproblemen um seinen nächsten Gipfel mit Gorbatschow sagte Reagan, daß er nach wie vor einen Termin im Juni bevorzuge. Spekulationen darüber, daß die Sowjets versuchen könnten, als Gegenleistung für einen den Amerikanern genehmen Gipfeltermin Konzessionen bei den Abrüstungsverhandlungen zu erreichen, wies Reagan zurück. „Ich glaube nicht, daß eine derartige Koppelung Erfolg haben würde.“

Von den insgesamt 34 Fragen, die Reagan auf dieser Pressekonferenz gestellt wurden, bezogen sich zwei Drittel auf innenpolitische Probleme. Reagan betonte dabei erneut, daß Steuererhöhungen zur Reduzierung des amerikanischen Defizitproblems nicht in Frage kämen.

DER KOMMENTAR

Klassen-Kämpfer

PETER PHILIPPUS

Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Ausgesparten keine Arbeitslosenunterstützung, denn die „Pläne“ der Bundesregierung zur Novellierung des Paragraphen 116 sahen vor, daß „Kurzzeitarbeiter“ kalt ausgesparten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll.

Diese Behauptungen sind falsch, aber sie finden sich nicht in irgendeinem hastig zusammengeschmierten Pamphlet, sondern in einem 72 Seiten starken Materialband für die Schulen - für den freilich die Kultusministerien nichts können; die Lehrgewerkschaft GEW hat das Stück fabrizieren lassen und an ihre Mitglieder zur Verwendung im Unterricht verschickt.

Die Falschdarstellungen sind nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß irgendein weltfremder Pauker ein ihm unbekanntes Thema anpackte. Viel mehr hat die GEW sich den Text einfach von den Kollegen der IG Metall geben lassen. Die Arbeitgeberseite oder gar die Bundesregierung hatten keine Chance, etwas beizutragen. Sie wurden erst gar nicht gefragt.

Das Fälschungswerk ist ein Komplementärstück zu einer jetzt in den Kommunen anlaufenden SPD-Kampagne, mit dem der für die Normalbürger unverständliche Schrei nach dem Recht auf Grif in die Staatskasse popularisiert werden soll. So ist es schon ein Lehrstück für die Jugend - ein Lehrstück dafür, wohin pädagogische Verantwortungslosigkeit und politische Einäugigkeit führen können. Eine andere Frage ist es, ob Kinder und Eltern es sich bieten lassen müssen, daß Klassenkämpfer im öffentlichen Dienst, die von Amts wegen den Zugriff haben, den Unterricht umgestalten.

Die Kultusminister können sehr wohl disziplinarisch gegen Lehrer vorgehen, die den Unterricht für parteiliche Agitation mißbrauchen. Und wo sie es nicht tun, sollten Eltern sich zusammenschließen und sich notfalls an die Gerichte wenden. Ihre Kinder sind kein Freiwild für Agitatoren.

Bundeskanzler traf Strauß in München

DW. München/Bonn

Bundeskanzler Kohl und der bayerische Ministerpräsident Strauß haben sich am Dienstag in München zu einem Meinungsaustausch getroffen. Einzelheiten der Unterredung wurden nicht bekannt. Strauß deutete jedoch gestern in seiner Passauer Rede an, daß über die Behandlung der sieben Sicherheitsgesetze gesprochen wurde, gegen die von der FDP noch teilweise Bedenken erhoben werden. Strauß sagte, der Koalitionspartner wäre gut beraten, wenn die Gesetze so verabschiedet würden, wie dies von den Parteivorsitzenden vereinbart worden sei. Unterdessen bekräftigte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel, daß es bei der Bundestagswahl 1987 „keine Erbhöfe“ für die FDP gebe. Dies gelte auch für das Außenministerium. Solange Strauß politisch tätig sei, so Waigel, werde man ihn nicht von der Bonner Bühne abschreiben können.

Seite 3: Die Sorgen des FFS

Staatsanwalt erhebt Anklage gegen Antes

DW. Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gestern Anklage gegen den früheren Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes und sieben Mitange-schuldigte erhoben. Nach Angaben eines Justizsprechers wird dem am Dienstag aus der CDU ausgetretenen Antes Bestechlichkeit, Erpressung und Untreue vorgeworfen. Er sitzt seit dem 4. November 1985 in Untersuchungshaft.

Die Ermittlungen im Zusammenhang mit weiteren Bestechungsvorfällen gegen Antes dauern nach Angaben des Sprechers an. Sie richteten sich gegen insgesamt 37 Beschuldigte und die acht Angeeschuldigten. Von den jetzt Angeeschuldigten sitzen drei in Untersuchungshaft und einer in Straftat. Drei der Angeeschuldigten wurde Haftverschonung gewährt. Ebenfalls in Untersuchungshaft sitzen drei weitere Beschuldigte.

Seite 4: Korruptionsaffäre

Journalistenschule Axel Springer

DW. Berlin

Die Axel Springer Verlag AG will eine „Journalistenschule Axel Springer“ gründen. Das künftige Vorstandsvorsitzende Peter Tamm auf der ersten Hauptversammlung nach Umwandlung des Verlages in eine Publikums-gesellschaft in Berlin an. Damit wolle man ein Markenzeichen für die Branche schaffen. „Praxisnähe als oberstes Gebot.“ Die Vorstände der Schule sein. Die Vollständler würden um 15 Prozent erhöht.

Die Gründung sei ein entscheidender Beitrag, die Herausforderung der Medienzukunft publistisch zu bewältigen. Der Hauptversammlung liegt der Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1985 vor, als noch die alten Beteiligungsverhältnisse galten.

Seite 15: Die Hauptversammlung

SPD trägt Streit um 116 in Kommunen

p. p. Bonn

Die SPD hat den politischen Kampf gegen den Regierungsentwurf zum „Streikparagraphen“ 116 im Arbeitsförderungs-gesetz nicht nur auf der Ebene ihrer Bonner Zentrale und der Bundestagsfraktion beschränkt, sondern ist auch in den Kommunen aktiv geworden. Über die Partei-„Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik“ sind die SPD-Fraktionen in allen Stadt- und größeren Gemeinde-Parlamenten mit fast gleichlautenden Anträgen angetreten. Der kommunale Bezug des Paragraphen 116 wurde dadurch hergestellt, daß in den Vorlagen hieß, „eine Änderung, wie die derzeit von der Bundesregierung vorgesehene, verschiebt die Gewichte zu Lasten der Sozialämter bei den Kommunen“.

Trend zum Positiven im innerdeutschen Reiseverkehr

„DDR“ erlaubt mehr Rentnern vorübergehende Ausreise

BERND HUMMEL, Eschwege
Neue Besserung im innerdeutschen Reiseverkehr: Mehr als 3,6 Millionen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland führen im vergangenen Jahr in die „DDR“. Dies entspricht gegenüber 1984 einer Steigerung von 3,7 Prozent, erklärte ein Sprecher des Innerdeutschen Ministeriums in Bonn.

Mit diesem Rekord 1985 sei die Gesamtzahl der Reisenden von 1979 noch übertraffen worden. Wie stark die erhöhten Umtauschsätze den Reiseverkehr beeinträchtigten, so das Ministerium, habe sich 1982 deutlich erkennen lassen. Damals sei mit 2,9 Millionen Reisenden ein Tiefstand erreicht worden. Deshalb bemühte sich die Bundesregierung nach wie vor in Gesprächen um eine Reduzierung der erhöhten Umtauschsätze.

Die Reisebilanz des vergangenen Jahres weist noch eine andere Besonderheit auf. Mit 1,6 Millionen Reisenden - dies entspricht einer Steigerung von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr - wurde der Höchststand an Rentnerbesuchen aus der „DDR“ er-

reicht. Gleichzeitig genehmigte die „DDR“ in einem bisher nicht dagewesenen Umfang West-Besuche in dringenden Familienangelegenheiten. Mit 66 000 Genehmigungen im Vorjahr (1984 - 61 000) wurde nicht nur eine Steigerung um 8,2 Prozent, sondern auch die höchste Zahl seit Inkrafttreten dieser Regelung im Jahr 1972 erreicht. Dessen ungeachtet erwartet das Innerdeutsche Ministerium, daß sich Ost-Berlin an die Ankündigung hält und die Genehmigungspraxis für Westreisen in Familienangelegenheiten erleichtert.

Einen statistischen Rückgang der Besucherzahlen hat das Ministerium allerdings bei den Tagesreisen in die grenznahen Bereiche der „DDR“ festgestellt. Bei ihnen ging die Gesamtzahl um mehr als sieben Prozent auf 318 000 zurück. Der Grund dafür: Seit August 1984 gestattet die „DDR“ für den grenznahen Reiseverkehr den Aufenthalt bis null Uhr des auf die Einreise folgenden Tages. Seither sind Übernachtungen möglich, so daß die Besucher zwar länger bleiben, dafür aber nicht so oft fahren.

Gericht entscheidet für Wackersdorf

DW. München

Die Arbeiten zum Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe im oberpfälzischen Wackersdorf können fortgesetzt werden. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München lehnte einen Antrag auf Verfügung eines Baustopps ab, den vier Anwohner gestellt hatten. Die Antragsteller hatten ihre Forderung nach Aufhebung des So-fortvollzugs der Baugenehmigung in erster Linie damit begründet, daß die Baugenehmigung rechtswidrig erteilt worden sei. Nachdem der Stellvertreter des seinerzeit erkrankten Landrats von Schwandorf die Unterschrift unter die Genehmigung verweigert hatte, war sie auf dem Umweg über das neugeschaffene „Selbstbestimmungsrecht“ der bayerischen Staatsregierung auf Anweisung von Innenminister Karl Hillermeier am 11. November des letzten Jahres vom Regierungspräsidenten der Oberpfalz, Karl Krampol, geleistet worden.

Herold in Berlin beschimpft

DW. Berlin

Als in ihrer jetzigen Form „unzulässig und nicht verfassungskonform“ hat der frühere Chef des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold, die Entwürfe der neuen Sicherheits-gesetze bezeichnet. Auf einer Veranstaltung in der Berliner Akademie der Künste zum Thema „Sicherheit als destruktives Ideal“, sagte Herold, diese Gesetze seien zwar notwendig, die vorgelegte Form reiche aber nicht aus, „um den Maßstäben des Verfassungsgerichtes zu entsprechen“. Die Gesetze seien so „in keiner Weise ein Fortschritt“, sondern müßten in der Frage der „Übermittlung“ von Daten präzisiert werden.

Die Veranstaltung war von einer kleinen Gruppe von Demonstranten gestört worden. Sie verspritzten überlebensgroße Säure und beschimpften Herold auf Flugblättern als „Schwein“ und Verantwortlichen für „Stammheim, Todeschüsse, Hochsicherheitstrakt und Rasterfahndung“.

Mitbegründer der Grünen ausgetreten

p. p. Bonn

Rechtzeitig vor der Bundesversammlung am Wochenende in Hagen erhält die Bundesgeschäftsstelle der Grünen heute von einem der Partei-Gründungsmitglieder die Austritts-Erklärung: Der Arzt Martin Schata, der die Grünen einst mit aus der Taufe hob und zeitweise Geschäftsführer ihrer Bundestagsfraktion war, rechnet auf zwei Seiten mit seinen bisherigen Parteifreunden ab. „Eine personell sich kaum austauschende Funktionselite hat sich einen Parteiapparat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmung- und Akklamationsmaschine verkommen ist“, heißt es in seinem Austrittsschreiben unter anderem. Und: „Der Umweltschutz ist längst auch Anliegen der anderen Parteien geworden.“ Die Grünen seien statt dessen „vor allem für junge Menschen zu einem bedenklichen Tauschungsapparat“ geworden.

Seite 2: Am Ende des grünen Weges

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine Fernzensur

Von Fritz Wirth

So wortkarg sich Präsident Reagan in seiner Pressekonferenz auch in Sachen Philippinen gab – die politische Strategie der künftigen amerikanischen Politik gegenüber diesen Inseln schält sich immer deutlicher heraus. Obwohl diese Wahlen eine sehr starke amerikanische Komponente hatten und der Wahlkampf sich teilweise sogar auf amerikanischem Boden abspielte, ist Washington nicht geneigt, nun nachträglich die Rolle eines Zensors, Kritikers oder Schiedsrichters im unguten Nachspiel dieser Wahlen zu spielen.

Die Reagan-Administration, die in den letzten Monaten besonders bei außenpolitischen Zuspitzungen stets der pragmatischen Lösung den Vorzug gab, geht auch in diesem Falle nicht von diesem Kurs ab. Sie sucht einen Modus vivendi mit der neugewählten Regierung in Manila, wer immer es sein mag.

Sollte diese Regierung weiter von Marcos geleitet werden, bedeutet die Kooperationsbereitschaft keine Billigung der Politik dieses Mannes – weder in der Sache noch in der Methode; man betrachtet Marcos in Washington ganz schlicht als das geringere Übel zu der Alternative, einen Bürgerkrieg gegen Marcos zu fördern, wie indirekt auch immer.

Marcos war und bleibt für Washington ein Problem. Nachdem es mit Hilfe der Wahlen nicht gelöst werden konnte, setzt man in Washington auf die Zeit. Das Risiko an dieser Politik: Niemand kann sagen, ob die demokratischen Gegner dieses Mannes auf den Philippinen die ungewisse Zeitspanne zu überstehen imstande und ob sie sie abzuwarten gewillt sind.

Denn so viel ist trotz aller Verwirrungen und Unübersichtlichkeiten bei der Wahl klargeworden: Die Ära des Diktators geht zu Ende. Es gibt in diesem Inselreich unwiderstehliche Strömungen und Sehnsüchte nach ungezügelter Demokratie. Das ist es, worauf Reagan langfristig setzt. Das Warten auf die gewaltlose Selbsterledigung des Problems Marcos ist ein Drahtseilakt. Fehlertritte können in den gleichen Abgrund führen, der sich seinerzeit nach der angeblichen Eridigung des Problemfalls Schah in Iran auftrat.

Polnische Rechtswindung

Von Peter Dittmar

War es ein normales Verfahren? Oder ein groteskes? Eine solche Frage ist in Polen absurd, denn das Normale ist dort immer zugleich grotesk. Das wurde jetzt wieder in Danzig vorgeführt, wo Lech Walesa angeklagt war, die Wahlkommission am 14. Oktober 1985 beleidigt zu haben, weil er andere Zahlen über die Wahlbeteiligung nannte, als sie die Kommission offiziell verkündete.

Vor Gericht verlas Walesa unaufgefordert die knappe Erklärung: „Es war nicht mein Interesse, irgend jemanden zu verletzen. Ich wollte niemanden erniedrigen.“ Die Richter flochten aus diesen dürren Worten ein Tau für ihren Seitanz zwischen Parteigehorsam und aufmerksamer Weltöffentlichkeit. Sie setzten das Verfahren aus, denn wenn Walesa niemanden beleidigen wollte, fanden sie, könne man ihn auch nicht wegen Beleidigung belangen.

Damit haben sich die hohen Herren als echte Polen erwiesen. Sie haben über etwas geurteilt, was nicht zur Debatte stand, indem sie sich auf einen Text bezogen, der von etwas ganz anderem redete.

Es ist selbstverständlich, daß Walesa niemanden beleidigen wollte. Sonst hätte er Schmähsprüche verwendet. Tatsächlich gebrauchte er nur Zahlen. Feinlich für die Regierung, weil es in Polen eine Menge Leute gibt, die eher dem Bürger Walesa als dem General Jaruzelski glauben. Deshalb sollte ein Exempel statuiert werden.

Nur dummerweise hatten sich die Warschauer Herren damit in eine Zwischmühle manövriert. Denn einerseits erzählen sie aller Welt, daß es bei ihnen ganz demokratisch zugehe, auch vor Gericht. Andererseits können sie ihre Glaubwürdigkeit nicht von einem Mann in Zweifel ziehen lassen, der ihrer Version nach nur ein ganz gewöhnlicher polnischer Bürger ist.

Und wie löste das Gericht das Dilemma? Es hielt sich an jenen Rabbi aus Polen, der sich einen Kläger anhörte und sagte: „Du hast recht.“ Dann hörte er sich den Beklagten an und sagte: „Du hast recht.“ Als sich daraufhin seine Frau einmischte: „Also beide können doch nicht recht haben“, sagte der Rabbi: „Du hast auch recht.“

Finger frei

Von Enno v. Loewenstern

Bundesjustizminister Hans Engelhardt warnt davor, den Ladendiebstahl als „Kavaliersdelikt“ zu bagatellisieren: „Das Eigentum von Warenhauskonzernen und Einzelhändlern ist kein Eigentum zweiter Klasse; auch dieses Eigentum wird von unserer Rechtsordnung geschützt. ... Die Öffentlichkeit ist aufgerufen, den Ladendiebstahl nicht zu verharmlosen.“

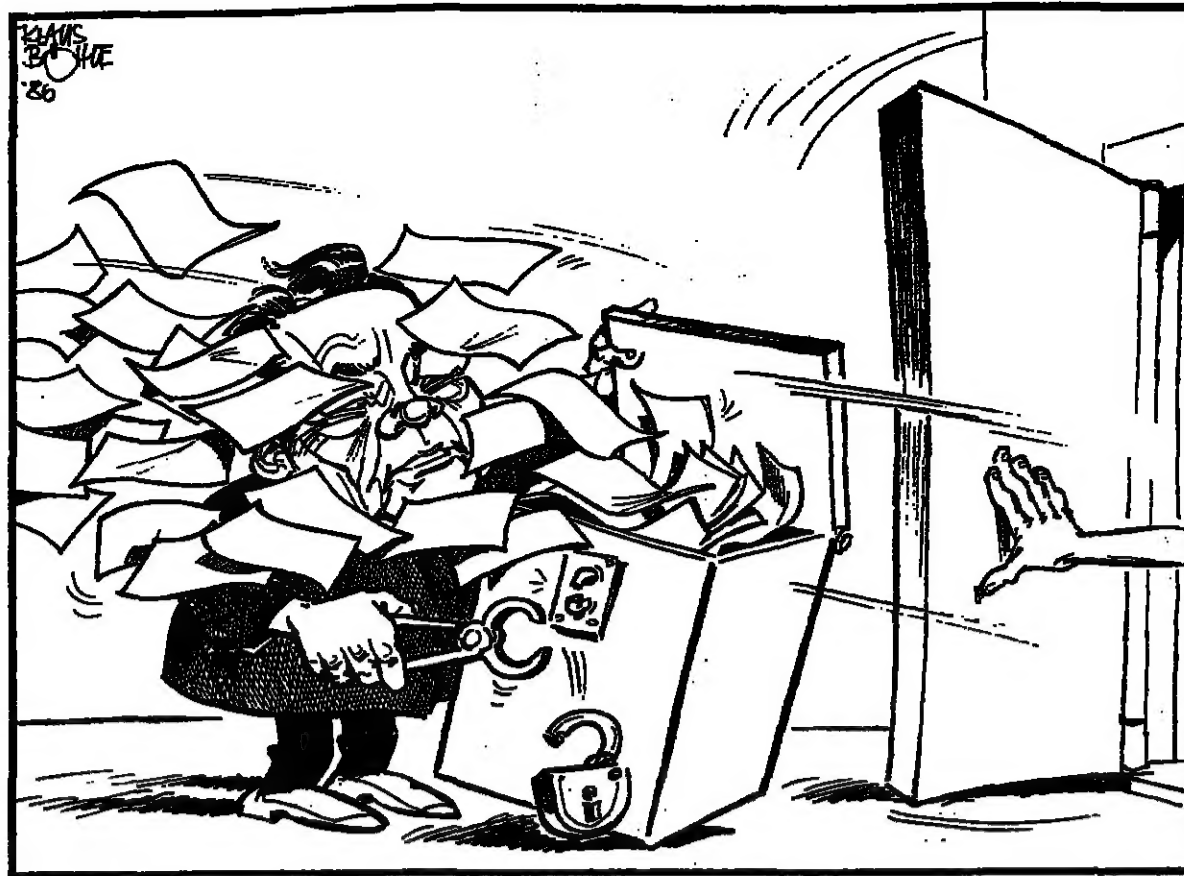
Das klingt, so richtig und dankenswert Engelhardts Aufruf auch grundsätzlich ist, insofern etwas irreführend, als „die Öffentlichkeit“ den Ladendiebstahl weder verarmlost hat, noch daran denkt, ihn zu verharmlosen. Das Rechtsempfinden der Bürger ist glücklicherweise noch durchaus intakt. Da sind vielmehr Kräfte am Werk, die der Öffentlichkeit einzureden versuchen, daß das Eigentum der Kaufleute vogelfrei und der Griff in die Regale mit keinem Risiko mehr verbunden sei.

Im „Spiegel“ vom 20. Januar erschien eine Darstellung, die möglicherweise Engelhardt zu seiner Stellungnahme inspiriert hat; sie hat jedenfalls erhebliche Unruhe in der Wirtschaft ausgelöst. Darin heißt es in äußerst wohlwollendem Ton, daß „Justizminister und Generalstaatsanwälte mehrerer Bundesländer empfohlen“ hätten, „die Kleinkriminellen beim ersten Mal laufen zu lassen.“

Das stimmt insofern, als tatsächlich gewisse Bundesländer das Eigentum der Kaufleute für vogelfrei halten. „Am schlimmsten ist es in Bremen“, erfährt man dazu aus der Justizbehörde eines anderen Landes, wo das Gesetz noch gilt.

Als Ausrede wird angeboten, daß die Leute in den Supermärkten ja zur „Wegnahme“ von Sachen aufgefordert würden – „wenn auch gegen Bezahlung“ – was verschämt angemerkt wird. Der unvergleichliche Rechtspolitiker Rudolf Wassermann wird zitiert mit einer mißmutigen Äußerung über „den Eifer, die Sachen an den Mann zu bringen“. Ausrede Nummer zwei: dem Hammer Generalstaatsanwalt Geißel wird die Einsicht nachgesagt: „Wir brauchen unsere Leute dringend für die zeitraubenden Wirtschaftsverfahren.“

Welche? Beim Ladendiebstahl gingen 1984 in 341 800 Fällen Waren für mindestens 37 Millionen DM perdu. Wenn es sich erst herumpricht, daß der Diebstahl in gewissen Ländern freigegeben ist, dann werden die zeitraubenden Sachen des Generalstaatsanwalts Geißel bald die Bagatellen sein.



Frischer Wind auf den Philippinen

Das Dilemma der Tories

Von Reiner Gatermann

Die Liste jener, die angeblich den eines Tages von Margaret Thatcher abgelegten Mantel des Parteioberhauptes und möglichst auch des Regierungschefs übernehmen wollen, ist überraschend lang: Sie reicht vom jetzigen Parteivorsitzenden Norman Tebbit über den Ex-Verteidigungsminister Michael Heseltine bis hin zu den amtierenden Ministern Peter Walker (Energie), Sir Geoffrey Howe (Außen) und Douglas Hurd (Innen). Zudem soll es noch einige Joker geben, mit Umweltschutzminister Kenneth Baker (auch zuständig für die Gemeindepolitik) an der Spitze.

Innen allen fehlt jedoch der Mut, jetzt, wo die Konservative Partei tief in der Krise steckt, Frau Thatcher, die sie vor genau elf Jahren an ihre Parteispitze gewählt haben, offen herauszufordern. Denn keiner ist derzeit in der Lage, Frau Thatchers Mantel zu schultern. Sie hat in den vergangenen Monaten überraschende Schwächen gezeigt, sie traf in den sechseinhalb Jahren als Premierministerin Fehlentscheidungen und verlor einen Teil ihres Fußvolkes. Dennoch: Einem Strich bleibt eine beachtliche positive Bilanz – und eine bemerkenswerte starke Persönlichkeit.

Als Frau Thatcher 1979 die politische Führung des Landes übernahm, befand es sich wirtschaftlich in einem desolaten Zustand, viel schlimmer, als vor allem Oppositionspolitiker heute wahrhaben wollen. Es bedurfte brachialer Energie, die Weichen umzulegen, damit die Wirtschaft neue Impulse bekam und das Volk aus seiner Letargie wacherüttelt wurde. In den Thatcher-Jahren hat sich die Produktivität der – verbliebenen – Industrie erheblich verbessert. Daß sie dabei stark schrumpfte und auch heute noch wöchentlich etwa fünftausend Arbeitsplätze verliert, ist nur zum geringeren Teil der Regierung anzulasten. Die fast unbegrenzte und unkontrollierte Macht der Gewerkschaften wurde gebrochen, was zur Folge hatte, daß Großbritannien 1985 die niedrigste Streikrate der letzten fünfzig Jahre verbuchen konnte.

Die Regierung beschneidet überdies die ausschweifende Ausgabenpolitik der Gemeinden, wobei sich vor allem die sozialistisch regierten hervortun. So ist es in London zum Beispiel finanziell schon von großer Bedeutung, in welchem Borough man sich niederläßt. In den von Labour beherrschten liegt die Gemeindesteuer, die auf Grundstücke und Gebäude erhoben wird, nicht selten 100 bis 200 Prozent über den Sätzen der Tory-Boroughs, ohne daß ein größerer Unterschied in den Leistungen festzustellen ist.

Ferner wurde die Privatisierung des beträchtlichen staatlichen Industriesektors eingeleitet. Vor allem aber: Frau Thatcher zögerte nicht, so riskant es auch war, in den Krieg gegen Argentinien um die Falkland-Inseln einzutreten. Mit dem gleichen politischen Risiko handelte sie vor ein paar Monaten das anglo-irische Abkommen aus, mit dem zumindest der energische Versuch unternommen wird, die Situation in Nordirland zu normalisieren. Und schließlich der jüngste Meilenstein ihrer Politik: die Unterzeichnung des Saubertrages für den Kanalstunnel.

Auf der Negativseite sind zu verbuchen die rund 3,5 Millionen Arbeitslosen, eine verhältnismäßig hohe Inflationsrate, die mangelnde Bereitschaft zu einem sinnvollen Engagement in einer privat-staatlichen „Mischwirtschaft“ sowie die durch die bisher undifferenzierte Ausgabenbescheidung entstandenen sozialen Härten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. In dieser Situation kann es zudem nicht richtig sein, einer Steuersenkung, finanziert aus dem Verkauf von Staatsunternehmen und aus den Öleinnahmen aus der Nordsee, höchste Priorität einzuräumen. Dennoch bleibt immer wieder fest-

zustellen, daß die entschlossene und häufig radikale Politik der Margaret Thatcher unbedingt notwendig war und immer noch ist, um Großbritannien wieder auf eine gesunde Volkswirtschaftsbasis zu stellen. Die resolute Regierungschefin müßte sich jetzt, nach sechs Jahren in Downing Street Nr. 10, allerdings überlegen, ob es nicht an der Zeit ist, nach der groben Holzhackerei mit der Feinschleiferei zu beginnen.

Daß sie in der großpolitischen Linie auf dem richtigen Weg ist, bescheinigt ihr inzwischen auch die Opposition, indem sie in Vorbereitung ihrer Wahlplattform immer seltener verspricht, Regierungsent-scheide, etwa zur Arbeitsmarktpolitik oder zur Privatisierung, rückgängig zu machen, wie dies noch vor ein paar Monaten üblich war. Die größte Gefahr droht Frau Thatcher faktisch nicht von der Oppositionsbank, sondern aus den eigenen Reihen. Mit Eton und Etonianer wie sie erst am Dienstag in der Fragestunde des Unterhauses Labour-Chef Neil Kinnock in die Schranken, aber Unruhe und Mißmut im eigenen Lager vermochte sie noch nicht zu dämpfen.

Doch ist es überzogen, von „Rebellion“ zu sprechen, wenn im Unterhaus rund dreißig Tories gegen die Regierung stimmen. Denn die Konservativen verfügen – ganz ohne Zweifel dank Frau Thatcher – in der Kammer über eine Mehrheit von 140 Abgeordneten. Deswegen können sie großzügig mit dem Fraktionszwang verfahren.

Bis zur nächsten Wahl vergehen voraussichtlich noch zwanzig Monate. Bis dahin sollte Frau Thatcher genügend Zeit bleiben, ihr Haus wieder in Ordnung zu bringen. Entschlossen dazu ist sie: sie hält an ihrem Ziel, eine dritte Wahl ohne Unterbrechung zu gewinnen, fest. Nun muß sie nur das Fingerzeiggefühl aufbringen, um das Vertrauen ihrer engeren Umgebung in ihre Führungsqualitäten zurückzugewinnen, und sie muß die Wähler durch Taten überzeugen, daß soziale Gerechtigkeit mehr als eine Parole ist. Übrigens: Warum spricht man in letzter Zeit so häufig vom Alter der Premierministerin? Ihre sechzig Jahre sollten für sie der letzte Grund sein, das Handtuch zu werfen.



Noch wird der Konkurrent überstrahlt: Heseltine FOTO: DPA

Die Zusammenarbeit der drei Terror-Staaten

Protektion für Abu Nidal, Asala und Dschihad / Von Jürgen Liminski

Auch Terroristen aus Nahost operieren nach bekanntem Schema in Gruppen, wechseln häufig Pässe, Namen, Orte und Bärte. Neuerdings betätigen sie sich mit Vorliebe im gemütlichen Europa. Schauplatz der jüngsten Attentatsserie war das Asylanterparadies Paris. Die Sicherheitsbehörden sammeln nun aufgeschreckte Erkenntnisse – nachdem sie erst einmal ein paar Terroristen entkommen ließen.

Feststellungen in Italien, Frankreich, der Bundesrepublik, Israel und anderen terrorgeprüften Ländern fügen sich zu einem interessanten Puzzle. Im Vordergrund stehen drei bekannte Organisationen, Abu Nidal, Asala und der Islamische Dschihad. Ihre Besonderheit: Alle drei operieren gemeinsam, und hinter ihnen steht ein Staatentrio, das sich um Überinkünfte im Leben der Völker wie Recht, Konventionen und Suche nach Frieden herzlich wenig kümmert. Der amerikanische Außenminister Shultz nannte bei anderer Gelegenheit die internationale Ter-

rorgesellschaft schon einmal beim Namen. Syrien, Libyen und Iran führten einen unerklärten terroristischen Krieg gegen die freie Welt. Shultz äußerte sich nach einem Attentat, als die Wogen der Empörung in Amerika besonders hoch schlugen. Einzelheiten nannte er damals nicht.

Aus den gesammelten Erkenntnissen der Europäer geht nun hervor, daß die armenische Terrororganisation Asala ein Abkommen mit dem syrischen Zweig der Gruppe Abu Nidal abgeschlossen hat, um gemeinsam Operationen in Europa durchzuführen. Arrangiert hatte das Terroristen-Abkommen der Chef des Nachrichtendienstes der syrischen Luftwaffe, Mohammed Khuli, ein enger Vertrauter des syrischen Präsidenten Assad. Beide Organisationen haben ihr Hauptquartier in Damaskus.

Der libysche Zweig der Terror-Hydra Abu Nidal hat natürlich sein Hauptquartier in Tripolis. Abu Nidal stellt nun die Infrastruktur, die vorzüglich sein soll, und die unverdächtig aussehenden Armenier sorgen für Transport der Waffen und des Sprengstoffs.

Über den geheimnisvollen Abu Nidal weiß man inzwischen noch mehr. Er kennt Khadafi schon aus den frühen siebziger Jahren, als seine Gruppe noch „Schwarzer Juni“ hieß und in Rom eine vollsetzte PanAm Maschine sprengte und eine von der Luftwaffe im Flug nach Kuwait kaperte. 1978 richtete er sich häuslich in Tripolis ein, um Khadafis Revolutionären die Erfahrungen des terroristischen Krieges zu vermitteln. Dann zog er nach Bagdad, kam aber Anfang der achtziger Jahre wieder nach Tripolis. Gleichzeitig eröffnete er ein seither oft in Anspruch genommenes Büro in Damaskus.

In November schließlich wurde er mit Khadafi auch handelsmäßig für eine Killer-Gage von rund drei Millionen Mark per annum bild-

IM GESPRÄCH Martin Schata

Am Ende des grünen Weges

Von Peter Philipps

Für die traditionsreiche SPD ist dies nicht neu: Jungen Leuten mit dem Drang nach möglichst radikalen gesellschaftlichen Veränderungen geht es mit der alten Arbeiterpartei nicht schnell genug – sie spalten sich ab. Von der USPD über die SAP (mit dem jungen Willy Brandt) und den Internationalen Sozialistischen Kampfbund Willy Eichlers reicht diese Kontinuität bis zu einem erheblichen Teil der Grünen von heute. Und bisher sind die meisten eines Tages reumütig in den Schoß ihrer alten Partei zurückgekehrt.

Auch Martin Schata, inzwischen Arzt an einer Klinik, war einst Sozialdemokrat und wurde dann zum Gründungsmitglied der Grünen. Nun hat er das Ende des grünen Weges erreicht und seinen Austritt erklärt – nicht ohne noch gründlich mit den Weggefährten abzurechnen.

Der Vierunddreißigjährige war Mitglied im ersten Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen und im Bundeshaushaltsausschuß, er war mehrfach Parteipräsident und Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag. Er sah die von ihm mitbegründete Partei als „Hoffungsträger“ sowohl „zur Überwindung der drohenden ökologischen Menschheitskatastrophe“ als auch „zur Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Freiheit“.

Was ist aus den Träumen geworden? „Eine austauschbare Funktionsweise“ hat sich, nach seinen Worten, „einen Parteiparagrafen geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmung und Akklamationsmaschine verkommen ist“. Der Umweltschutz ist bei den etablierten Parteien inzwischen besser aufgehoben. „Die Grünen sind zu einem bedenklichen Täuschungsapparat geworden“, vor allem für Jugendliche.

Natürlich wird spätestens am Wochenende in Hagen die verbale Abrechnung mit dem Aussteiger erfolgen. Doch einer, der so genau die



Für Afghanistan hatten die Grünen nichts übrig: Schata FOTO: FRANK DÄRCHINGER

Innenverhältnisse grüner Machtstrukturen kennt wie Schata, ist mit seiner Kritik nicht so leicht in die Ecke zu stellen. Kommt doch, wenn er im Gespräch alles noch einmal Revue passieren läßt, noch einiges zu den brieflichen Gedanken hinzu:

Schata ist Mitbegründer und Mitvorstand noch einer weiteren Gruppe, der seit 1983 existierenden „Afghanistan-Nothilfe“ deutscher Ärzte. Und er rechnet vor, daß er bisher von allen etablierten Parteien Unterstützung – auch finanzielle – für diesen Verein erhalten hat. Die Grünen allerdings, so der Arzt, zahlen zwar jährlich hunderte Tausende von Mark an die Sandinisten in Nicaragua und die Revolutionäre in El Salvador, alles aus der durch die „Wahlkampferstattung“ der Europa-Wahl prall gefüllten Kasse, aber keinen Pfennig für Hilfe in Afghanistan. „Es gebe halt zu viele „Moskau-Orientierte“ auch in der Bundestagsfraktion, zuckt ein Desillusionierter am Ende seines grünen Weges die Schultern.

Man muß kein Prophet sein, um vorauszu sehen, daß Schata nicht der letzte sein wird, der Konsequenzen zieht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Stützpunkt-Anstreich auf der Glienicker Brücke stand im Mittelpunkt der Kammerarbeit:

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Warum haben Washington und Moskau das Spektakel so bewußt inszeniert? Es steckt Absicht dahinter, ein massives Publicitäts-Interesse beider Seiten. Allerdings waren diese Interessen gewiß sehr gegensätzlicher Natur. Die Sowjets wollten demonstrieren, daß der Bürgerrechtler Schtscharanski, die Hauptperson des Tauschgeschäfts, nur im Rahmen eines Austauschs von Spionen freikam ... Demgegenüber Amerika und der Westen: sie wollten der Welt vorführen, daß der persönliche Einsatz von Präsident Reagan für Schtscharanski zum Erfolg geführt hat.

Badiliche Zeitung

Bisher gehörte Diskretion zur Geschäftsgrundlage jenes seit über zwei Jahrzehnten funktionierenden Agentenaustauschs zwischen Ost und West, bei dem sich ganz unterschiedliche Interessen mischen: Menschlichkeit und Devisenbedarf, Loyalität gegenüber den eigenen Leuten im anderen Lager und das eiskalte Kalkül von Menschenhändlern. Diesmal war alles ganz anders. (Freiburg)

Morgen

Daß der nach dem Friedensnobelpreispreisträger Sacharow bekannteste sowjetische Oppositionelle nach neun-

jähriger Haft in den Westen entlassen wurde, zeigt erneut, wie wichtig die Anteilnahme der westlichen Öffentlichkeit am Schicksal der aufrechten Kämpfer für die Einhaltung vertraglich zugesicherter und für unsere Begriffe selbstverständlicher Menschenrechte ist. Gleichzeitig wird deutlich, wie leicht es der Sowjetunion fällt, in ihren Gefängnissen und Lagern „Tauschobjekte“ für enttarnte Spione zu finden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Beim Geschäft auf der Glienicker Brücke sollten die Sowjets noch einen besonderen Effekt erzielen. Indem sie den jüdischen Regimekritiker Anatolij Schtscharanski in das weiterhin leicht anrührige Agenten-Tauschpaket einschürten, versuchten sie ihm noch einmal den Stempel eines Verräters aufzudrücken. Doch wenn um diesen Preis auch der nach Gorki in die Verbannung geschickte Nobelpreispreisträger Sacharow in die Freiheit geschleust werden könnte, dann müßte er gezahlt werden. Die ganze Welt läßt sich von Moskau ohnehin nicht hinter Licht führen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Schtscharanski ist zwar frei, doch die sowjetische Gefängniswelt besteht weiter. Und wenn sich die Türen für ein paar Sekunden geöffnet haben, so schlossen sie sich ebenso schnell wieder.

Dr. M. 150

Für 35 Gulden kommen „Pate“ und „Gigolo“ ins Haus

Pay-TV, auch Abonnentenfernsehen genannt, ist in den USA schon ein „alter Hut“, in der Bundesrepublik Deutschland wird noch geplant, in den Niederlanden ist es schon nach einem Jahr der große Renner. Und das, obwohl die Holländer bis zu 10 Fernseh-Programme empfangen können.

Von HELMUT HETZEL

Was hilft gegen Kälte? „Gegen Kälte hilft Filmmet.“ Man muß nur noch ein „z“ hinzufügen und hat dann auch gleich die deutsche Übersetzung für den holländischen Namen des Pay-TV oder Abonnentenfernsehens, wie es hierzulande auch genannt wird: Filmmet. Dieses Abo-TV, so die Eigenwerbung weiter, „bringt in der kühlen Jahreszeit recht ein Programm, das aufheizt“.

Mit solchen markigen Werbeslogans wendet sich die erste und bisher noch immer einzige private Pay-TV-Gesellschaft der Niederlande in ihrem Februar-Programm an ihre Kunden, die zahlenden rund 65 000 Zuschauer.

In der Tat, so beweist ein Blick ins Programmheft weiter, das Angebot an Filmpielen für jung und alt ist nicht von der billigsten Sorte oder von vorgestern. Aktualität und Qualität sind bei diesem kommerziellen Fernsehangebot innerhalb seines engen und ganz auf Unterhaltung konzentrierten Angebotes keine Fremdwörter. Der „American gigolo“ tritt da genauso auf wie der „Pate“. Neueste niederländische Filmproduktionen wie „Brennende Liebe“ sind ebenso vertreten wie alte Hollywood-Klassiker à la Hitchcock. Es gibt sogar Serien für Kinder und Zeichentrickfilme unter dem einprägsam klingenden Titel „Anna und Bella“. Klar, daß James Bond auf dem ersten Fernsehkanal für Abonnenten auch regelmäßig in Aktion tritt.

Zahl der Abonnenten steigt ständig

„Wir bieten eben ausschließlich Unterhaltung“, sagt Monique van Schendelen bei einem Gespräch mit der WELT in der Amsterdamer Keizergracht, wo die privaten Fernsehkanäle ein feudales Bürgerhaus bezogen haben. Rund 45 feste und noch einmal soviel freie Mitarbeiter sind hier beschäftigt. Sie sorgen dafür, „daß der Laden läuft“. Sie tun es offensichtlich auch erfolgreich, wie

ständig steigende Abonnentenzahlen beweisen.

Seit dem Start von Filmmet vor rund einem Jahr in Den Haag ist der Spielfilm-Kanal, den man zu einem Preis von 35 Gulden pro Monat abonnieren kann, auf Expansionskurs. Mehr als 65 000 zahlende Zuschauer leisten sich in Holland derzeit diesen Luxus. Dabei wird eine landesweite Verbreitung voraussichtlich erst Ende dieses Jahres realisiert sein.

Natürlich haben fast alle Großstädte der Niederlande, darunter Amsterdam, Den Haag, Rotterdam, Eindhoven und Groningen, den Spielfilm-Kanal inzwischen in ihr Kabelnetz eingespeist. Zu empfangen aber ist Filmmet nur mit einem Zusatzdecoder am Fernsehgerät, der beim zahlenden Kunden zum einmaligen Preis von 95 Gulden von den zuständigen Filmmet-Technikern jedoch im Nu angeschlossen wird.

Von 17.00 Uhr, sonn- und feiertags bereits ab 15 Uhr, bis spät in die Nacht – Sendezeit ist in der Regel nicht vor 1.30 Uhr – strahlt Filmmet dann über Satellit aus der Sendezentrale im belgischen Liederkerke sein buntes Spielfilmprogramm aus. „Wir haben Pläne“, sagt Monique van Schendelen optimistisch, „nach dem gelungenen Start hier unser Programm in naher Zukunft auch in Belgien und Luxemburg, in Schweden, Finnland und Dänemark anzubieten.“ Auch der Schritt hinüber nach Deutschland sei „im Prinzip“ denkbar. Allerdings: „Das Zuschauerpotential in den Niederlanden ist noch lange nicht ausgeschöpft.“ Monique van Schendelen, deren Optimismus grenzenlos zu sein scheint, hält eine Abonnentenzahl von zwei Millionen Filmmet-Zuschauern allein in Holland langfristig für realisierbar. Auf Werbung aber verzichtet das Abo-Fernsehen.

Der ganz große Coup und vielleicht der erste Schritt zum Durchbruch auf breite Publikumsschichten gelang dem Filmmet-Leuten kürzlich, als sie es nach zähen Verhandlungen geschafft hatten, sich mit dem „Königlich-Niederländischen Fußballbund“ (KNVB) vertraglich zu einigen. Gegen die stolze Summe von umgerechnet rund vier Millionen Mark erwarb das Filmmet-Fernsehen die Exklusivrechte zur Übertragung eines Fußballspiels der 1. Liga in voller Länge einmal wöchentlich. Jeden Sonntag ab 15.30 Uhr haben James Bond und Rambo daher 90 Minuten Pause. Dann regiert König Fußball. Außerdem seien Überlegungen im Gange, das Sportangebot im Programm auszubauen.

Mit diesem zunächst auf zwei Jahre befristeten Vertrag mit dem KNVB ist Filmmet gegenüber der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt NOS jetzt aber schon deutlich im Vorteil. Die

NOS zeigt in ihrer Sportschau am Wochenende nämlich nur kurze Zusammenfassungen der wichtigsten Begegnungen eines Spieltags der holländischen Fußball-Bundesliga. 1 zu 0 für Filmmet also.

Der Erfolg von Filmmet in Holland ist mehr als überraschend, wenn man bedenkt, daß im am dichtesten verkabelten Land der Welt, das in Sachen technischer Kommunikationsmöglichkeiten gerne eine Vorreiterrolle in Europa spielt, fast überall mindestens sechs, meistens sogar mehr als zehn Programme über die Kabelnetze direkt in Millionen von Haushalten geliefert werden. Allein in Den Haag sind beispielsweise zwei niederländische, drei deutsche, zwei belgische, zwei britische und ein französisches Programm sowie der beinahe ausschließlich die neuesten Pop-Video-clips ausstrahlende Sky Channel zu empfangen.

„Unsere Kunden sehen länger fern“

Der Zuspruch für Filmmet läßt sich zumindest durch zwei Dinge ansatzweise erklären: Die von Filmmet ausgestrahlten Spielfilme sind allesamt – bei anderen Sendern nicht immer üblich – in Holländisch untertitelt. Und zudem scheinen Filmmet-Abonnenten mehr Zeit als der „Durchschnittsniederländer“ vor dem Bildschirm zu verbringen. „Aus einer in unserem Auftrag durchgeführten Studie“, so die Filmmet-Sprecherin, „geht klar hervor, daß unsere Kunden mehr fernsehen als die übrigen Niederländer.“

Sollte dieses Ergebnis zu verallgemeinern sein, dann hieße das, daß die Akzeptanz des Publikums für andere Programme durch das Filmmet-Spielfilmangebot nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Man verzichtet also offensichtlich nicht auf die Nachrichtensendungen, sondern verbringt einfach mehr Zeit vor dem Bildschirm.

Finanziert und getragen wird das niederländische Pay-TV von drei Anteilhaltern. Da ist zunächst die 40prozentige Beteiligung des schwedischen Konzerns Esselte, weitere 40 Prozent hält die VNU, ein Zusammenschluß zahlreicher holländischer Verleger, und mit den restlichen 20 Prozent ist United International Pictures (UIP), in der die drei großen Hollywood-Filmgesellschaften MGM, United Artists, MCA Universal und Paramount Pictures zusammengeschlossen sind, mit von der Partie.

Mit Holland, wo über 70 Prozent aller Haushalte bereits verkabelt sind, so scheint es, haben sich diese Kapitalgeber den richtigen Testmarkt für ihr Projekt ausgesucht.



Der Parteichef als Alleinunterhalter. „Lieber lang und gut als kurz und schlecht. Unsere Berechtigung erlischt erst dann, wenn es Bessere gibt.“

FOTO: DPA

Die Sorgen des FJS um die Opposition

Zu Aschermittwoch pflegen sich die Stimmungs-Wagen zu glätten. Nicht so in Passau: Dort kommt erst richtig Stimmung auf, wenn der CSU-Chef Franz Josef Strauß volksnahe politische Abrechnung präsentiert. Doch vor der Nibelungenhalle gab es diesmal auch Mißtöne.

Von PETER SCHMALZ

D rinnen im monströsen Saal der Passauer Nibelungenhalle großen natürlich wieder die Feiner, die diesmal sogar 221 Mann hoch aus Niedersachen gekommen sind und ihrem politischen Idol in Sichtweite ein Transparent von der Empore hängen, mit dem sie ihre tiefe Aschermittwoch-Verbundenheit bekennen: „Nachdem wir Feiner seit 10 Jahren traditionell nach Passau fahren, laden wir F.J. Strauß sehr herzlich ein, beim Wahlkampf unser Gast zu sein.“ Und die Junge Union aus dem westfälischen Verl kündigt gar munter: „Wir fordern bayerische Entwicklungshilfe für NRW.“

Draußen vor den Türen, die schon Stunden vor Beginn der Reden geschlossen sind, nachdem gut 10 000 den fußballfeldgroßen Saal überfüllen, werden auch Transparente in die Höhe gereckt. Aber die sind schwarz, und auf ihnen stehen so garstige Sätze wie: „Vor der Wahl wird schon gedichtet, nach der Wahl wird hingehängt“ oder „Wer an Strauß glaubt, glaubt auch an den Weihnachtsmann“ oder „Worte fallen in Passau wie, doch Taten sind jetzt unsere Ziele“. Männer mit Trauerflor an den Wintermänteln skandieren: „Strauß und Kohl hat die Hosen voll“ und halten Mahnwache an einem halben Dutzend schwarzer Särgen, die Strauß, als er wenige Minuten nach 11 Uhr aus seinem dunkelblauen BMW steigt, nur deshalb nicht sieht, weil er nicht über die Treppe des Haupteinganges, sondern durch eine Seitentür die Nibelungenhalle betritt.

Die Männer und die wenigen Frauen, die rauhen Transparent-Strangen in den Händen, haben nichts gemeinsam mit jenen Krawallmachern,

die im Taxidörner Forst bei Wackersdorf mit der Polizei Katz und Maus spielen. Sie ähneln vielmehr jenen bodenständigen Niederbayern, die der CSU Wahlergebnisse um 70 Prozent zur Tradition werden ließen. Sie kommen aus dem nahen Ort Hauzenberg, wo die Christsozialen bei der letzten Landtagswahl mit 58 Prozent leicht über und die Genossen mit 28 Prozent deutlich unter dem Landesdurchschnitt geblieben sind. Sie kommen von dem Holzwerk Hauzenberg, dessen Initialen H.W.H. treuen Aschermittwoch-Pilgern deshalb in guter Erinnerung sind, weil sie auf den Fahnen der Werkskapelle standen, zu deren Klängen Franz Josef Strauß in den früheren Jahren in den Saal zog.

In diesem Jahr spielt die Passauer Stadtkapelle, denn den Kollegen von H.W.H. ist der Spaß an harmonischen Tönen vergangen. Die Kapelle ist aufgelöst, die meisten der einst 600 Beschäftigten sind gekündigt, und die verbliebenen 230 werden bis März die blauen Briefe erhalten. „Wir wollen Strauß zeigen, wie schlimm und verzweifelt unsere Lage ist“, begründet Betriebsratsvorsitzende Margarete Valtner den Protestausflug von fast allen früheren und jetzigen H.W.H.-Mitarbeitern nach Passau.

Beim Stichwort Wiesbaden stöhnt die Menge gequält

Als Strauß um 11.55 Uhr aus Rednerpult tritt, schiebt er aber Hauzenberg erst einmal beiseite und rückt schnell die Welt in Ordnung, wie das die 221 Feiner und die 9779 restlichen Zuhörer von ihm erwarten, sagt, was die meisten im Saal ohnehin denken und aus dem Mund des Vorsitzenden auch schon gehört haben. Daß die Gründung der CSU ein Glücksfall der deutschen Geschichte sei und ein Modell Hessen für Bonn das schiere Gegenteil wäre, nämlich ein Trauerfall. Allein die Erwähnung der rot-grünen Koalition von Wiesbaden läßt die Zuhörer gequält aufstöhnen. Mit viel Beifall zeigen sie dem Redner, daß sie gewillt sind, an dem Glücksfall weiter teilzunehmen, und mit Strauß einer

Meinung sind, daß die CSU in Bayern zwar schon lange, aber längst noch nicht zu lange regiert. „Lieber lang und gut als kurz und schlecht“, dichtet Strauß und formuliert auch gleich noch den möglichen Endpunkt der weiß-blauen CSU-Regierung: „Unsere Berechtigung erlischt erst dann, wenn es Bessere gibt.“

Solche aber mag der CSU-Chef weit und breit nicht sehen. Schon gar nicht in Gestalt der SPD, deren Zustand er so grausig malt, daß sie ihm derzeit nicht einmal für jene Rolle geeignet erscheint, die er den Genossen am liebsten durch Verfassungsreform sichern würde: „Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger einer guten Opposition, deshalb bin ich ja so ungutlich, wenn ich nach München und Bonn schaue.“

Nein, diese „Slalompartei mit Rückwärtsgang“, deren Parteiorgan am besten von „Vorwärts“ in „Rückwärts“ umzubenennen sei, diese SPD eigne sich kaum zum Opponieren, wie sollte sie dann regieren – und das auch noch mit einem Kanzlerkandidaten, dessen „kollektive joviale Art“ der Redner zu schätzen vorgibt, dem aber, so Strauß, „das Kanzlerherd um drei Halskragennummern zu groß ist“ und dessen Kanzlerkandidatenschuhe so überdimensioniert sind, daß er sich „darin umdrehen kann, ohne daß sich die Richtung der Schuhe ändert“. Strauß sieht Rau im Niemandsland, und der „Bayernkurier“, der druckfrisch auf den Bierischen liegt, wähnt den SPD-Kanzlerkandidaten am Bettelstab.

Insgesamt habe die SPD in den letzten Jahren einen „Quantensprung nach linksradikal“ unternommen und sei heute nicht einmal mehr zu einer Großen Koalition fähig, an der sie wegen ihrer parteiimmanenten Spannung zwischen rechts und links zerbrechen würde.

Mit den Freidemokraten geht der Aschermittwoch-Matador ein wenig schonender um und schreibt der kleinen Koalitionspartei nur ins Fastenbrot, sie sei, so klein, daß sie aus drei Richtungen bestehe: aus denen, die mit der jetzigen Regierung einverstanden sind, aus jenen, die liberal-sozialistischen Zeiten nachtrauern, und schließlich aus jenen, die nicht wis-

sen, ob sie das eine oder andere wünschen dürfen. Im übrigen können sich die Liberalen wohl zu jenen zählen, über deren Aschermittwoch-Veranstaltungen Strauß höhnt, dies seien „komödiantische Nebenveranstaltungen“, wo doch weltbekannt sei, daß es nur einen politischen Aschermittwoch gibt, und der ist in Passau, wo „politische Klarheit für Bayern und Deutschland“ geschaffen wird.

Zu dieser Klarheit zählt die Forderung nach einer weiteren Steuerreform, die nach einem vom bayerischen Finanzminister Max Streibl ausgearbeiteten „Tarif 90“ eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast vorsieht, ebenso wie die Mahnungen, Leistung und Bildung wieder zu koppeln und den innovativen Wirtschaft mit Japan und Amerika nicht von vornherein als verloren aufzugeben.

Nette Worte und eine Warnung an die Bauern

Auch Wackersdorf darf nicht fehlen an diesem Aschermittwoch. In dem der sozialdemokratische Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann im nahen Vilshofen die Wiederaufbauanlage zur Wahlkampfrhetorik umfunktioniert und Strauß in Passau den Sozialdemokraten vorhält, ihre gesamte Bundestagsfraktion habe früher für diese Anlage gestimmt. „Was wir heute hier vollziehen, ist das Energieprogramm einer sozialistischen Bundesregierung. Und jetzt tritt dieser Herr Hiersemann auf und verbindet sich mit den Chaoten.“

Inzwischen zeigt die Uhr über dem Haupteingang 30 Minuten nach 14 Uhr. Der Redner signalisiert den Bauern mehr als Verständnis für ihre Probleme mit der EG, warnt sie vor einem „Eigentor von ungeheurem Ausmaß“, falls sie bei der nächsten Wahl der CSU ihre Stimme entziehen sollten, und fordert eine möglichst starke Christlich-Soziale Union.

Da bleibt keine Zeit mehr für die Hauzenberger Holzwerker. Die sind mit ihren Särgen und Transparenten ohnehin schon wieder abgezogen.



Das Angebot von Filmmet: Spielfilme bis tief in die Nacht



„O. k., in allen Punkten schuldig im Sinne der Anklage“

Vor zehn Jahren schienen Betty Williams und Mairead Corrigan Nordirland einen Ausweg aus dem Bürgerkrieg weisen zu können. Zehntausende „Peace People“, Menschen beider Konfessionen, gingen auf die Straße, um den Haß zu überwinden. Die beiden Frauen an der Spitze der Bewegung wurden mit dem Friedens-Nobelpreis geehrt. Heute reichen sie sich nicht mehr die Hand.

Von SIEGFRIED HELM

Sie waren Symbolgestalten der Hoffnung für Nordirland. Symbolisch war nun auch die Pleite, mit der eine bemerkenswerte Sendung der kommerziellen Anstalt „Yorkshire Television“ begann, in der die beiden Frauen wieder zusammengeführt werden sollten. Betty Williams (vom Fernsehen eigens eingeflogen aus ihrer neuen Heimat Florida) und Mairead Corrigan, die einst Schulter an Schulter Frauen beider Konfessionen mobilisiert hatten, kehrten einander den Rücken zu. Mairead weigerte sich, Betty die Hand zu reichen oder auch nur mit ihr zu reden.

So tief und bitter ist der Unfriede zwischen den beiden Frauen, die gemeinsam den Friedens-Nobelpreis bekamen. Als damals das Geld kam, eine Riesensumme für die

Frauen aus bescheidenen sozialen Verhältnissen, da begann hinter den Kulissen der Fernsehauftritte das Gerangel im Führungsausschuss der „Peace People“. Der Journalist Ciaran McKown, zum Chefideologen der Bewegung aufgestiegen, lag den Frauen in den Ohren, ihre 310 000 Mark und die dann aus aller Welt anrollenden Hunderttausende an Spendengeldern für ähnliche Zwecke in der Dritten Welt zu spenden und Ulsters Friedensbewegung zu einer universellen zu machen.

Betty Williams im Rückblick: „Ich habe meine Hälfte behalten. Ich brauchte das Geld. Ich war völlig abgebrannt. Absolut pleite. Meine Familie hatte Schwierigkeiten, meine Ehe war kaputt. Ciaran wollte alles in die Dritte Welt schicken. Ehrlich: Ich hatte es zu jenem Zeitpunkt nötiger als die Dritte Welt. Ich will mich nicht entschuldigen. Ich habe es so leid, die Frage nach dem Verbleib des Geldes zu beantworten. Ich hab's behalten. Ja, ich bin schuldig.“

Nur noch 200 Mitarbeiter bei der Friedensbewegung

Zur Friedensbewegung hat Betty Williams ihre Brücken ebenso abgebrochen wie Ciaran McKown, dessen Buch über die Bewegung in Verleumdungsklagen steckenblieb und der nicht mehr als Journalist, sondern als freiberuflicher Setzer arbeitet. Nur Mairead Corrigan geht immer

noch von Tür zu Tür und verkündet die frohe Botschaft, die längst auf taube Ohren trifft. Auf weniger als 200 Mitarbeiter ist die Bewegung geschrumpft, die von „Fredheim“, dem von norwegischen Spenden erworbenen „Friedenshaus“, aus unter Leitung von Hazel Senior das Werk sozusagen auf Sparflamme fortsetzt. Auf der Straße verkaufen sie ihre kleine Zeitung „Peace by Peace“, ein Wortspiel mit Stück für Stück.

Seit 1981 lebt Betty Williams in Amerika, wo sie in zweiter Ehe mit dem Mineralöl-Manager James Perkins verheiratet ist. Als Trägerin des Friedens-Nobelpreises ist sie eine gefragte TV-Persönlichkeit, deren Ansichten zu humanitären Fragen in aller Welt man gerne in Talkshows einholt. Über Ulster redet sie nicht. Da ist sie wie ausgebrannt.

In Ulster hat man sie als „Verräterin“ beschimpft. Ihre Antwort: „Da haben die vielleicht recht. Ich bin nicht von Ulster fortgezogen, ich habe es fluchtartig verlassen. Ich hatte keine Kraft mehr zum Geben. O. k. In allen Punkten: Schuldig im Sinne der Anklage.“

Auch Ciaran weigerte sich, mit Betty zusammenzutreffen. Sie sagte weinend: „Ich möchte Mairead in die Arme nehmen und ihr sagen, daß ich sie liebe. Ich möchte das gleiche mit Ciaran tun. Ich möchte, daß auch sie mich liebt. O Gott, wie sehr ich sie vermisse.“

Sie konnten zusammen nicht kommen. Mairead Corrigan, tatkräftiger

Apostel christlicher Nächstenliebe, konnte nicht über diesen Schatten aus der Vergangenheit springen. Mit leuchtenden Augen, fast überirdisch verklärt, erzählt sie von ihrer Arbeit. Ein glücklicher Sisyphus, könnte man glauben.

Mit dem Nobel-Preis kam der Niedergang

Doch dann ihre Begegnung mit Gerry Adams, dem ehemaligen IRA-Kämpfer, der für Sinn Fein ins Londoner Unterhaus gewählt wurde, seinen Sitz aber aus Protest gegen die „imperialistische Besatzungsmacht“ England nicht einnimmt. Mairead versucht, ihm ihre Informationsbrochure zu verkaufen. Er habe kein Geld, kommt die Antwort. Die Führung der „Peace People“ sei diskreditiert, sagt er. Plötzlich blanker Haß in den Blicken der beiden katholischen Aktivistinnen.

Mairead: „Weil Betty damals ihr Geld behalten wollte, habe ich widerstrebend auf Ciaran gehört, meine Hälfte auch zu behalten. Sonst hätte unser gutes Einvernehmen womöglich gelitten. Von meinen Angehörigen hat keiner profitiert. Zu mir kamen viele Leute, die für Projekte der Gemeinschaft Geld brauchten. Ich habe Schecks ausgestellt.“

In Ulster fiel das bittere Wort: Der Friedens-Nobelpreis war der Anfang vom Ende der „Peace People“. Von den Querelen der Führung abge-

hen, gab es Neid. Als sich herum sprach, daß die Geehrten ihren „Reichtum“ für sich behielten, wurden sie zur Zielscheibe übler Nachrede.

Die kleine Mairead Corrigan scheitert als einzige der drei Hauptinitiatoren der „Peace People“ auch als gebranntes Kind nicht das Feuer. Das mag auch daran liegen, daß sie in ihrem Privatleben aufs engste mit den Ursprüngen der einstigen Massenbewegung verbunden ist, einem der schwarzen Tage in der blutigen Geschichte der Unruheprovinz. Am 10. August 1976 geriet ein Fluchtwagen von IRA-Terroristen bei der Verfolgung durch einen Landrover von der Straße ab und raste in eine Gruppe von Passanten. Es war Maireads Schwester Anne McGuire mit ihren Kindern. Zur Beerdigung der drei Kinder pilgerten 10 000 Menschen zum Friedhof. Dort lernte Mairead Betty Williams kennen. Maireads Schwester Anne konnte den Verlust ihrer Kinder nicht verwirnen. 1980 nahm sie sich das Leben. Ein Jahr später heiratete Mairead den Witwer Jackie McGuire.

Aus Norwegen, wo der Friedens-Nobelpreis vergeben wird, flossen die Spenden besonders reichlich. Es ist, als wollten viele mit Gewalt glauben, daß die beiden zu Symbolgestalten für den Frieden erhobenen Frauen Betty Williams und Mairead Corrigan mehr als eine Episode sein könnten in dem ungelösten Konflikt auf der Grünen Insel.



Als sie noch gemeinsam kämpften: Betty Williams (l.), Mairead Corrigan (SAD)

FOTO: LARS NYSEF

Asyl-Frage schlägt in Stuttgart hohe Wellen

„Überschwappen“ des Unmuts in der Bevölkerung befürchtet

HANS KRUMP, Stuttgart
Agrarpolitik sollte das Thema eines Vortrages des Stuttgarter Staatssekretärs Matthias Kleinert in Offenbach sein. Doch in der Diskussion wollten die Zuhörer weniger über Milchpreise oder Butterberge wissen, als über die sprunghaft angestiegenen Asylantenzahlen und die Möglichkeiten eines Stopps dieser Entwicklung. Regierungssprecher Kleinert: „Was ich da von den Leuten zu hören bekam, möchte ich hier nicht zitieren.“

Das Erlebnis von Späths Staatssekretär ist wohl nicht untypisch für die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung zwischen Neckar und Bodensee. Seit Stuttgart im Sommer 1985 verfügte, Asylbewerber wegen der überfüllten Sammlerlager teilweise in den Kommunen unterzubringen, ist das Klima im Lande gereizter geworden. Bei der Landesregierung häufen sich die Briefe besorgter Bürger, die betroffenen Kommunen (mehr als 10 000 Einwohner) haben erhebliche Probleme, die Asylanten im Verhältnis 3,3 pro tausend Einwohner unterzubringen. Etwa die Hälfte der insgesamt 10 900 Asylanten (1984: 5400 Asylbewerber, 1983: 2700), die Baden-Württemberg 1985 aufnehmen mußte, wurde an die Gemeinden weitergeschickt. Angesichts der weiter steigenden Anträge (allein im Januar 1988 im Land) soll die Zuteilungsquote ab 1. April auf 2,9 angehoben und auch Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zur Unterbringung von Asylanten verpflichtet werden.

Asylanten unzufrieden

„Noch ist die Stimmung nicht überschwappt“, sagt Staatssekretär Kleinert, „doch sollte die Strapazierfähigkeit nicht überdehnt werden.“ Auf Unverständnis bei den Badenern und Schwaben stießen Zeitungsmeldungen wie diese:

● In Waldbrunn/Landkreis Karlsruhe blockierten vier irakische Asylanten eine Straße, weil sie mit der Unterkunft nicht einverstanden waren.

Einem Polizisten wurde in die Hand gebissen.

● In Rheinfelden/Kreis Lörrach besetzten 15 Asylanten, darunter acht Kinder, eine Kirche, um für bessere Unterbringung zu demonstrieren. Sie ließen sich auf keinerlei Gespräche ein und mußten von der Polizei aus der Kirche gedrängt werden.

In Stuttgart hofft man, durch „konsequente Maßnahmen“ ein „Überschwappen“ der Stimmung zu verhindern. Nach Angaben von Ministerpräsident Späth haben sich die Ansichten inzwischen im Bundesrat und in der Bonner Koalition gewandelt.

Problem Folgeanträge

Er geht davon aus, daß den maßgeblich auch von Stuttgart eingebrachten Bundesratsinitiativen (u. a. Arbeitsverbot während des Verfahrens; ständige Überprüfung der Asylvoraussetzungen auch nach Gewährung; Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften; Sozialhilfe als Sachleistung) nichts mehr im Wege stehe. Sorge machen der Landesregierung die sogenannten „Folgeanträge“, mit denen abgewiesene Asylbewerber beim Bundesamt in Zimmern neue Anträge – oft ohne weitere Fakten – stellen, um der Ausweisung zu entgehen. Innenminister Dietmar Schlee hat jetzt die Ausländerbehörden angewiesen, direkt über Folgeanträge zu entscheiden und das Verfahren so zu beschleunigen. Sollten derartige Maßnahmen nicht greifen, steht für Stuttgart auch der Artikel 16 des Grundgesetzes (politisches Verfolgung genießen Asylrecht) „ernsthaft auf dem Prüfstand“, so Kleinert.

Für die Anhörung vor dem Bundestags-Innenausschuß zur Bundesratsinitiative am 24. Februar hat Baden-Württemberg einige gute Argumente parat: Stuttgart praktiziert die verlangte Gemeinschaftsunterbringung, das Sachleistungsprinzip und das Arbeitsverbot konsequent selbst seit Jahren. Folger: Nur ein Drittel aller Asylanten, die Stuttgart entsprechend seiner Quote von 15,3 Prozent aufnehmen muß, hat den Asylantrag im Land selbst gestellt.

Gerät jetzt auch Bausenator Franke in den Sog der Korruptionsaffäre?

Räume des größten Berliner Bauingenieur-Büros durchsucht / Heute Parlamentsdebatte

HANS-R. KARUTZ, Berlin
In der Stadt wächst unter dem Eindruck einer neuen großen Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft beim größten Bauingenieurbüro an der Spree der Verdacht, daß der CDU-Bausenator bisher nur die „Spitze des Eisbergs“ freigelegt hat. Das Abgeordnetenhaus beschäftigt sich heute in seiner Sitzung auf Wunsch der SPD erneut mit dieser größten Korruptions- und Bestechungsaffäre der Berliner Nachkriegszeit.

30 Kriminalbeamte beschlagnahmten am Dienstag in den Dienst- und Privaträumen des 66-jährigen Heinz Ruths kostenweise Material. Ruths steht im Verdacht, an einer Bestechung des früheren Baustadtrats Wolfgang Antes beteiligt gewesen zu sein. Der Ex-Kreischaus von Charlottenburg trat inzwischen aus der Union aus. Er schrieb: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich zur Zeit für die CDU eine Belastung bin.“

Dem neuen Schlag der 22 hochspezialisierten Beamten der Sonderkommission, die die Affäre aufrollt, kommt auch politische Bedeutung zu: Denn Ruths, der sich zur Kur befindet, ist ein guter Bekannter von

Bausenator Klaus Franke (CDU). Er kaufte 1982 von Ruths eine Eigentumswohnung nahe dem Zürichsee. Franke – jahrelang Vorsitzender des parlamentarischen Bauausschusses, Direktor einer städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft und Parlaments-Vizepräsident – verkaufte diese Immobilie nach kurzer Zeit, weil sich Probleme mit der „Ausländerbewilligung“ ergaben.

Wegen dieses Kaufs sah sich der Bausenator schon 1985 Vorwürfen des SPD-Bausprechers Wolfgang Nagel ausgesetzt. Der SPD-Abgeordnete (er geht auch in den geplanten Untersuchungsausschuß) behauptete Zusammenhänge zwischen dem Wohnungsbau und der Vergabe der gesamten Projektsteuerung für die im Bau befindliche „Kleine Philharmonie“. Der Bau soll zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 fertig sein. Der Senator selbst war bisher vom Sog der CDU-Bausaffäre verschont geblieben, wenngleich gegen zwei seiner Spezialbeamten ermittelt wird und einer von ihnen vom Dienst suspendiert ist. Der jüngste Stand im Skandal und seiner politischen Aufarbeitung stellt sich so dar:

Sicherheitsgesetze weiter umstritten

rr, Bonn
In einer Bundestags-Anhörung über die Gesetze zur Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise haben sich die Datenschutzbeauftragten Hessens und Hamburgs gegen die Datenspeicherung bei Schleppnetzverfahren ausgesprochen.

Klaus Henning Schapper (Hamburg) sagte, daß die Gesetze die Verarbeitung von Massendaten gestatten und davon in großem Umfang auch unbeteiligte Bürger betroffen seien. Der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis bezweifelte, ob die geplanten Regelungen dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprächen.

„DDR“ setzt auf die Kernenergie

AP, Berlin
Die „DDR“ will den Einsatz von Kernenergie wesentlich beschleunigen. Dies sei die wesentliche Aufgabe der „DDR“-Kernforschung, erklärte der Direktor des „DDR“-Zentralinstituts für Kernforschung in Rossendorf, Günter Flach. Besonders das Eindringen der Mikroelektronik in den Prozeß des „Beherrschens kernenergetischer Prozesse“ müsse vorangetrieben werden.

Ein wichtiges Forschungsvorhaben befasse sich mit der prozeßdiagnostischen Überwachung in Kernkraftwerken. Das Kernkraftwerk Nord in Lubitz bei Greifswald werde noch vor April über eine solche Anlage verfügen.

● Die FDP-Fraktion billigte jetzt einen Textentwurf für den Auftrag, den der parlamentarische Untersuchungsausschuß vom 27. Februar an erledigen soll. Die SPD legte ihrerseits ein Papier vor, in dem allein 18 große Bauobjekte aufgeführt werden, die überprüft werden sollen.

● Vor der Staatsanwaltschaft räumte der suspendierte CDU-Bausenator Jörg Herrmann ein, von dem bestechungsverdächtige Bauträger Kurt Franke 15 000 Mark genommen und für „kulturelle Zwecke“ ausgegeben zu haben.

● Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig arbeitet im Auftrag des CDU-Landesvorstands an einem Strategiepapier für seine Partei, die einen politisch geläuterten Eindruck macht.

● Inzwischen beschloß der CDU-Landesvorstand, den für den 31. Mai einberufenen Nominierungs-Parteitag für die elf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten zu verschieben. Auf diese Weise soll offenbar für hohe CDU-Politiker, möglicherweise auch dem Senat, ein Platz im Bonner Aufgebot freigehalten werden, falls sich schon bis dahin erste Konsequenzen aus der Affäre abzeichnen.

DGB fordert Finanz-Spielraum

dpa, Düsseldorf
Für eine Verbesserung des Finanzspielraumes der Kommunen gegenüber Bund und Ländern hat sich der nordrhein-westfälische Landesbezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ausgesprochen. Nach Ansicht seines Vorsitzenden Dieter Mahlberg könne eine aktive Beschäftigungspolitik nur von finanzstarken Gemeinden geleistet werden. Dazu bedürfe es einiger Korrekturen bei den Finanzzuweisungen an die Städte und Gemeinden.

Der Gewerkschafter forderte auch Rücksichtnahme auf die strukturellen unterschiedlichen Probleme der Gemeinden. Dies gelte besonders für das Ruhrgebiet.

Borken: Tauziehen um ein geplantes Kraftwerk

Preußenelektra erwägt Standortverlegung nach Niedersachsen

MICHAEL JACH, Hannover
Wie mit einer Kiste roher Eier balancieren Regierungspolitik und andere Interessenten in der niedersächsischen Landeshauptstadt seit Monaten mit einem Gegenstand, der sich möglicherweise als spektakulärer Fall von „Industriewanderung“ aus dem rot-grünen Hessen ins nördliche Nachbarland entpuppen könnte: Das Vorhaben des in Hannover ansässigen Stromversorgungs-Unternehmens Preußenelektra, im nordhessischen Borken südlich Kassel an Stelle ihres derzeit dort noch betriebenen Braunkohlekraftwerks einen Kernreaktor zu bauen.

Gefahr für Börner

Der Braunkohlen-Tagebau in Borken wird bis 1993 erschöpft, das daraus befeuerte Kraftwerk dann stillzulegen sein. Frühere hessische Pläne, zusätzlichen Brennstoff durch Abtragung des benachbarten Hohen Meißners zu erschließen, verschwanden dank umweltpolitischer Vernunft längst im Reißwolf. Zur wirtschaftlichen Sicherung der Strom-Grundlast für ihr Versorgungsgebiet Nordhessen setzt die Preußenelektra seither auf Kernkraft. Die Bauarbeiten liegen der hessischen Landesregierung vor.

Bei einer rot-grünen Regierung in Wiesbaden gibt jedoch niemand dem Projekt eine ernsthafte Chance. Ernst Welteke, Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion, hat es eben erst in einem Zeitungsinterview bekräftigt: An einem Ja zu dem Kernkraftwerk müßte die Wiesbadener Koalition zerbrechen. Zudem stehe die „Beschuldigung der SPD auf Bundesebene“ dagegen. Welteke schlägt als Brennstoff für ein neues Kraftwerk Steinkohle vor, was die Preußenelektra jedoch aus ökonomischen Gründen ablehnt.

Angesichts solcher Eindeutigkeiten werden in Hannover die Hinweise gezielt lanciert, die Preußenelektra werde einen Ausweichstandort in Niedersachsen suchen. Die Unternehmensspitze läßt aber steif und fest behaupten, sie spreche mit niemandem über Borken außer mit den zuständigen in Hessen. Im Dunstkreis des niedersächsischen Wirtschaftsausschusses ist offiziell Redeverbot verhängt, doch unter den Schreibtischen werden die Hände gerieben.

Ein Loch in den Nebel riß vergangene Woche der hessische CDU-Vorsitzende Walter Wallmann. In abendlicher Runde teilte er Journalisten in Hannover mit, Gespräche mit Aufsichtsräten der Preußenelektra ließen erwarten, daß diese nach einer Wiederwahl von Ministerpräsident Ernst Albrecht offen in Hannover vorstellig werde. Ähnliches ließ Welteke in einem zeitgleich gegebenen Interview verlauten. Die „Frankfurter Rundschau“ indes zitierte einen Preußenelektra-Sprecher mit der Äußerung, Wallmann habe „Unsinn“ geredet. Auf Nachfrage der WELT sagte der Unternehmenssprecher, er sei mißverstanden worden.

Prestige-Objekt

Das Knäuel der diskreten Indiskretionen entwirrt sich angesichts der unterschiedlichen Interessendetails in Niedersachsen und Hessen. Niedersachsens Landesregierung würde nur allzu gern den Prestigeerfolg einfahren, den Hessen das Kraftwerkprojekt abzugeben. Dies jedoch erst nach der Landtagswahl, um den Wahlkampf nicht mit einem unalkoholischen Reizthema anzureichern. Die Preußenelektra ihrerseits verneint offensichtlich alles, was den Druck auf Hessens Landesregierung zur Unzeit mindern könnte.

Walter Wallmann und die Hessen-CDU schließlich befinden sich in einem Zwiespaß: Einerseits kommt ihnen mit Blick auf die hessische Landtagswahl 1987 die bedrohliche Aussicht gelegen, daß aus Borken einige hundert Arbeitsplätze abwandern könnten. Andererseits würde ein CDU-Wahlsieg auch für Borken andere Voraussetzungen schaffen. Höchst zweifelhaft aber bleibt, ob die Preußenelektra darauf warten und somit nochmals eine Unbekannte in ihr Kalkül setzen will.

Nord-CDU fordert fairen Wettbewerb für Seehäfen

FDP will wieder über „Freihandelszonen“ diskutieren

hs, Hamburg

Die meisten deutschen Werften haben nur noch bis zum Sommer feste Aufträge. Angesichts dieser angespannten Lage forderten die Vorsitzenden der CDU-Frakturen der vier Küstenländer und Berlins ein gemeinsames Vorgehen ihrer Landesregierungen gegenüber dem Bund. „Wir wollen keine Subventionen“, sagte der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Klaus Kribben, bei einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionschefs gestern in Hamburg. Von dem letzten Woche von den Wirtschaftsministern in Auftrag gegebenen Gutachten zur Situation im Schiffbau erwarten die Fraktionschefs endlich ein schlüssiges Rezept, wie den Werften geholfen werden kann.

Der Hamburger Oppositionsführer, Hartmut Perschau forderte namens seiner Kollegen, daß die Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr zu Lasten der deutschen Seehäfen endgültig beseitigt werden müßten. Die Bundesregierung habe zwar einen Teil der Versäumnisse aus der Zeit der SPD/FDP-Koalition aufgeholt, dennoch hätten die deutschen Häfen immer noch das Nachsehen, weil der Transport über ausländische Häfen in der EG billiger sei als über deutsche Häfen. Diese „ordnungspolitisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen“ soll Bonn umgehend abbauen.

Der angestrebte Medien-Staatsvertrag – so Werner Remmers (Hannover) – ist so unrealistisch, daß sich die CDU-Frakturen damit gar nicht mehr beschäftigen. Remmers betonte, daß die CDU in Norddeutschland an einem Erhalt von ARD und ZDF interessiert sei. Doch die öffentlich-rechtlichen Aktivitäten wie „3 SAT“ und „Eins plus“ bedeuteten eine Gefährdung, Remmers betonte: „Wir wollen auf jeden Fall den privaten Anbietern eine Chance schaffen.“

mj, Hannover

Norddeutschlands Freie Demokraten wollen aus dem mäßlichen Umstand, derzeit weder in Hannover oder Kiel noch in Bremen und Hamburg mitzuregieren, eine Tugend machen. Nach einer Konferenz, an der auch die FDP-Vertreter aus Berlin teilnahmen, präsentierten sich die FDP-Länderspitzengruppen in Hannover als Mahner wider den „Länder-Egoismus“, als Motor einer gemeinsamen Interessen betonenden Wirtschafts-, Umwelt- und Medienpolitik.

So habe die Bremer Konferenz der norddeutschen Wirtschaftsminister in der Vorwoche angesichts der Werftenkrise nichts weiter vermocht, als „neue Gutachten anzufordern“, rügte der hannoversche FDP-Fraktionschef Walter Hirsche. Anstelle von Subventions-Aleingängen nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins bedürfe es eines „abgestimmten“ Kapazitätsabbaus: Subventionen seien „gleichmäßig“ und getreu dem EG-Recht für Exportaufträge sowie Produktionsumstellungen auszustellen.

Als Medizin gegen zwangsläufige Arbeitsplatz-Verluste an der Küste wie zur Wirtschaftsförderung im Norden überhaupt brachte der Kieler FDP-Landesvorsitzende Dieter Zumpfort erneut „Freihandels-“ und „Industrie-Sonderzonen“ ins Spiel.

Scharf ins Gericht gingen die Parteileralen mit der Medienpolitik von „CSU und Teilen der CDU“. Diese konzentrierten sich mittlerweile eigensüchtig auf eine öffentlich-rechtliche „Südschiene“ unter Unions-Einfluß. Damit forderten sie die Länder der „Nordschiene“ heraus, gefährdeten die ARD und drängten die Privaten ins Abseits.

Beamte fordern sechs Prozent

dpa, Bonn

Der Deutsche Beamtenbund (DBB) wird am 18. Februar mit Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) über eine Regelung zur Anpassung der Bezüge für Beamte sprechen. Der DBB wies darauf hin, daß er sich mit seiner bereits im November 1985 beschlossenen Sechsen-Prozent-Gesamterhöhung für eine lineare Erhöhung um 5,5 Prozent vom 1. Januar an einsetze. Darüberhinaus befristet der Beamtenbund Verbesserungen wie die Rücknahme „ungerechtfertigter Sparmaßnahmen“ der vergangenen Jahre.

Die ÖTV hatte sich mit Zimmermann über eine lineare Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst um 3,5 Prozent und über Strukturverbesserungen geeinigt.

Gesetz soll Bürokratie abbauen

AP, Bonn

Mit dem Ziel eines raschen Abbaus von Bürokratie hat das Bundeskabinett gestern den Entwurf eines Zweiten Rechtsbereinigungsgesetzes verabschiedet. Mit dem in 37 Artikeln vorgelegten Entwurf des Bundesinnenministeriums sollen zwölf Gesetze und Verordnungen ganz aufgehoben und weitere 27 „einfacher und kürzer gefaßt“ werden, teilte der parlamentarische Staatssekretär Horst Waffenschmidt mit.

Der Entwurf soll durch die Auflockerung und Verlagerung von Zuständigkeitsregelungen den Bürgern, der Wirtschaft und der Verwaltung Erleichterungen ermöglichen. Ferner sollen Doppelzuständigkeiten beseitigt und Genehmigungs- und Anzeigepflichten in verschiedenen Bereichen aufgehoben werden.

Zweifel an Autorität der Rechnungsprüfer

dos, Hannover

Der Landesrechnungshof in Niedersachsen muß nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler seine Position gegenüber der Landesregierung deutlich verstärken. Voraussetzung dafür, so der Vorstandsvorsitzende des Steuerzahlerbundes Niedersachsen/Bremen, Axel Gretzinger, sei eine Änderung der Berufungspraxis der Rechnungshof-Spitze. Bislang wurden in Niedersachsen der Präsident und der Vizepräsident des Rechnungshofs, anders als im Bund und in einigen Ländern, von der Landesregierung ernannt.

Um die Unabhängigkeit und Autorität der Prüfer zu festigen, soll die Besetzung der beiden Ämter künftig durch Wahlen im Parlament erfolgen. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag hat der Steuerzahlerbund dieser Tage den im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen zugeleitet.

Gretzinger begründet seine Initiative mit der Mißachtung von Beanstandungen des Landesrechnungshofs durch die Regierung. Eine Sammlung von Fallbeispielen aus der laufenden Legislaturperiode beweise, daß vom Rechnungshof vorgetragene Kritik, Empfehlungen und Vorschläge nur zögerlich und lückenhaft beantwortet würden. Stellungnahmen der Landesregierung ließen oft jahrelang auf sich warten. Die Prüfung von disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeiten und des Schadensersatzes unterbleibe zumeist, meint der Steuerzahlerbund und macht seine Vorwürfe an einigen Beispielen fest.

Da gab es jenen Fall aus dem Jahre 1981, als der Rechnungshof die Anschaffung einer Datenstation durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Wert von 47 670 Mark bemängelte, weil Tischrechner den gleichen Zweck erfüllten hätten. Zudem standen die Geräte zwei Jahre lang ungenutzt im Keller des Ministeriums.

Die Antwort der Landesregierung folgte im Herbst 1983. Die Anschaffung der Bildschirmcomputer sei „notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich“ gewesen. Durch den frühen Kaufzeitpunkt seien Rabatte erlangt worden, hieß es mit Blick auf die zweijährige Einkellerungszeit.

„Teilweise fahrlässiges Verhalten“ erkannte der Rechnungshof 1982, nachdem die Bewilligungsbehörden mehreren Gemeinden Mittel für Straßenbauarbeiten auszahlten, die nicht förderungswürdig waren. Die Kommunen hatten Kleinverhaben als Fortsetzungsmaßnahmen eines größeren Projekts deklariert.

Der zuständige Minister für Wirtschaft und Verkehr antwortete Anfang 1984, der Vorgang werde zügig bearbeitet. Koppelungsförderungen sollten künftig unterbleiben. Auf das Problem der Haftung und der Strafbarkeit wird nicht eingegangen.



Das „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' läuft „real time“ ab: Alle Aufträge der Teilnehmer werden mit den aktuellsten Notierungen verbucht. So kann man sich täglich telefonisch über Börsianer-Leben.

Wie im richtigen Börsianer-Leben.

Ausführung seiner Transaktionen vom Vortag, Kontostand und eigene Platzierung informieren.

Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche', Tel.: 0211-83 88/3 78 oder 3 88. Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.



MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE

Handwritten signature and date: 14.11.1980

Chirac holt sich Beifall durch ehrliche Aussagen

PETER RUGE, Paris
Die Stewardess bringt ihm ein Cremetörtchen und bekommt dafür ein Küßchen – wer hätte das erwartet von Frankreichs Hardliner, dem Gaullisten Jacques Chirac. Der erste Anwärter auf den Premierposten, wenn die Franzosen in fünf Wochen wählen, fühlt sich sichtlich wohl in der Mystère 20, in diesem 850 Kilometer schnellen Privat-Jet, den seine Partei, das Rassemblement pour la République (RPR), für ihn mietete.

Wahlkampf auf amerikanisch – der ehemalige Harvard-Absolvent mit den Gesichtszügen eines Zehnköpfer von dem Start hat sich viel vorgenommen: Fast jeden Abend schafft er zwei Departements – und das bis zum 16. März. „Aber nachts will ich in meinem Bett im Pariser Rathaus schlafen“, sagt der 53-jährige.

Das Tempo des „Herrn Bürgermeister“, wie er sich gerne nennen lässt, hält seine Umgebung in Atem: Morgens 7.30 Uhr sitzt er am Schreibtisch im Hôtel de Ville; regierend, delegierend, motivierend. Dann, um die Mittagszeit, ist er draußen – er taucht gerne unvermutet aus der Metro auf, überrascht eine Dienststelle, schaut sich Baugruben in der französischen Hauptstadt an.

Schutz und Unordnung sind ihm verhaßt: Paris verdankt ihm den Hundstreck-Kehrdienst, eine intakte Müllabfuhr, die Eindämmung der Prostitution. Das hat ihm den Ruf des Herrn Saubermann eingebracht – beliebter geworden ist er dadurch nicht.

Jetzt, am späten Nachmittag in der Kabine, wirkt er aus nächster Nähe anders – glaubhaft, als er sagt: „Wenn ich in der Bundesrepublik Schnuppen hab, erklären wir uns – ich freue mich, daß es euch gut geht.“ Herzlich, als er sagt: „Ich bin ein Anhänger der CDU, Helmut Kohl und ich sehen uns öfter.“

Schelmisch, als er auf die Frage antwortet, ob er auch die CSU mag: „Von Paris aus sehe ich nur Christdemokraten.“

Auf den Wahlplakaten hat er sich mit jedem der fast 100 RPR-Kandidaten abgeben lassen: beidseitig, strahlend, den Arm um die Schultern des Parteifreundes gelegt – nur die Krawatten bauschen sich im Wind eines unsichtbaren Ventilators – für das richtige Lächeln gaben die PR-Berater den Rat, Chirac solle „Quis-Ti-Ti“ sagen. Ist er dadurch populärer geworden?

Die Prognosen geben ihm zur Zeit 40 Prozent, mehr als seinem Gegenspieler, dem amtierenden Premier Fabius mit 38 Prozent – Chirac also im Aufwind?

„Die Umorientierung auf eine neue Autorität beginnt wohl schon“, sagt seine Begleitung, als seine Maschine in Lyon ausrollt. „Polizei mit Blaulicht vor und hinter der Wagenkolonne.“

Chirac nennt Beispiele: Die geplante Preiserhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel einen Tag nach der Wahl, die Regierungskungelei um das Privatfernsehen in Frankreich, die Verlesung von Meinungsumfragen zugunsten der Sozialisten.

Im Wagen zurück zum Flughafen schläft er: „Jetzt tankt er wieder auf“, sagt seine Umgebung. Kaum hat die kleine, weiße Düsenmaschine Lyon verlassen, ist sein Thema erneut die Bundesrepublik. Er hat in Neustadt an der Weinstraße seinen Militärdienst geleistet: Er kennt die Grenze, die Deutschland teilt, er spricht von Menschenrechten. „Ich lasse aus meinen Reden nie diesen Aspekt aus, auch nicht vor den Bauern in Bourg-en-Bresse. Würde ich aufhören, davon zu reden, würden wir den Völkern im Osten das Letzte nehmen, was ihnen geblieben ist: die Hoffnung“, sagt Jacques Chirac.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

ne, das hat es schon lange nicht mehr für Chirac gegeben.“

Die Insignien der Macht hatte er bereits 1972. Er war Premierminister unter dem damaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Zwei Jahre hielt die Freundschaft, dann kündigte Chirac die Zusammenarbeit mit den liberalen Republikanern: Er wollte den Gaullisten wieder Profil geben.

Dieser Basisarbeit verdankt die Sammlungsbewegung RPR ihre neue Struktur. Es sind vor allem junge Menschen, die in dieser Partei engagiert mitarbeiten. Sie sind „efficace“, durchschlagend. So liebt es Chirac, wenn er wie in Bourg-en-Bresse eine geölte Maschine übernimmt: Eine Viertelstunde Pressekonferenz mit den örtlichen Journalisten, ein kurzer Empfang für 140 Honoratioren – er begrüßt jeden einzelnen mit „Bonjour, Monsieur – Bonjour, Madame“, dann der öffentliche Auftritt in der vollbesetzten Ausstellungshalle. Die Marcellaise erklingt.

Er trifft auf ein schwieriges Publikum. Viele sind nur aus Neugier gekommen. Sie kennen diesen Pariser im Maßanzug kaum, denn das staatliche Fernsehen boykottiert den Gaullisten offensichtlich mehr als andere. Chirac legt die Brille weg, sein Manuskript enthält sowieso nur Stichworte, versucht, an diese Landbevölkerung heranzukommen: Er erinnert an Tage, die er hier verbracht hat, wirft für seine Kandidaten, die in dieser Erde verwurzelt sind, findet plötzlich Worte, die zum Zuhören zwingen, weil sie einfach, ungedreht, ehrlich sind. Die Zuhörer sind gebannt, Beifall bricht los.

Es geht gar nicht mehr um ein Programm. Jedermann weiß in Frankreich, daß der Spielraum für Änderungen gering sein wird. Überzeugend wirkt vor diesen Wählern, daß es hier eine Versuchung, in der Politik wieder Haltung zu zeigen.

Chirac nennt Beispiele: Die geplante Preiserhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel einen Tag nach der Wahl, die Regierungskungelei um das Privatfernsehen in Frankreich, die Verlesung von Meinungsumfragen zugunsten der Sozialisten.

Im Wagen zurück zum Flughafen schläft er: „Jetzt tankt er wieder auf“, sagt seine Umgebung. Kaum hat die kleine, weiße Düsenmaschine Lyon verlassen, ist sein Thema erneut die Bundesrepublik. Er hat in Neustadt an der Weinstraße seinen Militärdienst geleistet: Er kennt die Grenze, die Deutschland teilt, er spricht von Menschenrechten. „Ich lasse aus meinen Reden nie diesen Aspekt aus, auch nicht vor den Bauern in Bourg-en-Bresse. Würde ich aufhören, davon zu reden, würden wir den Völkern im Osten das Letzte nehmen, was ihnen geblieben ist: die Hoffnung“, sagt Jacques Chirac.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

Die „ehrenvolle Mission“ in Angola wird für Havana zum großen Trauma

Fast jede Familie in Kuba ist vom Kampf im fernen Afrika betroffen / Verletzte in die „DDR“

WERNER THOMAS, Havana

Fidel Castro sprach mit Erregung in der Stimme. Er nannte den Guerillaführer Jonas Savimbi einen „Banditen“ und „Verräter“. Nein, Kuba werde keinesfalls vor einem verstärkten militärischen Druck weichen, im Gegenteil. Ein noch größeres Engagement sei dann notwendig. Die „internationalistischen Kontingente“ Kubas würden erst abziehen, wenn das südafrikanische Apartheidsystem verschwinde. Die Parteidelegierten spendeten stehend Applaus.

Angola. Das Stichwort emotionalisiert jeden Kubaner. Die Stimmung reicht von Unbehagen bis zu traumatischer Sorge. Ein Freund, der viele Aspekte dieser Revolution begrüßt und Castro für einen der charismatischsten Politiker der Welt hält, sagt: „Angola ist ein Problem ohne Lösung. Ich denke oft an Vietnam.“

Seit zehn Jahren kämpfen kubanische Soldaten auf einem fernen Kontinent, und noch immer läßt sich kein Ende des Konfliktes absehen. Da die Reagan-Regierung jetzt den Savimbi-Einheiten Militärhilfe gewährt, kann sich der blutige Krieg noch ausweiten.

Stimmung umgeschlagen
Es gibt kaum einen Kubaner, der bisher nicht persönlich betroffen wurde, direkt oder indirekt. Viele kennen Landsleute, die nicht mehr von ihrem Einsatz jenseits des Atlantiks zurückgekehrt sind. Ein Psychologe berichtet: „Vor einigen Monaten ist mein Schwager beim Abschuss eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Er arbeitete als Arzt in Angola.“

Niemand kennt die Zahl der Opfer. Die Regierung schweigt. Anfangs wurden die Toten noch in die Heimat gebracht, heute nicht mehr. Diplomatische Beobachter rechnen mit Tausenden Gefallenen und Zehntausenden Verwundeten. Die schwer verletzten Kubaner werden in die „DDR“ zur ärztlichen Behandlung geflogen.

Lange war das Thema tabu. Ende der siebziger Jahre schickten die

Streitkräfte die Soldaten auf den afrikanischen Kriegsschauplatz, ohne die Angehörigen zu verständigen. Heute arrangiert der Militärapparat einen regelmäßigen Postkontakt. Die offiziellen Informationen sind jedoch immer noch selektiv und sporadisch. Keine täglichen Fernsehbilder in den Abendnachrichten über die letzten Kampfhandlungen wie während der Vietnam-Jahre. Im Sommer vergangenen Jahres lief jedoch eine von der Armee produzierte Serie, „Etwas zum Träumen“, die ein persönliches Schicksal im Zusammenhang mit dem Angola-Kapitel schilderte. Die Regierung verfügte auch nicht die Zahl der Truppenverbände. Amerikanische Schätzungen bewegen sich um 30 000 Soldaten.

Gesprächspartner berichten, die Stimmung der Bevölkerung sei in den letzten Jahren umgeschlagen. Ein Student: „Die Leute fragen plötzlich, ob sich diese hohen Opfer lohnen.“ Die Mutter eines Obersten, der in Angola dient, klagte letzte Woche in ihrer Nachbarschaft: Die Kubaner müßten die Kämpfe tragen. Die angolanischen Streitkräfte würden nicht genug tun zur Selbstverteidigung. Gelegentlich hätten Angolaner schon erklärt, nur wegen der kubanischen Präsenz sei es bisher nicht zu einer friedlichen Lösung gekommen. Die Frau, ein Mitglied der kubanischen KP (PCC), nennt das „Undankbarkeit“.

Kubas Einsatz für das sandinistische Nicaragua – 3000 Militärbatter laut Washington – scheint dagegen auf mehr Verständnis zu stoßen. Die Opfer sind geringer, das Land ist näher, die Logistik einfacher. Und die „Sandinistische Volksarmee“ führt die meisten Gefechte gegen die Contra-Rebellen allein.

Jonas Savimbi, von der kubanischen Parteizeitung „Granma“ als „Bastard Pretorius“ bezeichnet, behauptet, Castro lasse sich den Einsatz seiner Truppen teuer bezahlen – aus den angolanischen Öleinnahmen. Regierungsvertreter in Havana demonstrieren. Dennoch führte dieser Krieg zu einer ironischen Situation: Kuba

nische Truppen schützen die Ölanlagen der US-Konzerne Gulf und Chevron, die Angola mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr einbringen, vor Savimbis Guerilla-Armee. Diese kann bald eine amerikanische Militärhilfe von 15 Millionen Dollar erwarten, wenn der Kongreß seine Zustimmung erteilt.

Fidel Castro bestreitet, daß die Sowjetunion das Angola-Engagement veranlaßt habe. Das sei allein eine Entscheidung Kubas gewesen. Kuba ist im Rahmen seiner Politik des „proletarischen Internationalismus“ in mehr als 30 Ländern der Welt aktiv, in den meisten ohne Militärs. Diplomatische Beobachter in Havana beurteilen das anders.

Alte Erinnerungen
Die kritische Angola-Situation ist während des kubanischen Parteitag in den vergangenen Woche wieder diskutiert worden. Fidel Castro sprach darüber zur Eröffnung und zum Abschluß der Veranstaltung. Die kubanischen Truppen schickten ein Grußtelegramm, in dem sie ihre „antimperialistische Solidarität“ bekundeten und betonten, sie würden ihren Einsatz als „ehrenvolle Mission“ verstehen. Der angolanische Delegationschef Antonio dos Santos, ein stellvertretender Verteidigungsminister und Politbüromitglied, erwähnte, viele „heldenhaften Söhne“ Kubas hätten „mit ihrem Blut die glorievolle Fahne des proletarischen Internationalismus“ verteidigt.

Dos Santos zitierte Fidel Castro: „Der Sieg in Angola war eine Zwillingschwester des Sieges in der Schweinebucht. Angola bedeutet für die ‚Yanquis‘ eine afrikanische Schweinebucht.“ Das Zitat ist alt. In der Schweinebucht hatten die kubanischen Revolutionäre vor 25 Jahren eine vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützte exkubanische Invasionstruppe zurückgeschlagen. Davon zehren die Revolutionäre in Kuba noch heute. Es hilft zumindest, das Problem Angola zu verdrängen.

Wir bieten Alternativen. Treffen Sie die Wahl.

fly & drive

Bestimmte Geschäfte sind nur möglich, wenn man Distancen im Flug bewahrt. Doch wer ist am Ziel, wenn er gelandet ist? Wie schön, wenn sich der gute Service in der Luft auch auf der Straße fortsetzt. In puncto Zuverlässigkeit und schnellstmöglichem Anschluß. Auf automobile Art. Immer starklar. Ganz einfach mit InterRent.

InterRent

Autovermietung - rent a car

PKW-LKW-Wohnmobile

Die WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Wieder Beziehungen Israel-Elfenbeinküste

AFP, Abidjan
Israel und der westafrikanische Staat Elfenbeinküste haben gestern ihre diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen, die seit dem israelisch-ägyptischen Krieg 1973 unterbrochen waren. Die Wiederaufnahme war am 18. Dezember in Genf nach einem Geheimtreffen zwischen dem israelischen Regierungschef Shimon Peres und dem Staatschef der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, angekündigt worden.

Die beiden führenden Parteien, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Volksallianz, bemühen sich gleichermaßen um die politische Mitte, die im Sommer oder Herbst dieses Jahres bei den nächsten Wahlen den Ausschlag geben dürfte. Den Ausgang der Wahlen aber bestimmen wirtschaftliche Fragen. Die Wirtschaft sucht die Kontinuität einer kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Entwicklung, wie sie zur Zeit nur die Sozialisten garantieren können, weil sie auf die Parteidisziplin der eigenen Gewerkschaft setzen können.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

Leichter Vorsprung für Freitas in der Stichwahl

Soares kann nicht mit allen „geborgten“ Stimmen rechnen

ROLF GÖRTZ, Madrid

„Ein teures Spektakel und überflüssig dazu“. Diesen Kommentar um die portugiesischen Präsidentschaftswahlen hört man überall in den Cafés und Restaurants rund um den Rossio-Platz, das Kommunikationszentrum Lissabons.

Aber die meisten Portugiesen werden am Sonntag dennoch an die Urnen treten. In der zweiten Wahlrunde sehen sich der Christdemokrat Freitas do Amaral und der Sozialist Mario Soares gegenüber. „Rechts“ gegen „links“. Die Werten stehen 1:1 – je nach Parteizählung.

Nur soviel scheint sicher: Der Kandidat der Rechten, der Christdemokratische Partei und der regierenden Sozialdemokratischen Partei, kann seinen bisherigen Triumph nur dann überleben, wenn es ihm gelingt, rund ein Drittel der 1,5 Millionen Portugiesen an die Urnen zu bringen, die bei der ersten Runde am 26. Januar zu Hause blieben. Die stärkste Stimmhaltung melden die Statistiker aus dem konservativen Norden, aus jener Gegend also, die für Freitas do Amaral stimmt.

Offizielle Umfragen dürfen nicht veröffentlicht werden, wohl aber Gutachten wie die von Pereira Neto von der Technischen Universität Lissabon, Mitglied der Nationalen Wählerkommission. Er gibt dem staatsmännisch auftretenden Kandidaten Freitas (44) ein paar Prozente mehr als seinem Kontrahenten Soares.

Pereira Meinung nach kann Soares nicht mit allen Stimmen der Linken und den „geborgten“ des Zentrums rechnen. Für das kommunistische Wählervolk hatte KP-Chef Alvaro Cunhal das „voto conjuntural“ erfunden, die „konjunkturelle Stimmabgabe“ für Mario Soares. Nicht etwa, weil man Soares für den rechten Mann der Linken hält – für die Kommunisten bleibt der Sozialist immer noch ein „Bourgeois“ und ein „Kapitalist“. Vielmehr gelte es, Freitas do Amaral und seinen „rechtsradikal-faschistischen“ Anhang niederzustimmen.

Mit der Empfehlung des Kandidaten Soares aber ging die Rabulistik

des moskautreuen KP-Chefs diesmal wahrscheinlich zu weit. Soares ist schließlich der 4. Kandidat, den Cunhal seinen Genossen allein für diese Wahl anbefahl. Der erste war die Linkskatholikin Lurdes Pintasilgo, dann setzte man den Kommunisten Angelo Veloso auf den Stimmzettel, und schließlich kam aus dem Lissaboner ZK der Befehl: Alles stimmt für Salgado Zenha. Der bisherige Feind Nummer eins der Kommunisten, Mario Soares, quittierte den Stimmenzuwachs gelassen: „Ich nehme jede Stimme als die eines Portugiesen und fühle mich deshalb durch nichts an die KP gebunden.“

Schlug man schon in der ersten Runde unter die Gürtellinie demokratischer Spielregeln, so schlossen sich jetzt die internationale Presse der Verleumdung an. „Hinter Freitas verbirgt sich die Gefahr eines portugiesischen Neofaschismus.“

Aber das stützt sich letztlich nur auf einen Zwischenfall in der Stadt Porto. Dort provozierten Kommunisten einen Demonstrationstzug der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Zunächst warf man sich Worte, dann Steine an den Kopf.

Ein paar Fensterscheiben eines kommunistischen Parteibüros gingen zu Bruch. Niemand wurde ernsthaft verletzt. Schließlich aber fielen Schüsse – wenn auch über die Köpfe hinweg gezielt, wie der Polizeibericht registriert. Die Propaganda lastet die Schüsse den „Faschisten“ an.

Tatsächlich gibt es unter der portugiesischen Jugend an den Oberschulen und auch an den Universitäten einen wachsenden Zorn gegen jene kommunistische Diktatur, die in den ersten Jahren nach der Revolution vom 25. April 1974 nur mit ausländischer Hilfe abgewendet werden konnte. Wenn Portugals Wirtschaft heute, eingeengt durch jene revolutionäre Verfassung, sich nicht recht entfalten kann, erscheint die lautstarke Jugendorganisation der christdemokratischen Zentrumsparterie immer noch besser als die nicht mehr nur nostalgische Erinnerung vieler Bürger und Kleinbauern an die Salazar-Zeit.

(SAD)

Fragas Partei verjüngt

Spaniens Volksallianz orientiert sich zur liberalen Mitte

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die „alte Dame“, wie ein TV-Showmaster die spanische Rechte zu nennen pflegt, überraschte: Aus dem 7. Kongreß der konservativen Alianza Popular schälte sich eine agile, eher liberale Partei der rechten Mitte heraus. Wie die Partei, so erscheint auch ihr Chef, Manuel Fraga Iribarne, nach einer intensiven Imagekur verjüngt. Nach wie vor wortschnell und angriffslustig im Parlament, sonst aber ruhiger, gelassener als früher.

In Galicien geschieht immer das, was geschehen muß“, zitierte Fraga ein Sprichwort seiner Heimat, als ihm dort der größte Wahlsieg der Alianza – fast die absolute Mehrheit – unter den Fingern zu entgleiten drohte: Wie so oft in den letzten Jahren wollte sich die Führung einer liberalen Regionalpartei der Mitte nach links orientieren. Aber die Wähler dieser jungen, erfolgreichen Partei spielen diesmal nicht mit. So kam die Koalition der liberalen Mitte mit mehreren Linksparteien nicht zustande.

Francos früherer Informations- und Tourismusminister sieht sich plötzlich von einer Generation geschnitten, die politisch nach der Franco-Ära heranwuchs und entsprechend anders orientiert ist in ihrer Zielsetzung. Spaniens moderne Rechte folgt vielmehr – wie übrigens auch die pragmatische Linke – dem amerikanischen Fortschrittsgeist.

Eine neue Generation
Fügung oder Ironie – auf ihrem 7. Kongreß lehrte die Fraga-Partei die sozialistische und kommunistische Linke Demokratie: Die Delegierten wählten ihren neuen Vorstand nach einer offenen Liste aus den 47 Kandidaten des Exekutivkomitees. Die 30 mit den meisten Stimmen galten als gewählt. An der Spitze der Vorsitzenden Manuel Fraga Iribarne.

Ganz unversehens schob sich eine neue Generation unter den Dauphins

an dem früheren Arbeitsminister Fernando Suarez vorbei. Als Nummer zwei gilt jetzt Miguel Herrero de Mino, ein Intellektueller mit scharfer Zunge, der frei von Komplexen einer Vergangenheitsbewältigung ist.

Noch typischer für die Allianz von morgen sind schlagfertige selbstbewußte Politiker wie Antonio Hernandez Mancha, der den Sozialisten in ihrer andalusischen Hausmacht die Wiederwahl der Landesregierung schwer machen wird: 34 Jahre alt, Staatsanwalt und Rocco, wie man die Rocker in Spanien nennt.

Blick auf die Wahlen
Die so entstehende komplexfreie Rechte bewegt sich ganz bewußt im Fahrwasser der Opposition. Auch hier den Habitus der „alten Dame“ ablegend, die immer so agierte, als sei sie die Königinmutter. So kommt die Kritik an der sozialistischen Regierung voll zum demokratischen Bewußtsein. Die so erneuerte Rechte wirft der sozialistischen Linken Caudillismus vor, die diese mit der Franco-Ära verbindet.

Die beiden führenden Parteien, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Volksallianz, bemühen sich gleichermaßen um die politische Mitte, die im Sommer oder Herbst dieses Jahres bei den nächsten Wahlen den Ausschlag geben dürfte. Den Ausgang der Wahlen aber bestimmen wirtschaftliche Fragen. Die Wirtschaft sucht die Kontinuität einer kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Entwicklung, wie sie zur Zeit nur die Sozialisten garantieren können, weil sie auf die Parteidisziplin der eigenen Gewerkschaft setzen können.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt.

„Linke Grüne“ blasen zur Offensive gegen Fischer

Konflikte im Vorfeld der Bundesversammlung in Hagen

AP, Frankfurt
Die Gegner einer Zusammenarbeit mit der SPD innerhalb der Grünen wollen auf der Bundesversammlung ihrer Partei am Wochenende in Hagen versuchen, den hessischen Umweltminister Joschka Fischer in Bedrängnis zu bringen. Wie der Sprecher des hessischen Forums „Linke in den Grünen“, Manfred Zieran, gestern auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, will der fundamentalistische Flügel ein von Vertretern aller Strömungen in der Partei erarbeitetes Entgiftungsprogramm unterstützen, in dem beispielsweise jeder Giftmüllexport grundsätzlich abgelehnt wird. Zieran kritisierte, daß Fischer statt dessen die weitere Ausfuhr von Giftmüll auf die Depo- nie Schönborg in der „DDR“ unterstütze.

Auch trete Fischer noch für eine Ausweitung der Müllverbrennungskapazitäten in Hessen ein, was ebenfalls nicht mit Grundsätzen der Grünen zu vereinbaren sei. Auf keinen Fall dürfe sich die Umweltpartei auf die Ebene der SPD begeben und Programme beschließen, diese aber zugleich für im Augenblick politisch nicht durchsetzbar erklären, sagte Zieran. Auf der Bundesversammlung in Hagen wollen die Radikalkölogien und Fundamentalisten daher offensiv die Auseinandersetzung mit Fischer suchen und auch die sonstigen nach ihrer Ansicht negativen Folgen der Koalition mit der SPD in Hessen verdeutlichen.

Der einzige fundamentalistische Landtagsabgeordnete der Grünen in Hessen, Jan Kuhnert, machte Fischer auf der Pressekonferenz persönlich

für den gegen ihn verhängten „Maulkorbberaub“ seiner Fraktionskollegen verantwortlich. Daß ihm die anderen Abgeordneten untersagt haben, künftig noch für die Fraktion der Grünen im Landtag zu sprechen, gehe jedenfalls auf eine Intervention des Umweltministers zurück.

Neben diesem „Redeverbot“ stieß in der Pressekonferenz auf heftige Kritik, daß der Fundamentalist Marion Papacek das im Zuge der Rotation anstehende Nachrücken in den Landtag verweigert werde. Die realpolitische Fraktionsmehrheit plädiert für ein Verbleiben des zu ihnen zählenden Abgeordneten Franz Jakobs im Landtag, damit SPD und die Koalitionswilligen Grünen parlamentarisch nicht auf eine brüchige Einstimmen-Mehrheit reduziert werden. Zieran und die in Hagen für den Bundesvorstand der Partei kandidierende Fundamentalistin Irmela Wiemann sehen darin einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Prinzip des Minderheitenschutzes und der Frauenarbeit der Partei. Das Vorgehen gegen Kuhnert und Frau Papacek komme einem „Radikalerlaß innerhalb der Grünen“ gleich, sagte Zieran.

Als weiteres konfliktträchtiges Thema für die Realpolitiker wollen die Koalitionsgegner auf der Bundesversammlung ihre Forderung nach einem Nato-Austritt der Bundesrepublik zur Sprache bringen. Zieran räumte aber ein, daß bei der anstehenden Neuwahl von fünf Mitgliedern des Bundesvorstands die in diesem Gremium bislang unterrepräsentierten „Reals“ nicht leer ausgehen dürften.

Ungeordnete Konkurrenz der „Dritten“ gefährdet das ZDF

Von UWE BARSCHHEL

Die Intendanten der Landesrundfunkanstalten haben auf ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß bekräftigt, am 29. März mit der Ausstrahlung eines neuen Programms ARD „Eins Plus“ auf einem Kanal des Fernmeldesatelliten Intelsat V zu beginnen. Dieser Beschluß hat ohne Staatsvertrag keine Rechtsgrundlage. Er wird die gemeinsame Suche nach einem Ausweg aus den festgefahre- nen Verhandlungen über eine Neuordnung des Rundfunks erschweren und Reaktionen der Länder erforderlich machen.

Unvertretbare Erhöhung der Rundfunkgebühren

Er belastet aber auch die Position derjenigen Regierungschefs, die – wie ich – im Gegensatz positiv dem Vorschlag gegenüberstehen, mit ARD „Eins Plus“ ein deutschsprachiges Kulturprogramm über Satellit in Europa auszustrahlen.

Mit den vorgesehenen Inhalten aus Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft würden Programmarbeit gefördert, die bei dem zunehmenden Wettlauf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um Einschaltquoten verlorenzugehen drohen.

Allerdings darf diese Befürwortung nicht als generelle Bereitschaft mißverstanden werden, eine beliebige Ausweitung öffentlich-rechtlicher Programme zu akzeptieren. Dies müßte zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Rundfunkgebühren führen. Eine Finanzierung neuer Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten aus Werbung kommt nicht in Betracht, weil die Werbung den privaten Rundfunkveranstaltern als wesentliche Finanzierungsquelle erhalten bleiben muß.

Gerade deshalb wende ich mich gegen eine bundesweite Verbreitung der Dritten Fernsehprogramme.

Die Dritten Programme würden das ZDF gefährden, weil sie nicht Gegenstand der Koordinierungspflicht zwischen ARD und ZDF sind. Die Folgen einer ungeordneten Kon-

kurrenz um die besten Reichweiten wären gerade für das Zweite Deutsche Fernsehen, das mehr als 40 Prozent seines Haushalts aus Werbeeinnahmen decken muß, wirtschaftlich verhängnisvoll.

Vor allem muß sich aber die ARD fragen lassen, wie sich der Wunsch einzelner Anstalten nach bundesweiter Verbreitung ihrer Dritten Programme mit dem Ziel vereinbaren läßt, die ARD als Verbund zu stärken.

Gefahr für die ARD durch interne Konkurrenz

Wenn Ihrem Ersten Programm aus dem eigenen System heraus Konkurrenz erwächst, wird dies zu disparaten Entwicklungen führen, die die Existenz der ARD stärker gefährden als alle Anlässe, die bisher für eine solche Befürchtung herangezogen wurden.

Die alles verbindenden Klammern gingen verloren. Das reicht von Gemeinschaftsproduktionen und ge-

meinsamen Programmeinkauf über den Austausch von Filmen und Serien bis hin zum Finanzausgleich und der einheitlichen Rundfunkgebühr.

Insbesondere der Zuschauer hätte keinen Gewinn davon. Die Dritten Programme würden – da sie bundesweit attraktiv sein müßten – ihren Regionalbezug und damit die Nähe zu den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Bürger verlieren.

Ich könnte eine solche Entwicklung als Befürworter der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht gutheißen. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen, diesen Weg nicht zu beschreiten.

Die von den Ministerpräsidenten im Oktober 1984 in Bremerhaven beschlossene Zuteilung eines Intelsat-Kanals an Berlin zur Heranführung Dritter Programme war keine Vorentscheidung für die bundesweite Verbreitung dieser Programme.

Die Zuteilung diene allein der Steigerung der Attraktivität des Berliner Kabelpilotprojektes. Wenn die-

ses Ziel auf andere Weise technisch nicht erreicht werden kann – wie etwa durch eine Richtfunkstrecke –, ist dem politischen Willen der Länder damit Rechnung getragen. Berlin könnte dann den Kanal auf dem Fernmeldesatelliten z.B. für private Programmveranstalter nutzen.

Positiver Abschluß durchaus möglich

Noch ist es für diese Entscheidung nicht zu spät. Allerdings ist rasches Handeln erforderlich, wenn eine Weiterentwicklung in die falsche Richtung vermieden werden soll. Ich halte deshalb einen erneuten Versuch der Länder für erforderlich, doch zu einer einvernehmlichen Festlegung der Rahmenbedingungen für die elektronischen Medien zu kommen. Bei gutem Willen aller Beteiligten erscheint ein positiver Abschluß durchaus möglich.

Uwe Barschel ist Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Mit Allradantrieb kommen Sie bei schwierigen Bedingungen besser voran. Und sicherer.

Deshalb bietet Ford vier verschiedene Allrad-Modelle an. Den Sierra Ghia 4x4 Turnier, den

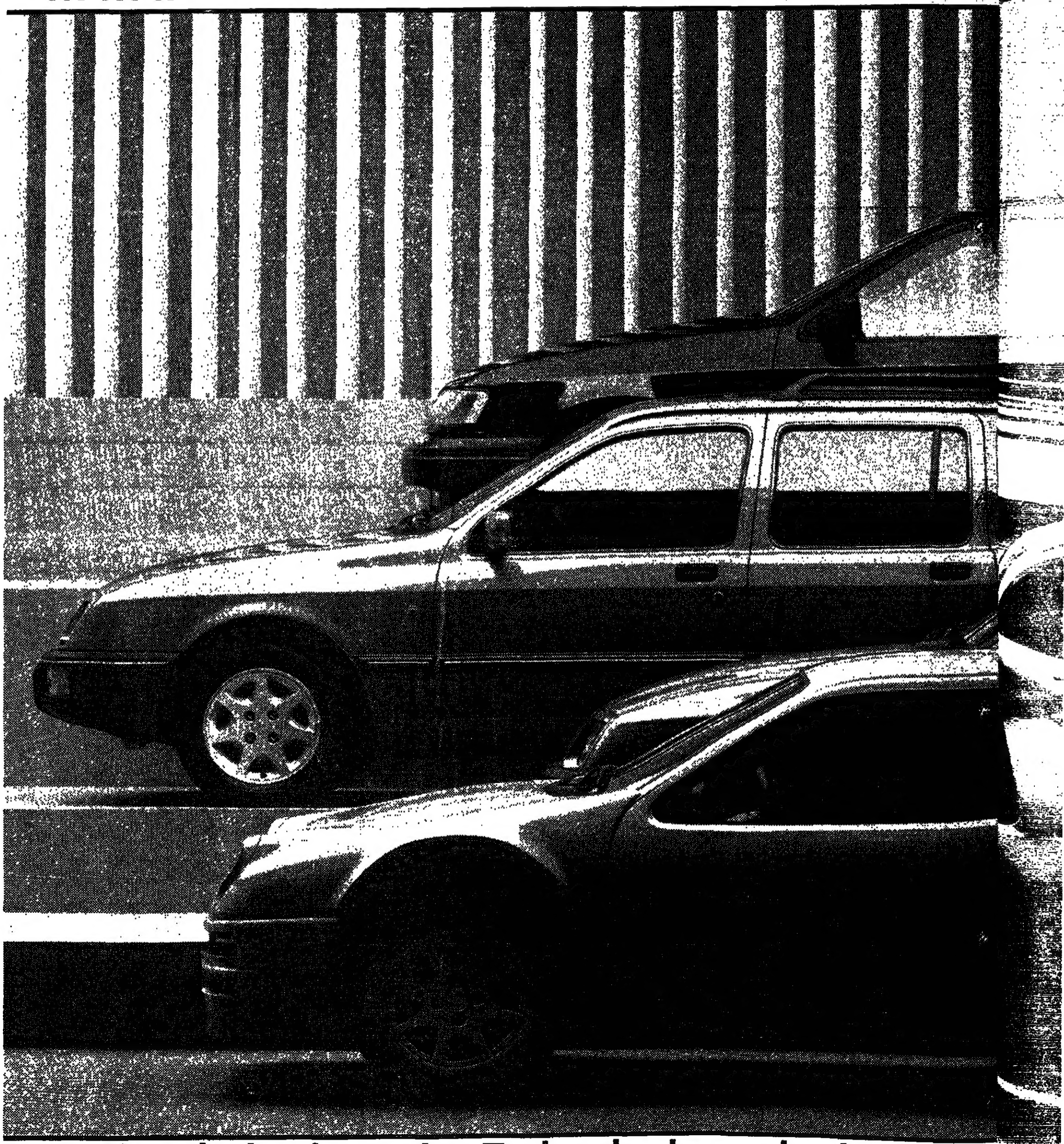
Sierra XR 4x4, den Scorpio 4x4 und das Sportmodell RS 200.

Alle folgen dem Ford-Allrad-Konzept. Das heißt: Bei allen verteilt sich die Kraft zu 1/3 auf die Vorder- und zu 2/3 auf die Hinterachse. Das ergibt ein besonders

ausgeglichenes Fahrverhalten. Ein weiteres Merkmal: der ständige Allradantrieb. So sind Sie jederzeit auf plötzlich wechselnde Fahrbahnverhältnisse vorbereitet.

Beim RS 200 kann zusätzlich auf

4x4x4.



Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

Hoffen auf Strukturreform

WELT-Gespräch mit Professor Vogel, Pharma-Industrie

DW, Bonn

Gegen die jüngst wieder erhobene Forderung der Krankenkassen nach direkten Preisverhandlungen für Arzneimittel mit der Pharmaindustrie hat sich der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Professor Hans Rüdiger Vogel, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT machte Vogel zugleich deutlich, daß die Industrie große Hoffnungen auf die von Bundesgesundheitsminister Norbert Blum für die nächste Legislaturperiode angekündigte Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung setze, „bei der wir mitreden wollen“.

Zur Forderung insbesondere der Ortskrankenkassen nach direkten Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie sagte Vogel: „Ich gehe davon aus, daß die Krankenkassen durch eine gesetzliche Grundlage eine derartige Verhandlungsbasis erreichen wollen.“ Im Moment fehle zwar jegliche Bereitschaft im gesetzgeberischen Raum, direkte Preisverhandlungen einzuführen. „Ich glaube aber, daß die Kassen hier eine Suppe am Kochen halten, die mit einer SPD-geführten Bundesregierung durchaus als machbar erscheint.“

In diesem Zusammenhang verurteilte Vogel die Kritik der SPD und von Seiten der Krankenkassen am jüngsten freiwilligen Preistilhalteabkommen der Pharmaindustrie, nach dem die Arzneimittelpreise nur um 1,5 Prozent steigen dürfen, als „sehr enttäuschend“.

Obergrenze definieren

Diese Marge, die der Hälfte des in diesem Jahr erwarteten Anstiegs der Grundlohnsumme entspricht, nach der sich die Leistungsausgaben der Krankenkassen richten sollen, sei nicht als eine „von den Unternehmen ausschöpfbare Obergrenze“ zu verstehen. Sie solle vielmehr die Möglichkeit bieten, eine Obergrenze zu definieren. „Wenn alle Firmen auch bei unterschiedlicher Geschäftspolitik oder unterschiedlichen Zeiträumen, in denen letztendlich die Preise angepaßt wurden, am Stillhalteabkommen festhalten, dann wird diese Grenze deutlich unterschritten und damit ein wichtiger Beitrag zur Ko-

standämpfung im Gesundheitswesen geleistet.“

„In einer sehr schwierigen Situation“, so begründet der BPI-Chef den Schritt, „haben wir zu diesem Hilfsmittel gegriffen – das sicher für alle Beteiligten kein überzeugendes Mittel ist –, weil wir auf eine große oder kleine Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung hoffen. Und wir wollen die Chance nicht verspielen, bei dieser Reform mitzureden. Deshalb haben wir bewußt in dem Bereich Verantwortung übernommen, für den wir verantwortlich zu machen sind – nämlich beim Preis.“

Mehr Wettbewerb

Mit Blick auf die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode angehen will, sprach sich Vogel für mehr Wettbewerb im Medizinbetrieb im Sinne des jüngsten Gutachtens der „Fünf Weisen“ aus, allerdings nur unter der Prämisse der Chancengleichheit. „Mehr Wettbewerb, bei dem unter ungleichen Chancen bestimmte Hersteller – etwa von Generika (preiswerte Nachahmungen von Präparaten, für die der Patentschutz abgelaufen ist) – gefördert würden, müßten wir als Verband genauso ablehnen wie den Versuch, Generika-Hersteller in eine minderwertige Ecke zu stellen.“ Auch der nachstoßende Wettbewerb in Form von Generika habe seine Berechtigung. „Aber das darf nicht so weit gehen, daß man die Innovationsfähigkeit der Industrie, von der letztlich auch der Generika-Hersteller lebt, so unterminiert, daß diese Industrie nicht mehr lebensfähig ist.“

Zur Diskussion um die Aufhebung des Substitutionsverbots, zur Frage also, wie weit der Apotheker Verantwortung übernehmen kann bei der Auswahl von Arzneimitteln, verwies Vogel auf das Beispiel Großbritannien. Dort diskutiere man zur Zeit die Möglichkeit, dem Apotheker mehr Verantwortung bei der Arzneimittelauswahl zu übertragen. „Die extreme Konsequenz bedeutet, daß sich der Arzt auf die Diagnostik beschränkt und der Apotheker die Therapie übernimmt.“

Vorwurf gegen Düsseldorf

Nordrhein-Westfalen beschäftigt zu wenig Schwerbehinderte

WILMHERLYN, Düsseldorf

Auf heftige Kritik der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf ist die Tatsache gestoßen, daß das Land Nordrhein-Westfalen – entgegen dem im Haushaltsplanungsentwurf enthaltenen Ansatz – eine sechsmal höhere Ausgleichsabgabe nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes in diesem Jahr zahlen muß. Aufgrund von Fragen des Finanzexperten Hartmut Schauerte mußte Finanzminister Diether Posser (SPD) in der jüngsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zugeben, daß Zahlungs- etatsätze für zu wenig beschäftigte Schwerbehinderte sowohl 1985 als auch 1986 falsch waren. In beiden Fällen hatte Posser als Ausgleichsabgabe jeweils 400 000 Mark ausgewiesen.

Posser mußte nun eingestehen, daß 1985 für das zurückliegende Jahr 703 838 Mark gezahlt werden mußten. Nach seinem bisherigen Erkenntnis-

stand seien für 1986 nicht nur – wie ausgewiesen – 400 000 Mark, sondern sogar mehr als 2,5 Millionen Mark, also mehr als das Sechsfache, zu zahlen.

Nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter, nämlich sechs Prozent der Beschäftigten, nicht anstellen, für jeden nicht besetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 100 Mark je Monat und Pflichtplatz zu entrichten.

Nordrhein-Westfalen beschäftigt nach diesem neuesten Stand etwa 1500 Schwerbehinderte weniger als bisher bekannt. Dazu erklärte Schauerte gegenüber der WELT: „Jeder kann sich jetzt einen Reim darauf machen, inwieweit sozialpolitischer Anspruch und sozialpolitische Wirklichkeit der SPD-Landesregierung auseinanderklaffen.“

Handwritten note: Jp 11.10.150

Politische Tricks und Taktik sind im Maghreb zu Hause

Von ACHIM REMDE

Ende Januar traf der algerische Präsident Chadli Benjedid mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi im Süden Algeriens in der kleinen Wüstenstadt In Amenas zusammen. Das Treffen erregte Aufsehen. Nachher stellten die - staatlichen - Medien der beiden Länder das Ergebnis der Zusammenkunft allerdings unterschiedlich dar: Die algerische Presseagentur berichtete, die beiden Führer hätten das Recht der Bewohner der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt, die libysche unterstrich, Algerien unterstütze Libyen uneingeschränkt gegenüber „den wiederholten Provokationen der USA“.

Die beiden Prinzipien politischen Handelns, nämlich erstens, andere für die eigenen Ziele zu benutzen, und zweitens, gegeneinander auszuspielen zu suchen, sind im westlichen Nordafrika - dem Maghreb - besonders stark ausgeprägt. Für die kleinen Maghreb-Staaten Tunesien und Mauretanien ist vor allem das zweite

überlebensnotwendig, für die beiden Maghreb-Kernländer Marokko und Algerien sind sie wichtig, um zu verhindern, daß der andere übermächtig wird. Basis der intensiven Maghreb-Diplomatie ist die Rivalität zwischen Marokko und Algerien.

Beide Länder sind politisch ungefähr gleich stark, mit rund 20 Millionen Menschen auch gleich bevölkerungsreich. Algerien, von den Franzosen praktisch erst geschaffen, wurde von diesen auf Kosten des historischen Königreichs Marokko vergrößert und hat - im Gegensatz zu Marokko - reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen, ist jedoch mit seiner Industrialisierungspolitik gescheitert und muß den weitaus größten Teil seines Nahrungsmittelbedarfs einführen. Im Gegensatz zu Algerien hat Marokko eine blühende Landwirtschaft und ein hochentwickeltes Handwerk.

Die Rivalität zwischen den beiden Ländern konzentriert sich auf den Streit um die Westsahara, seit sich Mitte der siebziger Jahre die spanische Kolonialmacht von dort zurückzog. Marokko hat seitdem den

größten Teil der Westsahara seinem Staatsgebiet einverleibt. Algerien, das dort einen Satellitenstaat sehen möchte, unterstützt die Befreiungsbewegung Polisario, die ihre Basen auf algerischem Gebiet hat, aber eine unabhängige Westsahara-Republik proklamierte, die inzwischen von etwa siebzig, meist afrikanischen, Staaten anerkannt worden ist.

Vollends verkompliziert wird die maghrebinische Szenerie durch die Politik Libyens, das die Polisario ebenfalls unterstützt hat, bis es im August 1984 einen Staatenbund mit Marokko einging, der als Gegengewicht zu einer Allianz zwischen Algerien, Tunesien und Mauretanien dienen sollte. Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Libyen und den USA ist Libyen jedoch nunmehr an algerischer Unterstützung interessiert. Wird es dafür den politischen Preis in Form eines Einschnürens auf die algerische Position in der Westsahara-Frage zahlen? Marokko, das das Treffen von In Amenas nicht kommentierte, würde sicherlich reagieren.

Wie die Bundesrepublik Deutschland, hält sich das Ausland überwiegend aus der Westsahara-Frage heraus, indem es strikte Neutralität wahrt. Nicht einmal die Sowjetunion hat die Westsahara-Republik der Polisario anerkannt, andererseits aber auch nicht die marokkanische Souveränität über die Region.

Daran wird sich höchstwahrscheinlich auch Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Marokko halten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Polisario sich mögliche Sympathien in der Bundesrepublik mit dem Abschluß der deutschen Dornier-Maschine im Februar 1985 verschert hat. Der Tod der deutschen Forscher war durch nichts zu rechtfertigen.

Im übrigen ist beteiligten Diplomaten klar, daß Marokko die Westsahara, die es zum Teil in blühendes Kulturland verwandelt hat und mit der es historische Bande verbindet, nicht gewillt ist aufzugeben. Man ist sich einig, daß die Bevölkerung der Region in einem Referendum selbst über ihre Zugehörigkeit entscheiden

soll, und man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, daß sie für Marokko votieren wird. Aber der Teufel steckt hier im Detail. Wer, wie, wann und wo abstimmen soll, darüber ist keine Einigung in Sicht.

Sowohl Marokko als auch Tunesien sind vom Beitritt Spaniens und Portugals zur EG betroffen, weil sie dadurch ihren wichtigsten Absatzmarkt für Agrarprodukte gefährdet sehen. Mit diesen Fragen wird der Besucher aus Bonn konfrontiert werden, zumal die Industriestaaten der Dritten Welt immer wieder die Vorzüge des freien Handels predigen, die EG aber die Grenzen für Agrarprodukte außerhalb der Gemeinschaft ziemlich dicht hält.

Im Zentrum der Gespräche werden Libyen und das Nahostproblem stehen. Sowohl Marokko als auch Tunesien gelten traditionell als Verbündete des Westens. Sie haben immer einen maßgebenden Einfluß im Nahen Osten ausgeübt. Das kann man von den riesigen Flächenstaaten Libyen und Algerien kaum behaupten.

WELT-Serie: Philippinen nach der Wahl



Der Jubel von Tausenden von Filipinos ist Corazon Aquino sicher, wenn sie sagt: Wir lassen uns den Sieg nicht nehmen. FOTO: DPA

Der Volkszorn gegen Marcos kann leicht in Gewalt umschlagen

JOCHEN HEHN, Manila

„Nach Corys Sieg wird es Freudentänze geben“, hatte Rene Saguisag, der Sprecher der Oppositionsparteien, wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale im Brustton der Überzeugung verkündet. Heute, sechs Tage später, steht der Sieger der philippinischen Präsidentschaftswahl noch immer nicht fest - doch sieht es jetzt eher so aus, daß statt der Freudentänze eine Welle der Gewalt die Straßen von Manila überfluten wird.

Eine Vorahnung davon lastete auf dem Plaza Miranda im Zentrum Manilas, wo über 3000 Anhänger der militanten nationalistischen Organisation Bayan sich im Schatten der Quiapo-Kirche niederließen und zur offenen Rebellion verschworen, falls „FM“, wie Präsident Ferdinand Marcos auf Spruchbändern in Kurzform erscheint, sich durch die Nationalversammlung zum Sieger der Wahlen erklären ließe.

Den zum Teil verummten, Spruchbänder tragenden Demonstranten machte Bayan-Generalsekretär Leon Alejandro unmißverständlich klar, daß es „Widerstand landesweit und in jeder Form“ geben müsse, um die Regierung Marcos und ihre „US-imperialistischen Komplizen“ zu Fall zu bringen.

Obwohl Bayan, die sich nach eigenen Angaben auf eineinhalb Millionen Mitglieder stützen kann, die Präsidentschaftswahl boykottiert hatte, gibt es für sie dennoch genügend handfeste Gründe, am Wahlverlauf Kritik zu üben und gegen Marcos mobil zu machen.

Die Kommunisten rechnen jetzt mit Zulauf

„Wir boykottieren die Wahl, um der Mehrheit des Volkes die Augen zu öffnen“, wirft ein Bayan-Aktivist ein. Jetzt sei nämlich der Beweis erbracht, daß man mit demokratischen, ehrlichen Wahlen gegen einen korrupten Diktator nichts ausrichten könne.

Bei Bayan glaubt man kaum mehr an einen Sieg Cory Aquinos und ist - ebenso wie übrigens auch die kommunistische Untergrundbewegung - davon überzeugt, bald regen Zulauf zu bekommen von der gemäßigten Oppositionspartei Unido wie auch von den Tausenden von Freiwilligen der „Nationalen Bewegung für freie Wahlen“ (Nanpeli), die in einer verzweifelten Aktion versuchten, die Wählerstimmen vor Manipulationen zu schützen und dabei Leib und Leben riskiert hatten.

Auch im Hauptquartier der Opposition, das sich im Stadtteil Makati befindet, ist man längst nicht mehr davon überzeugt, daß der Volkszorn gegen Marcos sich nicht in einer gewaltigen Eruption entladen könnte.

Nach dem Mord an Senator Benigno Aquino vor zweieinhalb Jahren schien es schon einmal so weit zu sein. Eine Welle von Demonstrationen überschwemmte das Land. Doch Marcos konnte die Gefahr, von dem Sog mitgerissen zu werden, mit geschickten Schachzügen noch einmal abwenden. Diesmal jedoch, warnt Aquilino Pimentel, ein kämpferischer Oppositionspolitiker mit Sitz in der Nationalversammlung, „wird Marcos das Blut der empörten Massen an den Händen kleben“, falls er Cory Aquino tatsächlich um ihren verdienten Sieg bringen sollte.

Etwas weiter südlich vom Plaza Miranda, der vorher Treffpunkt der militanten Bayan-Anhänger gewesen war, hält Cory Aquino eine Massenveranstaltung ab. „Cory, Cory, Cory“ skandiert es vielstimmig.

Mit einer Handbewegung gebietet sie Schweigen. Cory Aquino dankt für die Hilfe, für die vielen Opfer und macht Mut. Die Bewegungen sind sparsam, die Worte einfach gesetzt, aber eingehend. Keine großartigen Gesten, wie man sie von Ferdinand Marcos gewohnt ist. Trotzdem springt der Funke über, wenn Cory

um eine Nuance ihre Stimme hebt und versichert: „Wir werden uns den Sieg nicht stehlen lassen. Unser Volk erlaubt das nicht. Ich erlaube es nicht. Unsere wiedererstarkte Nation wird das niemals zulassen.“

Cory überzeugt die Massen und lockt sie an, weil sie glaubwürdig wirkt. Das hat sich auch während der strapazierten Wahlkampagne gezeigt, als die Bewohner in den Provinzen Tagesmärsche und Schwierigkeiten auf sich nahmen, nur um sie sprechen zu sehen. Keine Sicherheitskräfte eilte ihr voraus, um die Blumentöpfe, die als Schmuck auf das Podium mit dem Mikrophon gestellt worden waren, umzustülpen und auf versteckte Sprengsätze zu untersuchen.

Abfällige Bemerkung empörte viele Frauen

Es ist nicht verwunderlich, daß Frauen bei den Massenaufmärschen in der Mehrheit sind. Die abfällige Bemerkung von Ferdinand Marcos zu Beginn des Wahlkampfes, er empfinde es als peinlich und unter seiner Würde, gegen eine Frau antreten zu müssen, hat vielen Müttern, Frauen und Mädchen die Augen geöffnet.

Mehr als 300 000 Filipinas fristen, für Jahre von ihren Familien getrennt, ihr Dasein im Ausland, meist in entwürdigenden Dienstverhältnissen - und dies, weil viele von ihnen trotz guter Schulbildung in ihrer Heimat keine ausreichend bezahlte Arbeit finden können. Noch mehr junge Frauen und Mädchen sind gezwungen, sich aus purem Not Touristen aus aller Welt als Prostituierte anzudienen. Cory Aquino ist für diese Gedeimtüngen mehr als eine Hausfrau, die den Sprung zur charismatischen Politikerin geschafft hat, sie ist für sie Hoffnung auf ein Leben in Würde.

Neben Cory Aquino verläßt auf den Kundgebungen ihr politischer Partner Salvador „Doy“ Laurel, der für das Amt des Vize-Präsidenten kandidiert, fast zum Statisten. Laurel kontrolliert mit der Unido den stärksten Block innerhalb der Opposition und hat sich erst in letzter Minute dazu durchringen können, nicht selbst als Kandidat für das höchste Präsidentenamt anzutreten, sondern der populäreren Cory Aquino den Vortritt zu lassen.

Die Kirche unterstützt den zivilen Ungehorsam

Ein großer Teil des Vertrauenskapitals, den Cory Aquino im Volk besitzt, basiert nicht zuletzt auf der wohlwollenden Einstellung der philippinischen katholischen Kirche zur Opposition. Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin scheute sich nicht, Marcos von der Kanzel herab vor Wahlbetrug zu warnen und ihn jetzt öffentlich für die vielen Fälle von Manipulationen und Repressionen anzuprangern. Sin ging sogar so weit, jeder Art von Protest-Aktion und zivilen Ungehorsam seinen Segen zu geben, vorausgesetzt, daß keine Gewalt im Spiele ist.

Der Grat, auf dem Kirche und Opposition hier wandeln, ist - wie sie offenbar selbst erkannt haben - sehr schmal. Im philippinischen Volk schlummern explosive Kräfte, die, einmal außer Kontrolle geraten, zerstörerische Wirkung haben können. Ramon Mitra, ein enger Berater Cory Aquinos, vergleicht seine Landsleute mit dem Wasserbüffel, der träge seine Bahnen durch die Reisfelder zieht. „Man spannt ihn vor den Pflug und treibt mit der Peitsche an. Wehe aber, wenn er einmal rot sieht. Dann wütet er wie ein Berserker.“

Marcos hat das langmütige philippinische Volk ein Gutteil seiner 20 Jahre lang dauernden Herrschaft wie einen Wasserbüffel traktiert. Jeden Augenblick kann er von ihm zertritten werden.

Morgen: Auftrieb für Kommunisten

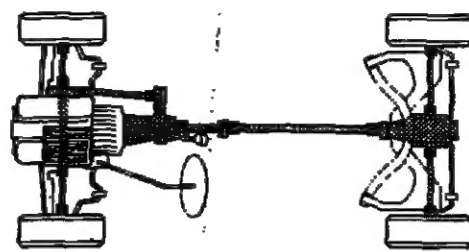
eine 50:50-Verteilung oder auf Hinterrad-antrieb umgeschaltet werden. Das zahlt sich besonders im Renneinsatz aus.

Zudem verhindern automatische Sperren bei der Kraftverteilung das einseitige Durchdrehen der Räder. Das bedeu-

tet für alle Modelle mehr Sicherheit.

Und die Sierra- und Scorpio-Allrad-Modelle bremsen mit integriertem **Anti-Blockier-System**. Sie bleiben auch bei einer Vollbremsung lenkfähig.

Viermal 4x4. Sie haben die Wahl.



JWT 8-486



glichen.

Mitterrands Freunde legen die Hand auf Frankreichs Privat-Fernsehen

Von C. GRAF SCHWERIN

Frankreichs Privatfernsehen kam mit den Sozialisten gegen den eigenen Willen brachen sie das Monopol des Staates, ein unantastbares Privileg der bürgerlichen Regierungen. Die Installation 1980 eines nicht genehmigten Partei-Rundfunks durch die Sozialisten, der sogleich von der Polizei beschlagnahmt wurde, ließ nach der politischen Wende 1981 hunderte von privaten Rundfunksendern im Vertrauen auf die zukünftige Abschaffung des Staatsmonopols entstehen. Das Radiomondele wurde zu einer intellektuellen Mode in Frankreich. Erst die Schaffung eines neuen Rundfunkgesetzes 1982 und die Einsetzung eines Rates von neun „Weisen“, die „Haute Autorité de la Communication Audiovisuelle“, der Streitfragen zwischen den Parteien im Fernsehen

das entstandene Defizit auszugleichen wurde das Grundkapital durch private Anleger erhöht, der Anteil des Staates (Havas) verringerte sich.

Im November vergangenen Jahres erteilte Mitterrand persönlich über alle Einwände seiner Minister, der Sozialistischen Partei aber auch der „Haute Autorité“ hinweg, die „definitive“ Konzession für einen fünften Fernsehsender an ein privates Konsortium, dessen Anteil zu 60 Prozent in den Händen französischer Geschäftleute liegen und zu 40 Prozent dem italienischen Fernsehgiganten Silvio Berlusconi gehören. Mitterrands Parforsetour führte sogleich, und nicht nur im Lager der Opposition, zu Verdächtigungen politischer Vorrangbehandlung.

Die in der Konzession enthaltenen Gebührenermäßigungen waren so groß, daß die Oppositionsparteien

ni geführt, dem Mitterrand während des Industrie-Gipfels Ende Juni 1985 in Mailand von Italiens sozialistischem Ministerpräsidenten Bettino Craxi, ein Schulfreund des TV-Zaren, vorgestellt wurde.

Zur Opposition der Politiker und der Haute Autorité, die von Mitterrand als Quantité négligeable behandelt wurde, da sie nach seinen Worten über keine Entscheidungsbefugnis verfüge, sondern nur eine beratende Funktion ohne bindende Verpflichtung für die Regierung ausübe, fand sich die Filmindustrie (FILIC). Denn dem neuen Sender wurde in seinem Vertrag von der Regierung zugestanden, daß er neue Spielfilme statt nach drei Jahren, wie die anderen Sender, schon nach zwei Jahren senden dürfe. Auch die Quotavorzugschrift, das von den gesendeten Kinofilmen 50 Prozent französischer Produktion sein müssen, soll nicht gelten. „France-5“ wurde die Grenze von 25 Prozent zugestanden.

Wichtigster Einwand gegen den Konzessionsvertrag ist jedoch, daß dem neuen Sender gestattet wird, was den anderen vier Stationen strikt untersagt ist: die Unterbrechungswerbung. Nach amerikanischem Muster darf der neue Sender einen 90-Minuten-Film bis zu sechs Mal durch Spotblendungen unterbrechen.

Natürlich melden sich hier die Puristen zu Wort, die mit ästhetischen und moralischen Einwänden verfahren, was die ökonomische befürchten. Das böse Wort vom „Spaghetti-Fernsehen“ fiel, da Berlusconi unterstellt wird, er ziehe den amerikanischen dem europäischen Film vor. Gegen ihn wird der Vorwurf erhoben, er hätte den italienischen Film zerstört, da auf Grund seines Fernsehens die Zuschauerquoten in den Filmtheatern radikal zurückgegangen seien. Andere Darstellungen in der Fachpresse behaupten hingegen, daß der Schwund der italienischen Filmtheater durch seine Fernsehketten vielleicht beschleunigt wurde, daß er aber durch seine Aufträge der italienischen Filmindustrie finanziell geholfen habe.

Obwohl am 20. Februar die erste Sendung ausgestrahlt werden soll, scheint das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die politische Opposition hat einen Rekurs beim Staatsrat eingebracht und der Pariser Bürgermeister Chirac versucht durch zahlreiche Reperaturanforderungen die Installation der nötigen zusätzlichen Sendeanlagen auf dem Eiffelturm, dessen Eigentümer die Stadt ist, zu verzögern – bis nach den Wahlen. Denn die bürgerlichen Parteien sind wild entschlossen dem neuen Sender die Konzession wieder zu entziehen, wenn sie an die Regierung kommen.



Silvio Berlusconi, Italiens Fernsehgigant in Frankreich
FOTO: ZOLTAN NAGY, ROM



Jérôme Seydoux, bringt Schlumberger ins Spiel
FOTO: AVENTURES/STUDIO X

Das erste private Fernsehprogramm in Frankreich „Canal Plus“, das von seinen Abonnenten nur mit einem Zusatzgerät empfangen werden kann, wurde mehrheitlich von der vom Staat kontrollierten Agentur Havas gegründet. Ihr Direktor, André Rousselet, erster Generalsekretär Mitterrands im Elysée, ist ein Freund des Staatspräsidenten. Die ungewöhnliche Form des Abonnements, anfänglich gravierende technische Mängel, eine Programmierung, die den Sender als eine schlechte Kopie des nicht sonderlich attraktiven staatlichen Fernsehens erscheinen ließ, führten anfänglich zu einem finanziellen Fehlschlag. Statt der erwarteten 3000 Abonnenten täglich meldeten sich nur 3000 in der Woche. Fünf Monate nach der Eröffnung, im März vergangenen Jahres, mußte Rousselet das Scheitern in einem Brief an die Regierung mit einem voraussichtlichen Defizit von 800 Millionen Franc im laufenden Jahr eingestehen.

„Canal Plus“ erlangte die Erlaubnis, Werbesendungen auszustrahlen, die dem festgesetzten Rahmen der Werbung im staatlichen Fernsehen entsprechen. Gleichzeitig änderte der Sender sein Programm mit zwei Schwerpunkten: Film und Sport. Der Anteil der Spielfilme im Programm wuchs von 30 auf 50 Prozent. Im Juli 1985 setzte der Erfolg ein: bis zu 7000 neue Abonnenten täglich. Das ursprüngliche Ziel von 700 000 Abonnenten Ende 1985 wurde um 100 000 überschritten; zusammen mit den neuen Werbeeinnahmen liegt die Gewinnschwelle des Senders bei 670 000 Abonnenten. In 14 Monaten hatte „Canal Plus“ erreicht, wozu das amerikanische bezahlte Fernsehen Home Box Office sechs Jahre brauchte. Um

Israels Marine bringt türkisches Schiff auf

DW, Tel Aviv

Ein Patrouillenboot der israelischen Marine hat vor der Küste des von Israel besetzten Gazastreifens ein türkisches Schiff beschossen, nachdem dieses mehreren Aufforderungen, seine Fahrt zu stoppen, nicht gefolgt war. Wie die Befehlshaber der israelischen Streitkräfte mitteilte, stoppte das Schiff nach der Beschießung seine Fahrt. An Bord hätten Marinesoldaten den Kapitän tot aufgefunden. Das türkische Schiff sei wegen des Verdachts eines Guerillaangriffs angehalten worden. Bei einer Autopsie der Leiche des Kapitäns wurde eine Kugel entdeckt. Die Besatzung, acht Türken und ein Palästinenser, wurde festgenommen.

Warschau gibt Signale für Papst-Besuch

KNA, Warschau

Ein dritter Papstbesuch in Polen ist nach Auskunft von Regierungssprecher Jerzy Urban möglich. Auf die Frage, ob eine solche Reise für 1987 denkbar sei, sagte Urban, „wenn der Heilige Stuhl darüber offizielle Gespräche einleitet, wird die polnische Seite mit der ihr eigenen Gastfreundschaft an diesen Gesprächen teilnehmen“. Der Papst könnte Polen aus Anlaß des Eucharistischen Kongresses, der im Juni 1987 in Warschau stattfinden soll, besuchen.

Neues Hilfsabkommen mit Bangladesch

dpa, Dhaka

Der Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung, Jürgen Warnke, hat gestern in Dhaka ein neues Hilfsabkommen mit Bangladesch in Höhe von 60 Millionen Mark unterzeichnet. Das Geld ist für die zweite Ausbaustufe des Kraftwerks Ashang nördlich von Dhaka bestimmt, zu dem die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 330 Millionen Mark beigesteuert hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker besichtigte am dritten Tag seines Staatsbesuchs ein mit deutscher Hilfe in der Nähe Dhakas gefördertes Projekt. Durch Bewässerungsmaßnahmen auf 7500 Hektar soll eine Reis- und Weizenanbau mehr pro Jahr gewonnen werden.

Ansatz zu Reformen in Südafrika

DW, Frankfurt

Eine „konstruktive Haltung“ der deutschen Öffentlichkeit gegenüber den Reformbestrebungen in Südafrika hat eine Delegation der privaten Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGMR) verlangt. Nach Rückkehr aus Südafrika sagten die Delegationsmitglieder: „In Südafrika sind ernsthafte Schritte eingeleitet, die Rassentrennung abzuschaffen. Dennoch ist die Apartheid noch nicht überwunden.“ Um den Prozess der Gleichstellung der Schwarzen in Südafrika zu beschleunigen, sind nach Ansicht der Kommission, die vom früheren Generalbundesanwalt Ludwig Markus Martin geleitet wurde, weder eine „ideologisch verbrämte Verurteilung“ noch ein Wirtschaftsboykott hilfreich.

Südafrikas Heimatländer stehen auf historisch gewachsenem Boden

Das Konzept der Homelands hat viele Vorteile/Möglichkeiten zur Überwindung der Apartheid

Von WERNER LACHMANN

Die Situation in Südafrika erfordert weniger Reden und mehr Nachdenken. Zum Beispiel über die sogenannten Homelands.

Den in der Unabhängigkeit entlassenen Staaten Bophuthatswana, Ciskei, Transkei und Venda wird die internationale Anerkennung versagt. Diese Länder gelten als Paradebeispiel der „großen Apartheid“. Die Vereinten Nationen, die westlichen Regierungen und auch die Kirchen lehnen das Konzept der Heimatländer ab, weil ihre Selbständigkeit ihnen nur Nachteile bringen soll. Es wäre aber zu überlegen, ob mit Hilfe der Anerkennung der in der Unabhängigkeit entlassenen Heimatländer der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Südafrika – und insbesondere auch der Bantustämme – nicht besser gedient ist, und ob damit nicht langfristig die Apartheid überwunden werden kann.

Es ist mittlerweile hinreichend bekannt, daß die afrikanische Doktrin der Unantastbarkeit der kolonialen Grenzen zu großen innenpolitischen Problemen führt, da diese Staaten keine homogene Bevölkerung aufweisen. In ihren Grenzen wohnen oft mehrere Nationen (gleich der alten Habsburger Monarchie) zusammen. Diese Völker sind kulturell und von der Sprache oft stärker unterschieden als die Norweger von Italienern. Die Möglichkeit, Nationalgrenzen als Staatsgrenzen zu haben, hilft einer konfliktfreien Entwicklung. Die lähmenden Stammesauseinandersetzungen, die überall in Afrika beobachtet werden, können durch eine Homogenisierung der Bevölkerung reduziert werden. Man muß sich nur die innenpolitischen Probleme eines Staates vorstellen, der Teile Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Polens umfassen würde.

Die Schaffung der Heimatländer dagegen erlaubt eine Absicherung der Demokratie. Demokratie bedeutet in Afrika oft die Unterdrückung der Minderheit durch die Mehrheit. Parteien existieren oft nur nach ethnischen Gesichtspunkten. Das größere Volk unterdrückt die kleineren Stämme. Das Entstehen stammesübergreifender Parteien wird erheblich erschwert. Selbst eine Demokratie wie Kenia leidet unter den Stammeskonflikten. Viele politische Auseinandersetzungen enden in Stammeskriegen. In den Heimatländern ist dies anders: Hier entstanden ethnisch-neutrale Parteien, die einen Demokratisierungsprozess erleichtern.

Zweierlei Maß für die Anerkennung

Schwarzen Völkern die Unabhängigkeit zu gewähren, war bisher nicht verwirklicht. Der neutrale Betrachter der Szene fragt sich, wieso dies im Falle Südafrikas ein Verbrechen ist. Aus dem größeren Verband des britischen Südafrika sind die 1910 nicht zur Union geschlossenen Gebiete Betschuanaland (heutiges Botswana), Basuto-Land (Lesotho) und Swaziland Mitte der sechziger Jahre in die Unabhängigkeit entlassen worden. Waren diese Nationen 1910 ebenfalls der Union eingegliedert worden (was

das Ziel Cecil Rhodes war), würden sie heute auch nicht der international anerkannten Unabhängigkeit erfreuen. Was spricht gegen eine Unabhängigkeit benachbarter Nationen? Wenn die Unabhängigkeit des benachbarten Botswana anerkannt wird, warum nicht auch die der Transkei?

1910 wurden von den Engländern neun Territorien schwarzer Nationen der südafrikanischen Nation einverleibt. 1913 wurden 13 Prozent der Fläche Südafrikas als Eingeborenen-Reservate zum Dauereigentum für die Bantu erklärt. Sechs Jahrzehnte später durften diese Staaten nun als Nationen wiederentstehen. Die Heimatländer entstehen folglich auf historisch gewachsenem Boden! Aus diesem Grunde gibt es auch keine Heimatländer für Asiaten und Mischlinge, die nun – folgerichtig – die Macht mit den Weißen im Rest-Südafrika teilen. Ansätze sind mit der neuen Verfassung gemacht worden. Es ist schade, daß die Kritik an Südafrika auf diese historischen Gegebenheiten nicht eingeht.

Gute Voraussetzungen für die Entwicklung

Es wird oft kritisiert, daß die Heimatländer agrarisch ausgerichtet seien. Es wird heute mehr und mehr anerkannt, daß eine wirtschaftliche Entwicklung nur auf dem Boden einer florierenden Landwirtschaft erreichbar ist. So sind die Heimatländer mit Südafrika und Namibia die letzten Agrarexporteure Afrikas. Ein Aufbau der ländlichen Infrastruktur fördert die Bildung ländlicher Eliten, die dann den Entwicklungsprozess tragen können. In den meisten anderen afrikanischen Ländern herrschen die städtischen Eliten, die einen westlichen Weg der Entwicklung bevorzugen, der bekanntlich in Afrika in die Entwicklungssackgasse führte. In den Heimatländern haben die ländlichen Eliten eine Chance. Die Voraussetzungen für eine sinnvolle Entwicklung sind damit in den Heimatländern erheblich besser als in den anderen Staaten Afrikas.

Es wird oft behauptet, daß die Heimatländer wirtschaftlich nicht überleben können. Die ungleiche Verteilung des Landes, daß die knapp 20 Prozent Weißen mehr als 80 Prozent Südafrikas für sich beanspruchen, wird kritisiert. Manchmal erklert der Vorwurf, daß die Heimatländer überbevölkert seien. Diese Vorwürfe stimmen nicht. Die Bevölkerungsdichte ist in den Heimatländern niedriger als in anderen Staaten Afrikas (beispielsweise Nigeria). In der Transkei wohnen 55 Einwohner auf 1 km², in Venda 62. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 46 Personen pro km² in allen Autonomen Staaten Südafrikas ist immerhin erheblich niedriger als die Frankreichs (98), die der Bundesrepublik (247) oder gar der Niederlande (344). Es sollte auch erwägt werden, daß kleinere homogene Einheiten eine Planung und Verwaltung und damit einen Entwicklungsprozess erleichtern. Einige Heimatländer sind immerhin so groß wie die Schweiz.

Auch die Angaben zur Größe und Fruchtbarkeit des Landes sind nicht immer korrekt. Die vier unabhängigen

gen Bantu-Staaten umfassen 15 Prozent der Bevölkerung und acht Prozent der Fläche. Von den gut 100 000 km² Südafrikas, die im Regengürtel liegen und demzufolge ausreichende Niederschläge haben, liegen 50 Prozent in den autonomen Bantu-Regionen. Dies ist historisch verständlich, da die Nguni-, Schona- und Tsonga-Völker auf ihrem Zug in den Süden die regenreichen Gebiete bevorzugten. Der einfache statistische Vergleich hinkt, weil ein großer Teil Afrikas aus Wüste und Steppe besteht, in denen sich die Schwarzen nicht angesiedelt hatten und die demzufolge von den Weißen erschlossen wurden und nun bei der Aufteilung die Statistik ausblähen. Bophuthatswana und Venda haben außerdem reiche Mineralvorkommen. In Bophuthatswana befinden sich sogar die größten Platinvorkommen der Welt; ebenso liegen dort reiche Chrom-, Mangan- und Vanadiumvorräte.

Zehn Prozent des südafrikanischen Haushaltes gehen in die Heimatländer. Natürlich entsteht dadurch eine Abhängigkeit. Nur, diese Abhängigkeit existiert in anderen Staaten Afrikas ebenso. Tansania, Sudan, Tschad oder Äthiopien würden ohne Entwicklungshilfe nicht überleben. Keiner würde ihnen, und denken wir erst einmal an Kuba, die internationale Anerkennung deshalb verweigern.

Ist die Föderation mit Südafrika nur Utopie?

Das Staatsgebiet der Heimatländer ist teilweise zersplittert und nicht zusammenhängend. Dies gilt insbesondere für Bophuthatswana. Die Chiefs hatten den landhungrigen Weißen früher ihr Land verkauft. Die Regierung Südafrikas bemüht sich nun, Farmen aufzukaufen, um sie den Heimatländern zuzuschlagen. Wegen der hohen Kosten und der angespannten Budgetlage geht dieser Prozess langsam voran. Die Regierung Südafrikas ist jedoch in der letzten Zeit dazu übergegangen, Land, das im Besitz der Weißen ist, ebenfalls den Heimatländern zuzurechnen. So ist die Stadt Mafeking 1980 dem Staat Bophuthatswana zugeschlagen worden.

Ist es wirklich ein utopischer Gedanke, wenn man den Völkern der Heimatländer mit sinnvoller westlicher Entwicklungshilfe und der politischen Anerkennung zu einem gesunden Nationalverständnis verhilft, wäre es dann diesen selbständigen Staaten nicht möglich, später mit der Republik Südafrika eine Föderation zu bilden, so daß langfristig auch die „große Apartheid“ überwunden werden kann?

Es wäre auch auf die europäische Entwicklung hinzuweisen. Auch bei uns haben sich zuerst Nationalstaaten gegründet. Als dieser Prozess abgeschlossen war, konnte es zu einer Bewegung, zu einem größeren Europa kommen. Wir sind noch weit von einer europäischen Föderation entfernt. Was bei uns so schwierig ist, kann in Südafrika von uns nicht als einfach hingestellt werden.

Professor W. Lachmann ist Experte für internationale staats- und wirtschaftswissenschaftliche Vergleiche. Er lehrt an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz.

Patrioten für Deutschland

Liebe Mitbürger,

Alle die Gefahren, die unsere Nation bedrohen und vor denen wir Patrioten für Deutschland gewarnt haben, sind wegen fortgesetzter Schwäche der Bonner Regierung dramatisch angewachsen. Leider sind nicht nur Brandts Sozialdemokraten, sondern auch die „Genscheristen“ in der CDU sowie die FDP-Oberen entschlossen, die Wahrheit über diese Gefahren unter den Teppich zu kehren – bis nach den Bundestagswahlen 1987.

In Bonn wird krampfhaft versucht, Illusionen und Wunschdenken über unsere wirtschaftliche Lage zu verbreiten. Die Realität sieht anders aus: Das Millionenheer der Arbeitslosen ist nicht kleiner geworden. Täglich werden mehr Handwerker, Einzelhändler und Bauern in den Ruin getrieben. Mittelstand und Landwirtschaft – Kernstücke unserer Wirtschaft – werden kaputtgemacht.

Amerikas Wirtschafts- und Sozialgefüge wird von den brutalen Streichungen des Gramm-Rudman-Gesetzes erschüttert. Dies im Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise wird 1986 zu schweren Einbrüchen im deutschen Export führen, wenn wir unsere Politik gegenüber den internationalen Finanzmärkten nicht drastisch ändern. Ohne neue Weltwirtschaftsordnung werden sich Arbeitslosigkeit und Bankrotte 1986 lawinenartig ausweiten.

Unterzeichner:

Albert Albersdorfer, Unternehmer, Bayern; Fritz Allmendinger, Weingut Brennels, Hesse; Rainer Apel, Journalist, Hesse; Nikolaus Baring, Landwirt, Niedersachsen; Walter Bohne, Betriebsrat, Schleswig-Holstein; Helmut Deckert, Betriebsleiter, Rheinland-Pfalz; Werner Diehl, Vew.-Angestellter, Rheinland-Pfalz; Heinrich Elmman, J., Landwirt, Niedersachsen; Philipp Freber, Kaufmann, Hesse; Edith Grödel, Hausfrau, NRW; Bürgermeister a.D. Robert Gräper, Kaufmann, Niedersachsen; Elisabeth Gräper, Lehrerin, Baden-Württemberg; Hans-Gregor Grünwald, ehem. Vors. des Arbeitgeberverb. Hildesheim, Niedersachsen; Friedrich Wilhelm Grunewald, Brigadegeneral a.D., Baden-Württemberg; Armin Gutsche, Dipl.-Betriebswirt, Hesse; Willi Heunberg, Stadtrat, NRW; Hermann Heuer, Kaufmann, Niedersachsen; Prof. Friedrich August Fähr, von der Heydt, Brigadegeneral d. Res., ehem. MdL, Bayern; Berthold von Hugo, Landwirt, Niedersachsen; Siegfried Hunger, Betriebsrat, Niedersachsen; Karl Jagusch, J., Dipl.-Ing., Rheinland-Pfalz; Eckhard Köhn, Personalrat, Bayern; Norbert Kolb, Kaufmann, Hesse; Joachim von Krause, Schriftsteller, Bayern; Bernhard Leppert, Hptm. d. Res., NRW; Michael Liebig, Geschäftsführer, Hesse; Ingeborg Lehnert, Dipl.-Ing., Niedersachsen; Dipl.-Ing. Josef Lott, Architekt, Bayern; Klaus-Jürgen Lohmann, Unternehmensberater, Hptm. d. Res., NRW; Karl-August Fähr, von Massenbach, Baden-Württemberg; Alois Melander, Ratsher, Niedersachsen; Otto Metzger, Fotografin, NRW; Erwin Meyer, Unternehmer, Bayern; Dieter Moritz, Stadtverordneter, Schleswig-Holstein; Rudolf Murr, Metzgermeister, Hesse; Dr. Eberhard Noack, Konteradmiral a.D., Bayern; Dr. J. Karl H. Nothdruft, Dipl.-Volkswirt, Institut für Führungslehre, Baden-Württemberg; Ing. Roderich Orendl, NRW; Angelika Raimond, freie Journalistin, Hesse; Hans-Peter Range, Oberst, a.D., Schriftsteller, Baden-Württemberg; Klaus Rehbohl, Bankangestellter, Rheinland-Pfalz; Fritz Redepennig, Vizepräsident des Bauernverb. der Vertiebrten, Hesse; Günther Schmedding, Dipl.-Ing., NRW; Dieter Schul, Apotheker, Hesse; Hans Werner Schwarz, Bauunternehmer, Hamburg; Helmut Schwapp, Agrarjournalist, Bayern; Günter H. Seefelder, Rechtsanwalt, Bayern; Helga Seibold, Steuerberaterin, Baden-Württemberg; Rolf Spitz, Unternehmer, Niedersachsen; Werner Thies, Kaufmann, Hesse; Margareth von Voh, Bayern; Prof. em. Dr.-Ing. Albrecht Wilke, TU Berlin; Horst M. Wittmann, Unternehmer, Bayern; Gisela Wülfel, Lehrerin, NRW; Karl-Adolf Zenker, Vizeadmiral a.D., NRW; Helga Zipp-LaRouche, Vors. des Schüler-Instituts, Hesse; Hans-Uwe Ziegler, Vors. der CDU Mittelstandsvereinigung Bad Wülfel, Niedersachsen.

Abgesehen von der durch SPD und Grüne gezielt betriebenen Demontage unseres wirtschaftlichen Fortschritts ist es ein Skandal, daß ausgerechnet „christliche“ Unionspolitiker den selbstmörderischen Kurs „liberalistischer“ Wirtschaftspolitik, wie dies von internationalen Finanzkreisen diktiert wird, fortsetzen. Denn christliche Ethik fordert, der rücksichtslosen Vernichtung menschlicher Existenz aus Finanzinteressen in moralischer Verantwortung schärfstens entgegenzutreten. Herausragend hat erst kürzlich Kardinal Ratzinger auf der historischen Bischofssynode in Rom diese Forderung an jeden Christen gestellt, daß Wirtschaftspolitik und christliche Moral in Übereinstimmung gebracht werden müssen, d.h., daß das Wohl der Gesellschaft Vorrang hat vor egoistischen „Marktinteressen“.

● Wir Patrioten für Deutschland fordern hiermit alle Bürger in der Bundesrepublik, vor allem aber alle christlichen Unionspolitiker, auf, mitzuhelfen, weil nur so jeder Bürger in unserem Land durch seine Arbeit an seinem Platz zum Wohl der Menschheitsfamilie beitragen kann.

Lasse sich niemand täuschen durch die harmonischen Worte des Sozialdemokraten Rau. Hinter Rau stehen Brandt, Bahr und Ehmke, und hinter diesen die Grünen. Die Führung von Brandts Sozialdemokratie ist entschlossen, 1987 eine rot-grüne Koalition in Bonn zustandezubringen. Und Moskau wird alles tun, um eine rot-grüne Machtübernahme in Bonn zu unterstützen.

Von dem unseligen Erbe, das die Bonner Regierung von der sozialliberalen Koalition mit sich schleppt, hatten die „Erziehungsreformen“ die verheerendsten Folgen. Sie sind herausragendes Symbol für den unglaublichen Werteverfall unserer Gesellschaft seit den 60er Jahren. Im besten Fall ist erstickende Mittelmäßigkeit das Resultat, im schlechtesten Drogenkultur, Pornographie und organisiertes Verbrechen. Auch der Versuch, die Euthanasie eines Herrn Hackethal wieder salonfähig zu machen, nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, ist Ausdruck dieser himmelschreienden Unmoral.

Die Führer der Unionsparteien haben auch jetzt noch nicht die Absicht, die versprochene Wende wirklich einzuleiten. Die Politik der faulen Kompromisse mit Genschers FDP soll durch bereits festgelegte Kandidatenlisten für die Bundestagswahl 1987 fortgesetzt werden.

● Wir Patrioten für Deutschland werden alles tun, damit die Politik der Unionsparteien vom nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland und nicht vom Ausverkauf der „Genscheristen“ bestimmt wird.

● Wir Patrioten für Deutschland werden dafür sorgen, daß das, was einst als Maßstab für unsere Moral gegolten hat, wieder gültig wird, nämlich unser Leben so zu führen und die Welt so zu gestalten, daß es unseren Kindern einmal besser geht.

● Wir werden durch unsere Arbeit Inspiration für eine moralische und kulturelle Erneuerung unseres Volkes sein. Wir stützen uns dabei auf das Erbe der 2500jährigen christlich-humanistischen Tradition Europas, auf die deutsche Klassik, das Staatsmodell der preussischen Reformer und die Verknüpfung des Humboldtschen Erziehungssystems mit den Aufgaben der Zukunft.

Arbeiten Sie bei den Patrioten für Deutschland mit!

Unterstützen Sie uns finanziell!

Patrioten für Deutschland, Blumenstr. 3, 3000 Hannover 1

Patrioten für Deutschland, Kaiserstr. 16, 6500 Mainz

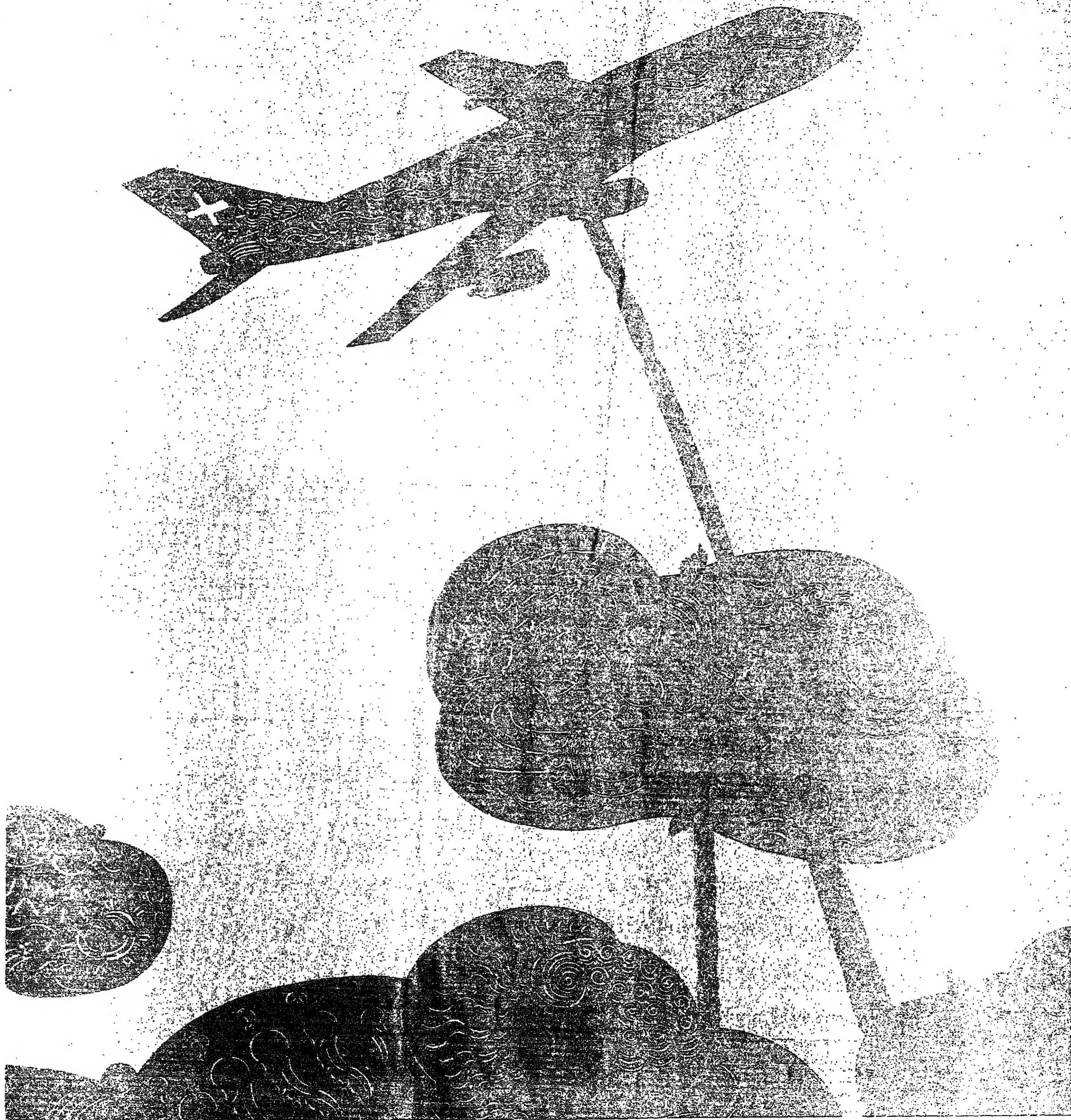
Wir sind telefonisch erreichbar:

05 11/32 21 12, 05 11/32 18 06 + 0 61 31/23 25 34 5

Kto.-Nr. 73 148, Stadtparkasse Mainz, BLZ 550 501 20, Stichwort: „Patriot“

Handwritten signature and date: 11.11.80

Die Fernost-Tournee der Swissair.



Pergamentfiguren in der Art des Wayang Kulit (indonesisches Schattenspiel).

Die Gala-Vorstellungen der Swissair finden täglich auf allen Nonstop- und Direktflügen von der Schweiz aus in den Fernen Osten statt: nach Bangkok, Beijing, Bombay, Colombo, Hongkong, Jakarta, Karachi, Manila, Seoul (ab 30. März), Singapur und Tokio. Die jeweilige Spieldauer hängt davon ab, ob Sie schon in der Schweiz oder erst im Fernen Osten in der First Class, Business Class oder Economy Class Platz nehmen. So oder so ist es nicht erstaunlich, dass im Wayang Kulit immer wieder neue Motive auftauchen.

swissair

Das aktuelle Fachbuch

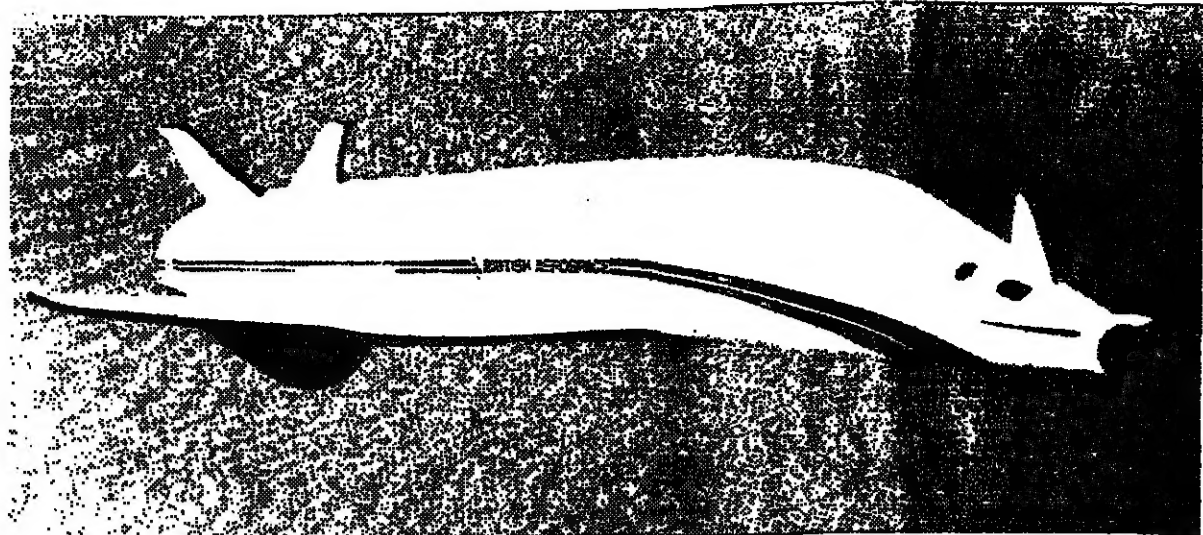
Die Geschichte der Gentechnik

Hute ist oft von „gentechnischen Verfahren“ die Rede, wenn beispielsweise über die Entwicklung neuer Impfstoffe, über Forschungen an der Erbsubstanz oder genetische Manipulationen an Organismen berichtet wird. Dieser simple Begriff umfaßt jedoch ein schier unüberschaubares Feld von Entdeckungen und Verfahren, die in den letzten 20 Jahren weite Teile der Biologie und Medizin revolutioniert haben. Im Mittelpunkt dieser Entwicklung steht die Aufklärung der Struktur der Erbsubstanz, der Desoxyribonukleinsäure (DNS), ihrer Steuerung und Kontrolle im Organismus, sowie die Entwicklung von Verfahren, um sie zu verändern und so vielfältigen sowie zwischen Organismen auszutauschen.

Ein umfassendes Überblick über das Gebiet geben jetzt der Nobelpreisträger James Watson und seine Kollegen John Tazewell und David Kurtz. Sie zeichnen dabei die historische Entwicklung des Gebietes nach, beginnend mit der Aufklärung der DNS-Struktur und des genetischen Codes (an der Watson führend beteiligt war). Stichworte wie Genregulation und -expression, Krebsgene, Tumoren werden ebenso ausführlich erklärt wie die neuartigen Einsatzgebiete der Gentechnik in der Biologie und Medizin.

Dabei ist ein Buch herausgekommen, das keine Frage offen läßt. Es zeigt aber deutlich, daß dieses Gebiet zu den komplexesten und umfangreichsten der Biologie gehört. Wer hier also einfache Erklärungen sucht, wird eher enttäuscht sein. Dies ist ein Lehrbuch, mit dessen Wissen ein Biologiestudent nicht vor einer Prüfung zu fürchten braucht. Dennoch ist es auch als Nachschlagewerk für diejenigen nützlich, die sich mit vereinfachten Darstellungen der Gentechnologie nicht zufrieden geben wollen oder können. Dies wird erleichtert durch klare und leicht verständliche Graphiken, einen umfangreichen Index sowie ausführliche Hinweise auf ein- und weiterführende Literatur.

Kü. „Rekombinierte DNA – eine Einführung“, von J. Watson, J. Tazewell und D. Kurtz, Spektrum der Wissenschaft Verlagsgesellschaft, 224 S., 42,80 DM.



Mit „Hotol“ in 74 Minuten von London nach Sydney?

FOTO: DPA

Weltraum-Jet mit Raketenmotor

Die britische Luftfahrtindustrie prüft Pläne für ein neues Überschall-Passagierflugzeug

Von WILHELM FURLER

Mit 20- bis 25facher Schallgeschwindigkeit jagt das Weltraum-Flugzeug „Hotol“ von London nach Sydney. Flugzeit zwischen Start und Landung: etwas mehr als eine Stunde. Spätestens seit der „State of the Union“-Rede von US-Präsident Reagan, in welcher er der Welt die Vision von einem Himmels-„Orient-Express“ mit Passagierflügen zwischen Dallas und Tokio in weniger als zwei Stunden als eine realistische Perspektive für das Ende der neunziger Jahre vorzeichnete, ist das Selbstwertgefühl der britischen Luft- und Raumfahrtindustrie mächtig gewachsen. Denn sie ist überzeugt, für die Entwicklung eines solchen Raketenflugzeuges nicht nur bestens gerüstet zu sein, sondern auch gegenüber der amerikanischen Konkurrenz die Nase vorne zu haben.

Studien sollen zeigen, ob das Konzept realisierbar ist

Das „Hotol“-Projekt, das von British Aerospace gemeinsam mit dem Triebwerke-Hersteller Rolls-Royce in Angriff genommen wurde, hat unmittelbar nach dem Reagan-Hinweis auf den „Orient Express“ von der britischen Regierung Unterstützung erhalten. Zehn Millionen Mark wird London über das nationale britische Weltraum-Komitee zur Verfügung stellen; damit sollen zunächst einmal Studien finanziert werden, um herauszufinden, ob das Konzept auch wirklich realisierbar ist.

Doch schon jetzt ist der Chairman von British Aerospace voller Optimis-

mus: „Wir haben gemeinsam mit den Franzosen als einzige ein zuverlässiges Überschall-Passagierflugzeug entwickelt, das noch für mindestens weitere zehn Jahre erfolgreich und gewinnbringend seinen Dienst versehen wird. Warum sollten wir und Rolls-Royce mit unserem einmaligen Know-how nicht in der Lage sein, ohne die Amerikaner die Concorde-Nachfolge für Flugreisen mit vielfacher Überschallgeschwindigkeit anzubieten?“

Ein Holz- und Kunststoffmodell von „Hotol“ (Horizontal take-off and landing) wurde bereits auf den Luftfahrttagen in Farnborough und Paris gezeigt. Es erinnert denn auch unverkennbar an die Concorde – jedoch mit zwei angewinkelten Heckflossen statt einer, und mit drei zusätzlichen Stabilisierungsflossen an der nach unten gezogenen Nase.

Eigentlich wurde „Hotol“ von British Aerospace als Space-Shuttle für unbemannte Weltraumflüge skizziert, um Satelliten in ihre Umlaufbahn zu bringen und um im Pendelverkehr zwischen Raumfahrtstation und Erde eingesetzt zu werden. Der große Vorteil eines solchen transatlantischen Fluggerätes, so behaupten seine Designer, wären die geringen Betriebskosten und seine Vielseitigkeit. Es ist, wie die Modellbezeichnung schon sagt, auf horizontalen Starts und Landungen ausgelegt, und könnte damit praktisch von jedem größeren Flughafen aus abfliegen und wenig später die Erdatmosphäre verlassen.

Der eigentliche Schlüssel für die Leistungsfähigkeit wie auch für einen um ein Vielfaches kostengünstigeren Einsatz verglichen mit dem

amerikanischen Space Shuttle oder den europäischen Ariane-Raketen liegt im besonderen Raketenantrieb mit Doppelfunktion. Dieses neuartige Antriebssystem wird nicht nur von den amerikanischen Triebwerksherstellern erforscht und entwickelt, sondern auch von Rolls-Royce.

Für die erste Flugphase vom horizontalen Start und den Flug durch die dichtere Atmosphäre saugt das Triebwerk Sauerstoff an und verbrennt diesen mit dem an Bord mitgeführten Wasserstoff. Erst dann setzt der reine Raketenmotor ein und beschleunigt das Gerät auf eine Geschwindigkeit von Mach 20 bis 25.

Keine Angabe über die Entwicklungskosten

Die leichtere Bauweise, die wesentliche Gewichts- und Raumeinsparung durch den Fortfall erheblicher Mengen mitgeführten Sauerstoffs, der im Vergleich zu Raketenstarts sehr einfache Startvorgang (wie bei herkömmlichen Flugzeugen) sowie die vielfältige Einsetzbarkeit (nicht zuletzt auch im Hinblick auf das amerikanische SDI-Programm) lassen die britischen Planer einen gesunden Optimismus ausstrahlen.

Doch angesprochen auf die mögliche Höhe der Entwicklungskosten, die das „Hotol“-Projekt verschlingen würde, will niemand so recht mit der Sprache heraus. Kein Wunder, wo doch schon das Concorde-Projekt vier Milliarden Mark verschlungen hat. Und das war vor nahezu 20 Jahren.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Couragierte Äußerung

Der WELT und ihrem Wiener Korrespondenten ist für die couragierte Äußerung anlässlich der skandalösen Vorgänge um die Entfernung der Gedenktafel, auf der auch der Name des späteren Generalobersten Löhr eingraviert war, herzlich zu danken.

Es ist traurig, daß man solche Beweise von Zivilcourage mehr im Ausland als in Österreich selbst findet, wo der größte Teil der veröffentlichten Meinung vor dem „linken“ Zeitgeist und der Hetze aus Belgrad in die Knie ging. Es wäre nicht Österreich, wenn nicht auch die Entfernung der Tafel mit gewissermaßen baupolizeilichen Argumenten begründet worden wäre, da auch zu einer klaren Meinungsäußerung in der von der österreichisch-jugoslawischen linken Einheitsfront gewünschten Richtung der Mut fehlte.

Das Phänomen reicht leider tiefer. Was wir derzeit – nur in Österreich – erleben, ist offenbar eine „zweite Entnazifizierung“, geradezu eine Neuaufgabe des Nürnberger Prozesses. Nur

sind die selbsternannten „Richter“ diesmal von jeder Kenntnis der Vorgänge unbeelegt und verlassen sich ausschließlich auf manipulierte Zeugnisse.

Dem Generalobersten Löhr kann jeder, der unter ihm gedient hat, nur attestieren, daß er auch in der Uniform eines deutschen Generals nie die ihm in der K.u.k.-Armee anvertraute Korrektheit und Fairness vermissen ließ. Daß er freiwillig den Weg in den sicheren Tod antrat, spricht für ihn ebenso wie die akzeptable, belegbare Haltung, als ihm der Befehl zum Luftangriff auf Belgrad erteilt wurde. Auch in den Armeen der Siegermächte wurden Befehle für in ihren Auswirkungen oft viel verheerendere Angriffe selbstverständlich befolgt. Aber junge „Richter“ messen – zum Unterschied von den Kriegsteilnehmern auch bei den Siegermächten – mit zweierlei Maß.

Professor Herbert Krejci, Generalsekretär der Vereinigung österreichischer Industrieller, Wien

Dünne Lohntüten

„Arbeitslos-Berater“, WELT vom 5. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren, die von Ihnen kritisierten Warnstreiks der ÖTV werden doch vor allem von solchen Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchgeführt (z. B. Straßenbahnfahrer, Müllarbeiter etc.), deren Lohntüten in der Regel nicht in dem Maße gefüllt sind, wie dies oft dargestellt wird. Die Forderung zumindest nach Ausgleich des Kaufkraftverlustes ist berechtigt.

Andererseits sind sich die wirklich besser besoldeten Beamten und Angestellten bis in die höchsten Etagen (in der Mehrzahl nicht Gewerkschaftsmitglieder und zum großen Teil auch CDU-Mitglieder und -Funktionäre) nicht zu schade, die von den Gewerkschaften – und hier vor allem den Arbeitern und Angestellten niedriger Lohngruppen – „erkämpften“ Besoldungssteigerungen dankend anzunehmen. Vor allem im Bereich der oberen und gehobenen Besoldungs- und Vergütungsgruppen wird der „große Schinck aus der Pulle“ genommen. Hier könnte eine Einsparung viel effektiver zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beitragen.

Eine Gewerkschaft, die die Interessen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertreten will, müßte dies ebenso berücksichtigen wie die öffentlichen Arbeitgeber.

Mit freundlichem Gruß
Walter Ditzmar,
Waghäusel

„Denzkettel?“

Sehr geehrte Damen und Herren, immer wieder treffe ich auf die Anregung, bei der nächsten Bundestagswahl durch „alternative“ Wahl (Zentrum, u. a.) der CDU „eins draufzugeben“ für zu wenig „Wende“, vor allem in puncto Abtreibungsfrage.

Doch was erreicht man nun mit diesem „Denzkettel“ an die CDU? Vorausschicken muß ich, daß er überhaupt falsch adressiert ist, denn nicht die CDU hat den Paragraphen 218 so geändert, sondern die SPD/FDP. Der Denzkettel muß also diesen beiden Parteien aufgetragen werden.

Man darf nicht vergessen: Um in den Bundestag zu kommen, braucht eine Partei fünf Prozent der abgegebenen Stimmen oder drei direkt gewählte Abgeordnete. Und wie schwer das zu erreichen ist, davon könnten andere Splitterparteien nach jeder bisherigen Wahl ein Liedchen singen. Mit 4,9 Prozent ist man geschlagen, die SPD kann mit einer anderen Partei (Grüne, FDP) die Regierung bilden. Für den Paragraphen 218 ist nichts gewonnen, dem ungeborenen Leben ist nicht gedient.

Der „Wende“ zugunsten des ungeborenen Lebens nützt also kein „Denzkettel“ an die CDU. Man muß doch sehen, daß derzeit nur die FDP eine Änderung des Paragraphen verhindert.

Für die nächste Wahl kann das also nur heißen: Weg von den Splitterparteien!

Mit freundlichem Gruß
Hermann Waschl,
Emsdorf

Gerechtigkeit für Heß

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Jahre hat Frau Schtscharanskij für die Freilassung ihres Mannes aus sowjetischer Haft gekämpft. Bei dieser Gelegenheit glaube ich, es wäre an der Zeit, daß sich die deutsche Öffentlichkeit erneut mit dem Schicksal von Rudolf Heß befaßt, auch wenn mir natürlich jeder Vergleich mit dem Schicksal des jüdischen Regimekritikers fernliegt.

Warum ich glaube, daß es Zeit wird, Rudolf Heß endlich freizulassen, möchte ich folgenderweise begründen:

Ich habe selbst viereinhalb Jahre in einem sowjetischen Konzentrationslager mit meinen Kameraden Sklavenarbeit geleistet. Es war eine lange und schwere Zeit. Aber sie ist nicht zu vergleichen mit dem Schicksal von Heß, der, wie es heißt, wegen Verbrechen gegen den Frieden schon seit 45 Jahren eingesperrt ist. Der Häftling ist jetzt ein Greis von fast 92 Jahren.

Ich finde es beschämend, daß es

der Bundesregierung, trotz der Schutzzugehörigkeit und Humanität nicht gelungen will, Heß aus aller Haft freizubekommen. Er wird in Spandau unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten.

Über seinen Friedensflug nach England darf er weder mit seiner Familie noch mit seinem Anwalt, dem ehemaligen bayerischen Staatsminister Dr. Alfred Seidl sprechen. Bei dieser Sachlage fragt man sich, was der Welt verborgen bleiben soll. Erst im Jahr 2016 sollen die „streng geheimen Dokumente über den Fall Heß“ veröffentlicht werden.

Geht aus den Unterlagen vielleicht zu deutlich hervor, daß Heß und die damalige Reichsregierung 1941 den Krieg beenden wollten, ihre damaligen Verhandlungspartner aber nicht am Frieden interessiert waren?

Hess, so glaube ich, will keine Gnade, sondern Gerechtigkeit.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Walter Moser,
Wachtberg-Pech

Bonner Opportunismus

„Auf gleicher Ebene“, WELT vom 5. Februar

Sehr geehrter Herr Kremp, wenn doch unsere Landsleute in Mitteldeutschland ihre großartigen Beiträge lesen könnten, dann würden sie wieder Hoffnung und Mut schöpfen. Leider hören und erleben unsere Landsleute aus den Medien nur den Opportunismus unserer Bundesregierung und verzweifeln daran. Als politischer Häftling der „DDR“, der vor neun Jahren ausgekauft wurde, erfahre ich ständig, wie fast 50-jährige aus Verzweiflung über die politischen Verhältnisse in der „DDR“ einen Ausreisearbeit stellen. Sie stellen den Ausreisearbeit trotz genauer Informationen über die großen Schwierigkeiten, die sie hier erwarten.

Aber der geistig, politische Terror

in der „DDR“ ist größer als je zuvor. Unenträglich, daß unsere christlich-liberale Regierung die Verantwortlichen für diesen Terror (Sindermann und möglichst auch Honecker) in Glanz und Gloria hier empfängt.

Mit freundlichem Gruß
Dieter Greve,
Lahstedt 4

Wort des Tages

„Wer der Jugend vorangeht will, muß gerade Wege gehen.“

Jean Cocteau, französischer Autor, Maler, Regisseur und Choreograph (1895-1963)

Personalien

des Generalkonsuls in Marseille. Danach ging er an die Kulturstiftung der deutschen Botschaft in London. Im Auswärtigen Amt hatte er sich seinerzeit mit großer Energie für den Aufbau des „Juniorenkreises“ des AA eingesetzt. Unter seiner Regie baute der Kreis internationale Kontakte zu allen jüngeren Diplomaten in den Bonner Auslandsbüros auf. Inzwischen ist diese sehr bedeutende Institution, die den Jüngeren einen wichtigen Sprung auf das diplomatische Parkett verschaffte, fast „eingeschlafen“. In Expertenkreisen holte sich Peter Schoenwaldt einen besonderen Namen als hervorragender Kenner Alexander von Humboldts.

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. Volker Stanzel, bisher Geschäftsträger an der deutschen Botschaft in Aden, Südjemen, ist nach dem Kriegswirren zunächst nach Bonn zurückbeordert worden. Stanzel hatte wie viele andere ausländische Diplomaten seine Familie, Frau und zwei Kinder, mit einem sowjetischen Schiff nach Dschibuti ausreisen lassen und war später auf der „Britannia“ in Sicherheit gebracht worden. Zur Zeit ist die deutsche Botschaft in Aden unbesetzt. Das Bonner Auswärtige Amt bekam die Nachricht, das Botschaftsgebäude sei von diversen „Treffern“ beschädigt worden. Zuständig als Botschafter für Aden ist Peter Metzger, der jedoch seinen Dienstsitz in Sanaa, Nordjemen, hat und außerdem neben Aden als Botschafter in Dschibuti akkreditiert ist. In Kürze werde man einen Diplomaten nach Aden schicken, heißt es jetzt im Auswärtigen Amt, der zunächst einmal den Zustand der Gebäude prüfen

müsse. Die Botschaft ist möglicherweise geplündert worden, heißt es in Bonn.

GRENZSCHUTZ

Ulrich K. Wegener, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, hat dem „Weißen Ring“, der von XY-Fahnder Ewald Zimmermann gegründet wurde und Opfer von Gewaltkriminalität unterstützt, einen Scheck in Höhe von 1626,50 Mark übergeben. Wegener gehört seit Jahren selbst zu den Mitgliedern des Weißen Ringes. Kommandeur Wegener, der seinerzeit die entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ in Mogadischu mit der GSG 9 aus den Händen von Terroristen befreite, kümmert sich bis heute persönlich um ehemalige Opfer dieser Entführung.

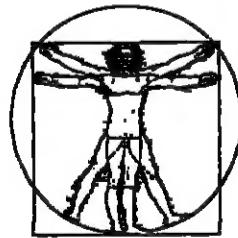
VERANSTALTUNG

Prominente Gäste hatte der Internationale Club von Hannover bei seinen Abschiedsveranstaltungen zum 20-jährigen Bestehen. Letzter Gastredner einer langen Reihe von Veranstaltungen war Professor Dr. Hermann Görge von Bonn, Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft und einer der bekanntesten Lateinamerika-Experten in der Bundesrepublik. Carl Doehring, Präsident des Internationalen Clubs, begrüßte den Rektor der Medizinischen Hochschule von Hannover, Professor Dr. Klaus Alexander, und den Kommandeur der Ersten Panzerdivision, Generalmajor Heide Hansen. Der Internationale Club hat sich seit Bestehen im besonderen auch für Kontakte zwischen Bundesbürgern und den in der Bundesrepublik stationierten alliierten Soldaten eingesetzt.

NOTIZEN

Medizinertest

Dortmund (dpa) – Für die rund 60 000 Bewerber um einen medizinischen Studienplatz im Rahmen eines Erststudiums sind gestern die Einladungen zum neuen verbindlichen Pflicht-Test versandt worden. Wie die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund berichtet, müssen sich die Medizin-Interessenten dem fünfstündigen Test am 19. Februar in einer von insgesamt 800 Testabnahmestellen in 226 Orten der Bundesrepublik unterziehen. Ohne diesen Test ist eine Bewerbung für ein Medizin-Studium vom Wintersemester



1986/87 an nicht mehr möglich. Ausnahmen davon gelten den Angaben zufolge dann nur noch für Ausländer und Zweitstudienbewerber.

Elefantensprache

New York (AFP) – Elefanten verständigen sich offenbar mit Infrasschalllauten sehr geringer Schwingungszahl, die für das menschliche Ohr unhörbar sind. Dies berichtete jetzt die Zoologin Katherine Payne in einem Interview der „New York Times“. Die Laute würden vermutlich durch eine Membran an der Ansatzstelle des Rüssels erzeugt. Mit Hilfe dieser „Sprache“ könnte sich eine in einem Wald weit verstreute Herde verständigen und Kontakt halten.

Kunststoff statt Gips

Bochum (fdr) – Eine Kunststoffmanschette, die an Stelle des herkömmlichen Gipsverbandes bei bestimmten Bruchverletzungen Vorteile bringt, erproben zur Zeit Chirurgen der Bochumer Universitätsklinik. Die Manschette läßt dem Patienten erheblich mehr Bewegungsfreiheit. Bisher übliche Begleitschienen wie Gelenksteife und Muskelschwund werden reduziert. Bei vielen Bruchverletzungen kann jetzt auch die Verweildauer im Krankenhaus verringert werden.

Der Stadtwald als Versuchsobjekt

Gezielte Stichproben objektivieren die Ergebnisse großflächiger Schadenserhebungen

Von D. GURATZSCH

Eine Bestandsaufnahme der Waldschäden in bisher nicht erreichter Genauigkeit ist jetzt im Offenbacher Stadtwald erprobt worden. Nach Meinung des Leiters des Liegenschaftsamt der Stadt, Walter Schneider, hat sie „das bisher objektivste, wahrheitsgerechteste Ergebnis“ erbracht, das jemals bei einer Waldschadenserhebung in der Bundesrepublik erzielt worden ist. Der entscheidende Befund: Die Facheleute sehen bestätigt, daß die Ergebnisse der bisherigen großflächigen Waldschadenserhebungen ein ziemlich objektives Bild vom tatsächlichen Zustand der Wälder vermitteln.

Bei diesen Erhebungen im Auftrag der Bundesregierung war ein Raster von vier bis vier Kilometern angewandt worden. Dabei beurteilten die Forstleute nach einer in allen Bundesländern einheitlichen Methode den Zustand der Bäume vom Boden aus. An jedem Kreuzungspunkt des Rasters wurden rund 24 Bäume einzeln bewertet. Das Ergebnis wurde sodann auf den Gesamtwaldbestand hochgerechnet. Bei dem relativ grobmäxigen Raster ergaben sich Befunde, die naturgemäß nicht für jedes einzelne Waldgebiet im Untersu-

chungsraum repräsentativ sein konnten.

Im Offenbacher Stadtwald wurde das Maschenraster nun auf ein 25-Meter-Raster verkleinert. Um die Ergebnisse zusätzlich zu objektivieren, arbeiteten die Forstleute mit Infrarot-Luftaufnahmen, die vom Flugzeug aus aufgenommen wurden. Die Ergebnisse der Falschfarbenaufnahme wurden dann mit Computerhilfe zu einer Landkarte verarbeitet. Nach Überzeugung von Forstwart Christoph Schulze konnte dabei die Fehlerquote gegenüber den Untersuchungen vom Boden aus von fünf auf nur noch ein Prozent gedrückt werden.

Nach den Ergebnissen sind 57 Prozent des nur 1300 Hektar großen Offenbacher Stadtwalds gesund – für die rund 20 000 analysierten Bäume ein teils sogar günstiger Befund, als er für die hessischen Wälder im Landdurchschnitt gewonnen wurde. In den Schadenskassen sind bis drei Lagere die Werte mit 0,2 bis 42 Prozent über den Durchschnittswerten im Ballungsgebiet Rhein-Main.

Deutliche Schadenshäufungen zeigten sich an den Waldrändern und entlang der Autobahn Frankfurt-Würzburg. Dagegen konnten keine Spuren des Luftverkehrs vom Rhein-Main-Flughafen ausgemacht werden. Dennoch hält es Forstwart Schulze noch für zu früh, von den neuen Werten auf die Zuverlässigkeit der großflächigen Beobachtungen vom Boden aus zurückzuschließen. Das werde erst möglich sein, wenn im Sommer auch die Ergebnisse für den Frankfurter Stadtwald vorliegen würden.

Außerdem können nach Ansicht von Schulze die Untersuchungen aus der Luft ohnehin nur Aufschlüsse über den Entnadelungsgrad erbringen. Dagegen ermögliche die Analyse vom Boden aus, in die Bewertung zusätzliche Informationen einfließen zu lassen (etwa über Stamm, Knospen, Früchte), ganz unabhängig davon, wie die Krone des Baumes aussieht. „Ohne zusätzliche Untersuchungen am Boden“, so Schulze, „könnten die Luftaufnahmen gar nicht ausgewertet werden.“

Finanziert wurde das 30 000 Mark teure Offenbacher Projekt aus dem Stadtsäckel. Zusätzlich ließ das Forschungsteam von Manfred Schramm (Institut für Planungsdaten der Universität Frankfurt) auch Bundesmittel aus Forschungsaufträgen einfließen.

Rhein-Main-Flughafen ausgemacht werden.

Dennoch hält es Forstwart Schulze noch für zu früh, von den neuen Werten auf die Zuverlässigkeit der großflächigen Beobachtungen vom Boden aus zurückzuschließen. Das werde erst möglich sein, wenn im Sommer auch die Ergebnisse für den Frankfurter Stadtwald vorliegen würden.

Außerdem können nach Ansicht von Schulze die Untersuchungen aus der Luft ohnehin nur Aufschlüsse über den Entnadelungsgrad erbringen. Dagegen ermögliche die Analyse vom Boden aus, in die Bewertung zusätzliche Informationen einfließen zu lassen (etwa über Stamm, Knospen, Früchte), ganz unabhängig davon, wie die Krone des Baumes aussieht. „Ohne zusätzliche Untersuchungen am Boden“, so Schulze, „könnten die Luftaufnahmen gar nicht ausgewertet werden.“

Finanziert wurde das 30 000 Mark teure Offenbacher Projekt aus dem Stadtsäckel. Zusätzlich ließ das Forschungsteam von Manfred Schramm (Institut für Planungsdaten der Universität Frankfurt) auch Bundesmittel aus Forschungsaufträgen einfließen.



Bei der Reaktivierung stillgelegter Wassermühlen kann man mit staatlicher Unterstützung rechnen. FOTO: MANFRED VOLLMER

Sprudelnde Energiequelle

Wassermühlen sollen mehr umweltfreundlichen Strom liefern

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der Anteil der Wasserkraft an der Stromerzeugung beträgt in der Bundesrepublik Deutschland fünf Prozent. Nicht zu unterschätzen sind dabei – neben den etwa 3400 kleinen und großen Wasserkraftwerken – die rund 2300 privaten Klein-Wasserkraftwerke, darunter auch die romantischen „Mühlen am rauschenden Bach“, die Strom ins Netz der öffentlichen Versorgung einspeisen.

Doch nicht wenige der noch rund 35 000 Mühlen im Bundesgebiet ließen sich ebenfalls reaktivieren und könnten nach entsprechendem Ausbau umweltfreundlichen Strom liefern. So schätzt die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, daß allein in ihrer Region Wasserkraftkapazitäten von mindestens 290 Megawatt brachliegen. Das ist immerhin soviel wie die Leistung, die ein mittelgroßes Kohlekraftwerk erbringt.

Von Wassermühlen erzeugter Strom kann über den Eigenbedarf hinaus jederzeit an die Energieunter-

nehmen abgegeben werden. Der Anreiz dazu ist allerdings derzeit nicht sehr groß, denn die Elektrizitätskonzerne zahlen gegenwärtig den Kleinanbietern im Durchschnitt nur sechs Pfennig pro Kilowatt-Stunde Strom, während ihre eigenen Erzeugungskosten bei etwa zehn Pfennig liegen. Die privaten Anbieter appellieren daher auch an den Gesetzgeber, hier für wettbewerbsgerechte energiepolitischen Voraussetzungen zu sorgen.

Staatliche Unterstützung gibt es jedoch bei der Reaktivierung stillgelegter Wassermühlen. Der Bund erstattet dabei nach dem Investitionszulagengesetz 7,5 Prozent der aufgewandten Mittel, die vor Baubeginn beim zuständigen Finanzamt beantragt werden müssen.

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert darüber hinaus auch den Anschluß an das öffentliche Netz, nicht jedoch die Renovierung der Mühle. Hierfür stehen jedoch zusätzliche Mittel bereit, wenn es sich um ein anerkanntes Baudenkmal handelt.

SPORT-NACHRICHTEN

England: Manipulation

London (dpa) - Die englische Presse unterstellt dem Europäischen Fußball-Verband (UEFA) Manipulation bei der Auslosung (am Freitag in Frankfurt) der Qualifikationsgruppen für die Endrunde der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. Da England mit den kontinentalen Nachbarn in einem Topf ist, sei gewährleistet, daß die gefürchteten britischen Fans ihr Team auch nicht zu den Spielen ins benachbarte Ausland begleiten müssen.

Burdenski verlängerte

Bremen (dpa) - Der frühere Nationaltrainer Dieter Burdenski (35) hat seinen Vertrag beim Bundesligafußballverein Werder Bremen um ein Jahr bis zum 30. Juni 1987 verlängert. Burdenski soll für dieses Jahr rund 250 000 Mark erhalten.

Renntag in Neuss abgesagt

Neuss (dpa) - Der für Samstag (15. Februar) vorgesehene Galopp-Renntag in Neuss mußte abgesagt werden. Das winterliche Wetter hat das Gelände

unbrauchbar gemacht. Nächster Termin ist der 16. März.

Düsseldorf bewirbt sich

Düsseldorf (dpa) - Düsseldorf bewirbt sich als fünfte deutsche Stadt um die Ausrichtung der Leichtathletik-Weltmeisterschaften 1991. Vor Düsseldorf hatten sich München, Gelsenkirchen, Berlin und Bremen beworben.

CSSR erhielt Zuschlag

Basel (sid) - Die Handball-Weltmeisterschaft der Männer wird 1990 in der CSSR stattfinden. Diese Entscheidung fällt der Kongreß des Internationalen Handball-Verbandes (IHF).

Everton setzte sich ab

Liverpool (dpa) - Durch ein 4:0 über Manchester City setzte sich der FC Everton von den Verfolgern in der ersten englischen Fußball-Liga ab. Everton führt mit 59 Punkten vor Manchester United (56), Liverpool (54) und Chelsea (54).

RADSPORT / Drei junge deutsche Profis stehen bei ausländischen Mannschaften hoch im Kurs

Peter Hilse, ein neuer Stern. Sein spanischer Chef rief die Mutter an und lobte „Don Pedros“ Arbeit

KLAUS BLUME, Bonn
Sechs Sekunden hatten ihn gefehlt, um eine ganz persönliche Scharte auszuwetzen. Sechs Sekunden Rückstand hatte der Freiburger Radprofi Peter Hilse bei der „Ruta del Sol“ in Andalusien hinter dem siegenden Holländer Steven Rooks - und der hatte 1983 immerhin schon den schweren belgischen Eintagsklassiker Lüttich-Bastogne-Lüttich gewonnen. Zweiter war Hilse hinter ihm geworden, dabei hätte er so gern mit seinem Freund Rolf Götz aus Bad Schussenried gleichgezogen. Dem war nämlich im Jahr davor auf der „Ruta del Sol“ in seinem ersten Profirennen der erste Sieg gelungen.

Erster Götz, Zweiter Hilse - der junge Mann aus Freiburg strampelt demnach noch immer seinem ganz persönlichen Phantom Rolf Götz hinterher. Als Amateur haben sich die beiden schon bei jedem Rennen behauptet, und das gleich zu Beginn ihrer Karriere in der deutschen Junioren-Nationalmannschaft. Wenn es irgendwie ging, haben sie dann anschließend gemeinsam trainiert.

Doch im letzten Jahr trennten sich ihre Wege. Götz unterschrieb einen Profi-Vertrag beim renommierten italienischen Team Del Tongo (Kapitän: Giuseppe Saronni), während Hilse durch Vermittlung des Trierer Raimund Dietzen bei der spanischen Te-

ka-Mannschaft als Berufsfahrer unterkam. Hilse freute sich damals schon darauf, bei der „Ruta del Sol“ gegen seinen Freund Rolf Götz anzutreten, da stellte Teika ihn für dieses Rennen nicht auf. Am Straßenrand erlebte er dann die Triumphfahrt seines Freundes. Zwölf Monate später wollte er es ihm endlich gleichtun, doch sechs Sekunden fehlten ihm zum Sieg.

Deutsche Radprofis in ausländischen Diensten: Rolf Götz, nun im zweiten Jahr Berufsfahrer, hat diesmal als schwerste Aufgabe den Giro d'Italia vor sich, was für den Schwaben wirklich eine Prüfung besonderer Art werden kann. Wenn nämlich seinem italienischen Kapitän Saronni wieder mal die Nerven durchgehen sollten, wenn im Team dann alles drunter und drüber geht, soll Rolf Götz für die Richtung sorgen - als Saronni-Ersatz. So hat es die Teamleitung beschlossen.

Peter Hilse wiederum wartet darauf, bei der Tour de France eingesetzt zu werden, dem schwersten Etappenrennen der Welt - als Assistent seines deutschen Kapitäns Raimund Dietzen, der es als Radrennfahrer durch seine vorderen Plätze in der Spanien-Rundfahrt im Ausland zu hohem Ansehen gebracht hat. Der 24-jährige Essener Ralf Hofeditz wiederum erhielt dieser Tage sogar einen

Vertrag bei der französischen Mannschaft „System U“, und die wird immerhin von einem der ganz großen Top-Stars des internationalen Radsports angeführt, von dem zweimaligen Tour-Sieger Laurent Fignon aus Paris.

Götz, Hilse, Hofeditz - drei junge deutsche Radrennfahrer, die mit viel Sorgfalt im Ausland ihre Karriere aufbauen. Als Hilse bei der „Ruta del Sol“ in der letzten Woche gleich zwei Etappen gewonnen hatte, überragte die ersten in seiner kurzen Profilaufbahn, rief ein Teika-Manager ganz begeistert bei seiner Mutter in Freiburg an. Ihr Sohn hätte sich bei den Direktübertragungen im spanischen Fernsehen ganz großartig gemacht, die Firma sei hochzufrieden. Der junge „Don Pedro“, so der Manager, trete nicht nur kräftig, sondern auch noch elegant in die Pedalen.

Ralf Hofeditz, der im letzten Jahr noch beim französischen Gribvaldy-Team fuhr und in letzter Minute aus dem Tour-Aufgebot ausgebootet wurde, weil dann der in Zürich lebende und in Frankreich weithin unbekannte französische Meister Jean-Claude Leclercq an seiner Stelle hinterherfahren durfte, ist bei „System U“ in ein Team geraten, bei dem es freilich stets gilt, Härte zu zeigen. Denn Fignon, Ex-Weltmeister Alain Bondue und Marc Madiot, der 1985 Sieger des

Klassikers Paris-Roubaix wurde, sind allesamt Rennfahrer der allerersten Garnitur.

Als Hofeditz nun beim Vorbereitungrennen im südfranzösischen Bessegos stürzte und sich dabei die Rippen prellte, war das angesichts der Ansammlung von Stars in seiner Mannschaft noch lange kein Grund, die Verletzung in Ruhe auskurieren zu können. Er reiste statt dessen nach Dortmund und wurde hinter dem Schweizer Weltmeister Urs Freuler in einem Bahn-Omnium Dritter. Für den Mann mit der Schuhgröße 48, der sowohl bei den Rennschuhen als auch bei den Pedalhaken stets teure Sonderanfertigungen braucht, war das eine bemerkenswerte Leistung, denn er bekam mit seinen geprellten Rippen fast keine Luft. Sein Teamchef Cyrille Guimard, jener Mann, der einst den großen Bernard Hinault entdeckte und zum Radsport-Ruhm führte, sagte dazu nur: „Gute Arbeit“.

Und die anderen deutschen Profis? Gregor Braun hat ein Angebot vom Götz-Team Del Tongo erhalten. Thurnau und Kristen wiederum hoffen auf ein sogenanntes „German Professional Team“, das der Verband gründen will und für das Geldgeber gesucht werden. Ex-Weltmeister Rudi Altig soll als Teamchef der darin vereinten arbeitlosen deutschen Profis fungieren.

TENNIS

Zwergenaufstand: Popp übt Kritik an Boris Becker

dpa, Boca West
Deutschland und der Davis-Cup - dafür stand hierzulande doch nur der Name Boris Becker. Die anderen waren nur Randfiguren, die halt zur Mannschaft gehören. Sechs Wochen nach dem Finale in München und vier Wochen vor der ersten Runde 1986 in Mexico City aber proben die Zwerge den Aufstand. Zum Wortführer hat sich der Frankfurter Wolfgang Popp (130, der Welttrangliste) aufgeschwungen, beflügelt durch seinen Sieg über den Amerikaner Scott Davis (20.) beim Turnier in Boca West (Florida).

Der Streitpunkt der Diskussion ist und bleibt die Besetzung des Doppels. Zum ersten Mal wagte es jetzt ein deutscher Spieler, den Wimbledonssieger anzugreifen. Wolfgang Popp: „Man muß doch die Dinge mal beim Namen nennen: Boris ist auch nicht gerade der Supertechner im Doppel. Ich weiß, das klingt vielleicht blödsinnig, wenn ich jetzt etwas ausgerechnet an ihm kritisiere. Aber sein Return und sein Volley sind immer noch nur Durchschnitt. Wenn der nicht einen so starken Aufschlag hätte! Ich glaube, zur Zeit ist das Problem, daß keiner allzu gerne mit ihm Doppel spielen will. Das ist nämlich ein undankbarer Job. Gewinnt das Doppel, sagen alle, nur wegen Boris. Verliert es, dann war mit Sicherheit immer der andere schuld. Deshalb sehe ich auch ernsthafte Schwierigkeiten, was den früher immer so toten Teamgeist angeht.“

Popp geht in seiner Kritik noch weiter. Über die Gruppe Tiriak, Bosh und Becker sagt er: „Ich habe es schon in München gesehen, als nur noch Bosh und Tiriak in die Kabine von Boris durften. Nicht mal der Teamkapitän Bungert oder Trainer Filie. Wo gibt's denn so etwas? Das dokumentiert, was los ist. Die sind doch nur an den zwei Einzel von Boris interessiert. Das sind eiskalte Profis. Und das alles trifft jetzt voll auf ein bisher intaktes Team.“

Auch der Deutsche Tennis-Verband (DTB) bekommt sein Fett ab. Popp: „Die haben den Faden zum Normalen verloren. Unser Masseur Helmut Krammer hat nach dem Davis-Cup fast geheult, weil er vom Verband bei der Feier vergessen wurde. Da fehlt es am Stil. Aber wenn ich jetzt was sage, wird einmal kurz gehustet. Das juckt die doch gar nicht.“

STANDPUNKT / Der Weg zu offenen und kostenlosen Spielen

Mit der in Lausanne offensichtlich beschlossenen und halbamtlich verkündeten Professionalisierung und Kommerzialisierung der Olympischen Spiele ist die olympische Eingliederung in die materialistische Welt vollzogen. Im Spitzensport sind die Geldmacher am Werk. Und der Weg, den sie begehen, wird immer deutlicher: hin zu den offenen und für die Teilnehmer kostenlosen Spielen.

In einer jetzt vom Kanadier Richard W. Pound vorgelegten Ausarbeitung ist festgeschrieben, daß es bereits ab 1988 Startgelder gibt: pro Mannschaft ein Minimum von 10 000 Dollar und zusätzlich 300 Dollar für jeden aufgetretenen Athleten. Für

1988 stehen bisher rund fünf Millionen Dollar zur Verfügung. Diese Startgelder sind das erste greifbare Resultat des 1983 initiierten und im Mai 1985 abgeschlossenen Verwerfungs- und Vermarktungsvertrages zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und der ISL-Marketing-Gesellschaft, die in Luzern sitzt und zu 51 Prozent dem deutschen Sportartikelhersteller Horst Dassler (Adidas) gehört. Das Startgeld-Programm ist vor allem für die ärmeren Nationalen Olympischen Komitees interessant.

In diesem Zusammenhang fallen dem Beobachter zwei im englischen Sprachgebrauch hinreißende Formulierungen ein, die im Deutschen bei

weitem nicht so schlagkräftig wirken: „All comes down to money“ (alles läuft auf Geld hinaus) und „If you can't beat him, join him“ (jemand, den du nicht schlagen kannst, mußt du umarmen).

Tatsächlich läuft in der internationalen olympischen Bewegung alles auf das liebe Geld hinaus, nachdem die olympische Ideologie an der Weltpolitik gescheitert ist, wie die Boykottspiele von Montreal 1976, Moskau 1980 und Los Angeles 1984 beweisen.

Auf die Frage, was Pierre de Coubertin und Avery Brundage heute tun würden, gibt es keine Antwort, sie haben 1976, 1980 und 1984 nicht erlebt. Werbung und Fernsehen, mit

dem sich nach dem amerikanischen Medienphilosophen Neil Postman „die Gesellschaft zu Tode amüsiert“, hatten für sie noch eine andere Dimension. Inhalt und Darstellung der Olympischen Spiele haben sich nach 1972 von Grund auf verändert. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, erschien 1980 synchron mit den geistigen Wandlungen der olympischen Welt und steht nun, obwohl nur ein Mitläufer, als Vorreiter an der Spitze des Leistungssports.

Um es in aller Deutlichkeit (aber auch in allen Ehren) zu formulieren: Wer ja zu den Olympischen Spielen sagt, muß Geld nehmen. KAS

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer AG, Dr. Herbert Krump
Chefredakteur: Peter Göttsche und Manfred Schall
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Göttsche

Motivation: Enzo von Lorenz
Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

Verantwortlich für den Inhalt: politische Nachrichten: Gert Fuchs, Deutschland: Gert Fuchs, Ausland: Gert Fuchs, Wirtschaft: Gert Fuchs, Sport: Gert Fuchs, Kultur: Gert Fuchs, Wissenschaft: Gert Fuchs, Technik: Gert Fuchs, Umwelt: Gert Fuchs, Gesundheit: Gert Fuchs, Ernährung: Gert Fuchs, Mode: Gert Fuchs, Reisen: Gert Fuchs, Sonstiges: Gert Fuchs

COLOMBO.
ZWEIMAL PRO
WOCHE. AUF
PARADIESISCHEN
SCHWINGEN.

Air Lanka bietet Ihnen an jedem Freitag und Sonntag Linienflüge von Frankfurt nach Colombo. Abflug nachmittags, Ankunft am nächsten Morgen, gerade rechtzeitig zum Frühstück.

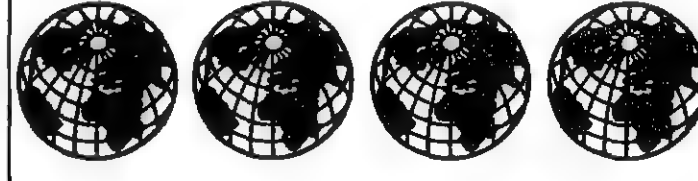
Entscheiden Sie sich in Ruhe an Bord unserer geräumigen B747 und genießen Sie unseren Bordservice. Sein Stil und sein Niveau garantieren mit Air Lanka Reisen Sie wie auf paradiesischen Schwüngen.

AIR LANKA
Ein Hauch von Paradies.

DEIN LEBEN ZULIEBE
Ihre Spende auf das Konto
909090
bei allen Banken, der Sparkasse Bonn und dem Postcheckamt Köln.
KONTOKorrent K.K. 9090
Kontokorrent K.K. 9090

Dieter Wanders, Europas bekannter

Heilseher
Anmeld. Köln (02 21) 24 43 83

Export -
Ihr Job?

Ein westdeutsches mittelständisches Unternehmen hat sich im Markt der Haus- und Küchengeräte einen Namen gemacht. Der Exportanteil soll ausgeweitet werden. Ist Ihnen die Exportabwicklung mit westeuropäischen und amerikanischen Ländern vertraut? Können Sie als Export-Gruppenleiter (Innen) den nicht-deutschsprachigen Bereich verantwortlich betreuen? Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 15. Februar, im großen Stellenanzeigenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihr Reisebüro oder rufen Sie uns an: Air Lanka, Bettmannstr. 58, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 29 1395.

„Gnade vor Recht“ für die Ausgetauschten

AP, Bonn

Weniger spektakulär als der Gefangenenaustausch an der Glienicker Brücke in Berlin waren die geheimen Vorbereitungen der Justizbehörden in der Bundesrepublik Deutschland, durch die der Austausch überhaupt erst möglich wurde. Die in der Bundesrepublik inhaftierten mussten vorher erst begnadigt werden. Das heißt, der Staat mußte auf seinen Strafanspruch gegen die Agenten verzichten – „aus überwiegend öffentlichem Interesse“, wie es in der Strafprozessordnung (StPO) heißt.

Bereits in der vergangenen Woche hatte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in seiner Eigenschaft als Bundesratspräsident die drei Gnadenurteile für den „DDR“-Spion Detlef Scharf, den sowjetischen Computeragenten Jewgenij Semjajnow und die polnischen Geheimdienstler Jerzy Kaczmarek unterzeichnet. Albrecht vertritt den zur Zeit in Asien weilenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Der Bundespräsident, so sieht es Artikel 66 des Grundgesetzes vor, „übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht“ aus. Deutlicher steht es im Paragraphen 452 der Strafprozessordnung. Danach steht das Begnadigungsrecht dem Bund in allen Rechtssachen zu, in denen „im ersten Rechtszug in Ausübung von Gerichtsbarkeit des Bundes entschieden worden ist“. Das betrifft in der Regel die Staatschutzfälle, in denen Generalbundesanwalt Kurt Rebmann als Ermittler und als Ankläger vor der Staatschutzkammer eines Oberlandesgerichts tätig wurde. In Fällen, die Rebmann an die Generalstaatsanwaltschaft der Länder abgibt, verfügen die Ministerpräsidenten über das Gnadenrecht.

Die dritte und endgültige Kompetenzregelung liegt in der „Anordnung des Bundespräsidenten über die Ausübung des Begnadigungsrechts des Bundes“ vom 3. November 1970. Als Gnadenurteile sind unter anderem „Erlaß oder Milderung“ einer Strafe genannt.

„Ein Gnadenurteil“, so erläuterte Kurt Kemper, Referent im Bundesjustizministerium, „wird nicht begründet und ist nicht anfechtbar“. Er sei ein Akt außerhalb des Rechts – gewissermaßen im Sinne von „Gnade vor Recht“ – wobei allerdings rechtstaatliche Grundsätze zu beachten sind.

„Wir ließen ihn reden, damit die Spannung wich“

RUDOLF ZEWELL, Frankfurt

Selbst der Defekt an der Bremsleitung des Flugzeuges, mit dem der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach seiner Freilassung von Berlin nach Frankfurt fliegen sollte, konnte der freudigen Stimmung innerhalb der kleinen Reisegruppe nichts anhaben. Der Pilot hatte den Fehler noch rechtzeitig bemerkt, so daß die Maschine und die Reise in einem anderen Flugzeug angetreten wurde. Schtscharanski war so sehr von den Eindrücken der vorherigen Stunden eingenommen, daß es niemand in den Sinn kam, ihn jetzt schon nach seinen Zukunftsplänen in Israel zu fragen.

Ludwig Rehlinger, Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, der den 37-jährigen am Morgen zusammen mit dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, auf der Glienicker Brücke in die Freiheit geführt hatte, beschreibt die Atmosphäre im Flugzeug: „Er war so erfüllt von den Eindrücken der vergangenen Tage, daß wir, Burt und ich, ihn verständlicherweise nicht gefragt haben. Wir haben ihn reden lassen, sich ausreden lassen, damit die Spannung etwas von ihm wich.“

Zur gleichen Zeit an einem anderen Schauplatz: Auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt hatten rund 50 Journalisten umlagert von Technikern und Kameraleuten der Fernsehanstalten der Ankunft so wohl Schtscharanskis als auch dessen Frau Avital. Im eisigen Wind erlebten die Reporter auf der Besucherterrasse die Landung des aus Israel kommenden „Business-Jet Westwind WW 23“.

Avital wurde sofort in die VIP-Lounge geführt

Im entstieg eine hübsche Frau, in dunkler Jacke und mit einem hinter dem Haarschopf zusammengebundenen Kopftuch. Doch der Anblick Avital Schtscharanskis war für die Journalisten nur von kurzer Dauer. Sie wurde sogleich in die VIP-Lounge im Transitbereich B 40 geführt.

Beamte des Bundesgrenzschutzes in ihren Kampfuniformen und Polizisten mit Maschinenpistolen bewaffnet regelten die Zugänge zu diesem Bereich ab. Die mitgeführten Hunde gaben jedem zu verstehen, daß sie ein Vordringen in die Nähe von Frau

Schtscharanski verhindern würden. Sicherheit ging vor. Die Kontrollen wurden so streng ausgelegt, daß sogar Leute, die nur Blumen abgeben wollten, ohne Kommentar zurückgewiesen wurden.

Kurz vor 13 Uhr schließlich setzte die Airforce-Maschine aus Berlin mit Anatoli Schtscharanski an Bord im militärischen Bereich des Frankfurter Flughafens auf. Der amerikanische Konsul begrüßte den freigesetzten Bürgerrechtler auf dem Rollfeld. Danach ging es mit dem Auto weiter zur VIP-Lounge, die im zivilen Bereich des Flughafens liegt.

Das Wiedersehen fand unter vier Augen statt

Nach dem Empfang durch Israels Botschafter in Bonn, Itzhak Ben Ari, wurde Schtscharanski in ein Zimmer geführt, wo er seine Frau erstmals nach zwölf Jahren wieder in der Arme schließen durfte. Keine Reporter und keine Offiziellen sollten zugegen sein, das Wiedersehen fand unter vier Augen statt.

Mit schlichten, zu Herzen gehenden Worten bedankte sich Avital Schtscharanski anschließend bei Richard Burt und Ludwig Rehlinger. Nach jahrelangem Kampf hatte sie endlich ihr Ziel erreicht. Unermüdlich war sie für die Freilassung ihres Mannes eingetreten, nie hatte sie daran gezweifelt, ihn eines Tages wiederzusehen. Ihr „nächstes Jahr in Jerusalem“ war für sie mehr als ein frommer Gruß.

Um 14.33 Uhr schließlich hob die zweistrahlige israelische Maschine mit dem Ehepaar Schtscharanski von der Startbahn in Frankfurt ab, einem triumphalen Empfang in Tel Aviv entgegenliegend.

Ludwig Rehlinger sagte nach dem reibungslosen Ablauf des Gefangenenaustausches auf deutschem Boden bescheiden: „Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit sich mit allem Nachdruck engagiert und das Mögliche getan, um die Sache zu einem guten Ende zu bringen.“ Mit einem Gefühl der Zufriedenheit konnte er auch leicht die Kritik abwehren, man habe Bürgerrechtler gegen Agenten aufgerechnet. Wenn dies der einzige Weg ist, um einen solchen aufrechten Mann wie Schtscharanski herauszuholen, so verbeie ich mir nichts dabei“, sagte Rehlinger.

Peres würdigt die Rolle des Kanzlers bei der Freilassung Schtscharanskis

Israels Ministerpräsident bedankte sich in einem Telefongespräch bei Helmut Kohl

DW, Jerusalem

Bundeskanzler Helmut Kohl hat offensichtlich einen „entscheidenden Beitrag“ zu der Freilassung Anatoli Schtscharanskis geleistet. Die Rolle Kohls wurde in einem Telefongespräch deutlich, das der israelische Ministerpräsident Shimon Peres zusammen mit dem Ehepaar Schtscharanski noch am Flughafen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan in Washington führte, um ihm für seine Hilfe zu danken. Anschließend auf eine Bemerkung Reagans erwiderte Peres: „Jawohl Herr Präsident, ich weiß, welche große Rolle Bundeskanzler Kohl bei den Bemühungen um die Freilassung gespielt hat und ich werde ihm selbstverständlich den Dank des israelischen Volkes übermitteln.“

Der israelische Ministerpräsident hat nach Angaben von Radio Jerusalem noch am Dienstagabend in Bonn anrufen, um sich bei Helmut Kohl für seine Bemühungen und die Rolle zu bedanken, die der Bundeskanzler bei der Befreiung des jüdischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski aus der Sowjetunion gespielt habe. In dem Gespräch, so der Rundfunk, habe Kohl dem israelischen Premier

versprochen, sich auch weiterhin für die Freilassung jüdischer Dissidenten aus der Sowjetunion zu bemühen.

Regierungssprecher Friedrich Ost erklärte gestern in Bonn auf die Frage nach dem Beitrag Kohls, der Kanzler habe sich seit vielen Monaten für die Ausreise des Bürgerrechtlers eingesetzt. Unter anderem habe er Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten und Peres geführt und viele Briefe geschrieben. Weiter sagte Ost, Helmut Kohl habe sich im Kabinett „befriedigt“ über die Freilassung Schtscharanskis und „erfreut“ über den Anruf von Peres gezeigt.

Der Kanzler, so Ost, bedauere jedoch, daß die sowjetische Bürgerrechtler zusammen mit ausgetauschten Spionen über die Grenze gekommen sei. Kohl habe daran erinnert, daß Schtscharanski nicht der einzige politische Häftling in der Sowjetunion sei. Man dürfe auch die anderen, unter Verfolgung leidenden Bürgerrechtler nicht vergessen.

Präsident Reagan hatte in seiner Pressekonferenz in der Nacht zu gestern erklärt, Schtscharanskis Freilassung habe ihn sehr ermutigt, wie in diesem Zusammenhang auch

darauf hin, daß er beim Gipfeltreffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow im November vergangenen Jahres in Genf eingehend über die Frage der Menschenrechte gesprochen habe. Reagan brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Ausreise von Anatoli Schtscharanski nach Israel erst ein Anfang gewesen sei.

In Israel besteht allerdings wenig Hoffnung, daß es eine Kursänderung in der Politik Moskaus gegenüber sowjetischen Juden gibt. Peres und Außenminister Jitzhak Shamir äußerten die Ansicht, daß die Ausreise des sowjetischen Bürgerrechtlers ein „isoliertes Ereignis“ im Rahmen der Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten darstelle.

Die amerikanische Regierung hat gestern noch einmal der sowjetischen Darstellung widersprochen, daß Schtscharanski für die USA spionierte habe. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Bernard Kalb, erklärte, man habe deutlich gesagt, daß die Umstände der Freilassung in keiner Weise den Vorwurf der Sowjets stützten, Schtscharanski sei ein Agent.

In Israel heißt Anatoli jetzt Nathan

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

„Gelobt seist du, o Ewiger, der du Gefangene von ihren Fesseln befreist.“ Mit diesem zwei Jahrtausende alten Segenspruch aus der jüdischen Liturgie regierte Staatspräsident Chaim Herzog, als ihm ein Adjutant während einer Regierungssitzung mitteilte, daß Anatoli Schtscharanski soeben die Glienicker Brücke in Berlin überquert habe.

Gleich darauf gab Herzog ein Komunique heraus, in dem es hieß: „Anatoli Schtscharanski ist ein Vorbild und Symbol geworden. Seine Tapferkeit haben unsere Brüder und Schwestern in der Sowjetunion Mut eingebläht... Sei willkommen in der Heimat, Anatoli! Mögen dir viele andere folgen!“ Herzog hatte die Gedanken ausgesprochen, die viele Israelis im Herzen trugen.

Das Glück sprach ihm geradezu aus dem Gesicht, als Anatoli Schtscharanski freudestrahelnd auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel Aviv dem kleinen „Westwind“-Flugzeug entstieg, das ihn mit seiner Frau Avital und einer kleinen Gruppe israelischer Begleiter aus Frankfurt gebracht hatte.

Schtscharanski fiel dem wartenden Ministerpräsidenten Shimon Peres in die Arme. Eine gute halbe Minute umarmten sich Peres und sein neuester Staatsbürger zur Begrüßung. Dann wies Avital auf Außenminister Jitzhak Shamir und stellte ihn ihrem Mann vor, der keinen Augenblick zögerte und ihn ebenfalls umarmte.

„Wir sind alle so ergriffen wie Sie“, sagte Peres zu Anatoli. „Wie fühlen Sie sich?“ Anatoli antwortete in fließendem Hebräisch, das er sich in neun Jahren Haft aus geschwägten Lehrbüchern beigebracht hatte. „Ich freue mich, daß ich jetzt im Lande bin.“

Anatoli trug eine neue, hellbraune Windjacke, Avital ein neues dunkelblaues Kleid. Ihr übliches graues Kopftuch hatte sie gegen ein neues gebildetes eingetauscht.

Der Umarmungen, Kisse und Händedrucke wollten kein Ende nehmen. Die Hälfte der Regierungsmitglieder war am Flughafen erschienen, ebenso wie einige ehemalige Mitkämpfer Schtscharanskis. Der israelische Oberbürgermeister Schapira sprach einen sehr selten – außer im Gebet – gebrauchten Segenspruch über Anatoli: „Gelobt seist du, o Gott, der du die Toten auferstehen läßt!“

Der Aufwand der Regierung für Anatolis Ankunft in Israel überstieg alles bisherige. Nicht nur ein Sonderflugzeug hatte man nach Frankfurt entsandt, am Flughafen in Tel Aviv war auch ein Staatsempfang vorbereitet worden. Zahlreiche Busse wurden eingesetzt, damit jeder der nur wollte, zum Flughafen fahren und Anatoli begrüßen konnte.

Nach seiner Ankunft erhielt Schtscharanski auch die israelischen Einwanderungsdokumente und nahm den hebräischen Namen Nathan an. (SAD)

Wie Gorbatschow Kennedy eine Lektion erteilte

with Washington

Senator Edward Kennedy aus Benpolitische Missionen scheitern unter keinem guten Stern zu stehen. Nachdem seine Reisen nach Südafrika und nach Chile im Sande stecken geblieben sind, scheint auch sein jüngster Trip nach Moskau, wo im Generalsekretär Michail Gorbatschow zu einem zweistündigen Gespräch empfangen, nicht so positiv und reibungslos verlaufen zu sein, wie zunächst suggeriert wurde.

Mitarbeiter aus der Umgebung Kennedys bezeichnen das Treffen zwischen den beiden als „zweifelhaft“. Der Senator habe in diesen zwei Stunden, so heißt es, keinen Charmen vermisst, der Gorbatschow nach seinen Besuchen in London, Paris und Genf im vergangenen Jahr nachgesagt wurde. Die Bilanz Kennedys nach dem zweistündigen Gespräch mit Gorbatschow: „Dieser Mann ist noch härter als Breschnev.“

Anlaß zu dieser Einschätzung gab vor allem die Diskussion über die Menschenrechte. Nachdem Gorbatschow Kennedy die Emigration von 25 jüdischen Dissidenten aus der UdSSR gewährt hatte, begann der sowjetische Regierungschef eine halb-stündige Lektion über angebliche amerikanische Menschenrechtsverletzungen. Kennedy hörte dieser fast wortlos zu und entschied schließlich, sich nicht mit Gorbatschow auf einen Streit einzulassen und seine Vorwürfe zurückzuweisen. Er habe es, so sagte seine Mitarbeiter, für nutzlos und möglicherweise und kontraproduktiv gehalten.

Kennedys Eindruck stimmt überein mit Berichten vom letzten Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz und des damaligen Sicherheitsberaters McFarlane zur Vorbereitung des Genfer Gipfels im Kreml. Auch damals klagten die amerikanischen Gäste über den scharfen aggressiven Ton Gorbatschows und den erscheinenden Mangel an Informationen über die USA. Im Unterschied zu Kennedy entschloß sich Shultz selbst jedoch, mit gleicher Münze zurückzuzahlen.

Zu den 25 Ausreisegenehmigungen für sogenannte „Refuseniks“, die Kennedy aus Moskau mitbrachte, erklärte das State Department, es handle sich dabei um sieben Familien. Drei dieser Familien hätten zehn Jahre vergebens um die Auswanderung nachgesucht.

Qualifizierte Lehrlinge sind wieder gefragt

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft beginnt für die Ausbildung ihres Nachwuchses die Weichen neu zu stellen: Der „Lehrlingsberg“ wird sich in den kommenden Jahren vornehmlich abflachen, so daß nach den Fragen der Quantität in der Berufsausbildung stärker wieder die Qualität in den Vordergrund rücken wird. In einem Positionspapier des Deutschen Industrie- und Handelskliges (DIHT) sind bereits erste Pföcke hierfür eingeschlagen worden.

Dabei werden die staatlichen Stellen unmißverständlich gemahnt, nicht durch bürokratische Gängelei oder altsystematische politische Rücksichtnahmen und Konsens-Streben die notwendigen Qualitätsverbesserungen im dualen System zu behindern: Ein „Konsens“ aller Beteiligten sei mit Sicherheit „nicht erforderlich, um zu sachlich richtigen Entscheidungen zu kommen“. Vor allem das Bundeswirtschaftsministerium wird gerügt, weil in der Anleitung für die zeitliche und sachliche Gliederung der Ausbildung in einem kaufmännischen Beruf „etwa Forderungen enthalten seien, die an den Verhältnissen in der Praxis so völlig vorbegehen, daß sie nicht verwirklicht werden könnten. Ähnlich verhalte es sich bei der Gewichtung der Prüfungsfächer: Für „praktische Übungen im Rahmen der Abschlußprüfung“ beispielsweise lasse sich „die sachliche Notwendigkeit nicht bestreiten. Dennoch kommt es nicht zu einer Entscheidung des verordnungsgebenden Ministers.“

Insgesamt, so die Klage der Wirtschaft, werde „eine Modernisierung von Ausbildungsordnungen“ unter anderem aus Rücksicht auf gewerkschaftliche Forderungen verhindert, „daß die Praxis wartet“. Die Forderung an die Bundesregierung ist eindeutig: Es muß endlich gehandelt werden. „Das Verhältnis von Konsensprinzip und Wahrnehmung der politischen Verantwortung bedarf dringender einer Klärung.“

Der Kritik und der Forderung nach einer Qualitäts-Steigerung stellen die Autoren des DIHT-Papiers eine eindrucksvolle Bilanz eigener Leistung gegenüber: „Einen erneuten Lehrlingen-Nachkriegsrekord haben die Unternehmen im Ausbildungsberreich der Industrie- und Handelskammern im Jahre 1985 aufgestellt. Bis zum 30. 9. wurden rund 349 500 Auszubildende neu abgeschlossen gegenüber 343 100 im Vorjahr. Das bedeutet, daß die IHK-Betriebe die Zahl der neuen Auszubildenden um mehr als 110 000 oder 47,5 Prozent seit 1976 erhöht haben.“

Wörner schlägt ein neues Verteidigungssystem vor

Europäer sollen auf sowjetische Raketenbedrohung antworten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die nicht mehr zu übersehenden sowjetischen Bemühungen, die Angriffsfähigkeiten gegenüber der NATO in Europa weiter auszubauen, haben Verteidigungsminister Manfred Wörner zu einem spektakulären Schritt veranlaßt. In einem Beitrag für die jüngste Ausgabe der amerikanischen Fachzeitschrift „Strategic Review“ hat sich Wörner für die schnelle Entwicklung eines europäischen nichtatomaren Verteidigungssystems gegen Raketen ausgesprochen. Das Verteidigungssystem soll die Bedrohung durch sowjetische Mittel- und Kurzstreckenraketen mit konventionellen Sprengköpfen neutralisieren.

Verteidigungsminister Wörner hat bereits auf der letzten Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel die Forderung nach Entwicklung eines derartigen Verteidigungssystems in Europa vorgetragen. Die Notwendigkeit, daß die NATO auf diese Art einer neuen Qualität sowjetischer Rüstung antwortet, ist von den Experten erst in jüngster Zeit in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden. Der Generalsekretär der Bundeswehr, Wolfgang Altenburg, sieht für das nächste Jahrzehnt voraus, „daß die Sowjetunion in der Lage ist, Raketen bestimmter Reichweite und Cruise Missiles nicht nur mit nuklearen, sondern auch mit konventionellen und chemischen Sprengköpfen auszustatten“. Wörner kommt deshalb zu dem Schluß, die Sowjetunion habe ihre Rüstung immer darauf auszurichten versucht, „einen Konflikt in Europa unter Einsatz konventioneller Streitkräfte siegreich zu ent-

scheiden“. Mit Blick auf die sowjetischen Raketenarsenale der Typen SS 21, SS 22 und SS 23 stellt der Verteidigungsminister eine „deutlich gesteigerte Zielgenauigkeit“ gegenüber den Vorgängermodellen fest und sagt: „Sie können wirkungsvoller als ihre Vorgänger mit konventionellen Gefechtsköpfen eingesetzt werden.“ Damit könnte die UdSSR ohne ihre Nuklearwaffen allein mit konventionell bestückten Raketen wichtige NATO-Verteidigungsanlagen wie Flugplätze, nukleare Einsatzmittel und Sonderverstecke, Radar- und Waffensysteme der Luftverteidigung, aber auch Häfen und Anlagen für die Aufnahme von überseeischen Verstärkungskräften, Waffen- und Munitionslager sowie Kommando- und Führungszentren ausschalten. Dies würde der Sowjetunion erlauben, die „nukleare Schwelle“ zu unterlaufen, und brächte die NATO in die Zwangslage, schon bereits zu Beginn eines Krieges Atomwaffen einsetzen zu müssen.

Das europäische Verteidigungssystem gegen konventionell bestückte Sowjet-Raketen müsse unabhängig von SDI aufgeteilt werden, meinte Wörner. Es sei vor allem eine europäische Aufgabe, die aber auch die USA einschließen müsse. Auffällig ist, daß der Minister in diesem Zusammenhang die von anderer Seite in Bonn früher geäußerte Formel eines „Europäischen Verteidigungsinitiativ“ (EVI) vermeidet, weil sie die Verbindung zu SDI suggeriert. Er sagt, das von ihm geforderte System müsse in einer Vielzahl kleiner Schritte aufgebaut werden. Es werde auf jeden Fall nicht im Weltraum stationiert sein.

Bundeswehr-Verband für Soldatinnen

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat sich für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr auf freiwilliger Basis ausgesprochen. Die Frauen sollten dabei die gleichen Aufstiegschancen wie die männlichen Angehörigen der Streitkräfte haben, erklärte ein Sprecher des Verbandes. Sie dürften aber nicht für eine „Lückenbüßerrolle“ im Hinblick auf den bevorstehenden Personal-mangel bei der Armee in Frage kommen. Bereits vor vielen Jahren hatte sich der Verband für Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen bei der Bundeswehr eingesetzt.

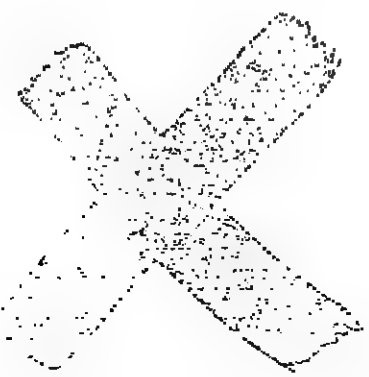
„Jugend arbeitet für den Frieden“

AP, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat der Schlesischen Jugend bei der Schaffung einer europäischen Friedensordnung einen klaren Blick für die Aufgaben der Gegenwart in die Zukunft bescheinigt. In einem Grußwort zum 35-jährigen Bestehen dieser Organisation erklärte der Minister: „Niemand als sie kann sich glaubwürdiger zu dem Ziel bekennen, zusammen mit der polnischen Jugend für eine gesamteuropäische Friedensordnung zu arbeiten, die auf gegenseitiger Achtung, Toleranz, auf Freiheit und Menschenrechte gegründet sein muß.“

Lohnvermutung '86

Damit der Geldwert stimmt.



Nirgendwo auf der Welt ist der Geldwert heute so beständig wie bei uns. Der Grund: Wir haben den Kostenanstieg gebremst.

Auch 1986 sollten wir alles tun, um Weltmeister in Preisstabilität zu bleiben.

Eine gemeinsame Aufgabe der Tarifpartner.

GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

Gute Nachricht

Mk. - Auf den ersten Blick hat sich die Brüsseler Kommission mit ihrem diesjährigen Agrarpreisvorschlag, der im Kern auf ein Einfrieren der nominalen staatlichen Stützpreise hinausläuft, zwischen alle Stühle gesetzt. Jedenfalls haben sich die Landwirtschaftsminister der Mitgliedsländer äußerst reserviert gezeigt. Es gibt aber auch Beifall. So spricht die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) von einer guten Nachricht.

Allerdings fürchtet die AgV, die Landwirtschaftsminister könnten die Vorschläge wieder "verschlimmbessern", so daß der Kosten- und Preisanstieg in diesem Bereich ebenso wenig gebremst würde wie der Anstieg der Überschüsse. Nun, sehr wahrscheinlich ist dies nicht. Zwar haben alle Mitgliedsländer an den Preisvorstellungen einiges auszusetzen. Aber die Betroffenheit scheint verhältnismäßig gleich verteilt zu sein. Überdies lassen sich die kritischen Stimmen kaum auf einen Nenner bringen. Was die einen loben, wird von den anderen getadelt. Wenn die Minister den Vorschlag der Kommission aus den Angeln heben wollen, dann müssen sie sich auf eine gemeinsame Linie verständigen.

Früher war dies leicht. Damals konnte einfach draufgesetzt werden. Jetzt sind die Kassen leer. Daher verlagert sich das Gerangel jetzt

verstärkt auf zusätzliche Hilfen abseits der Preispolitik, finanziert von der EG oder national. Diese Zuschüsse haben immerhin den Vorteil, daß sie voll bei den Bauern ankommen.

Besserung

J. G. - Die Börsenhausse, in der notabene die Horten-Aktie erstmals seit gut anderthalb Jahrzehnten ihren einstigen Emissionskurs erstmals wieder übersteigt, signalisiert auch generell für die Aktien der deutschen Warenhauskonzerne hoffnungsvolle Erwartungen des Anlegerpublikums. Erwartungen, deren Kurskonsequenz den Konzernvorständen nicht sonderlich lieb sein mag. Auf niedrigerem und auch vor Absturzgefahren sicherem Kursniveau hätten sie es im kommenden Sommer leichter, die zweifellos noch mageren Bilanzen aus dem letzten Jahr ihren Aktionären zu präsentieren. An jenen Zahlen gemessen, das deutet nun auch der Branchenführer Karstadt an, hat die Warenhaus-Aktienhausse keine Berechtigung. Aus gleicher Quelle aber wird für die beiden letzten Monate des alten Jahres ein Umsatz- und ertragswirksamer Umschwung der Konsumentenstimung gemeldet. Der hält im neuen Jahr offensichtlich an. Auch die Hoffnung hat also ihr Recht - auch wenn die Warenhaus-Vorstände nach einem Jahrzehnt der Flaute dem neuen Glück noch nicht trauen.

Bausparen im Gedränge

Von WERNER NEITZEL

Während sich der Wohnungsbau auf einem ausgeprägten Schrumpfkurs befindet, tobt auf dem Gebiet der Baufinanzierung der Wettbewerb immer heftiger. Längst sind die traditionellen in diesem Metier tätigen Institute wie Hypothekenbanken, Bausparkassen, Sparkassen oder Lebensversicherungen nicht mehr unter sich. So haben sich die Banken mit entsprechenden Programmen inzwischen eigenen bescheidenen Brocken jenes "Kuchens" gesichert.

Und es kämpfen nicht nur die verschiedenen Institutsgruppen um Marktanteile. Auch innerhalb der Gruppen gibt es ein zunehmendes Gedränge. Auffallend hitzig geht es bei den Bausparkassen zu, die nach wie vor ihre Domäne im nachrangig abzuschließenden Darlehensbereich zu festem und relativ niedrigem Zins sehen. Hier ist ein regelrechter Verdrängungswettbewerb in Gang gekommen. Außeres Merkmal ist die Flut an Bauspartarifen, die es schon längst an Übersichtlichkeit fehlen lassen. Jede Kasse versucht auf ihre Art, dem Bausparinteressenten zu suggerieren, für seinen speziellen Fall den passenden Tarif parat zu haben.

Dies glaubhaft zu machen tun sich die Bausparkassen recht schwer. Denn begünstigt von den niedrigen allgemeinen Zinsniveaus, fällt es beispielsweise den Banken leicht, attraktive Baufinanzierungsprogramme zu offerieren und den Bausparkassen zumindest in der derzeitigen Situation "Wasser abzugraben".

Den Bausparkassen bleibt da freilich immer noch das Argument, daß sich die heutigen günstigen Zeiten auch wieder einmal ändern könnten. Dann käme an das Bausparen kein anderes Angebot mehr heran. Wie gut sich mit dieser These leben läßt, zeigt die Tatsache auf, daß das Bausparngeschäft weiterhin auf erstaunlich hohen Touren läuft. Im abgelaufenen Jahr 1985 dürften die über 30 deutschen Bausparkassen Neuverträge im Volumen von 75 bis 80 Milliarden Mark Bausparsumme abgeschlossen und damit das Vorjahr leicht übertroffen haben. Auch der für die Zuteilung wichtige Geldzugang zeigt relativ stabile Tendenz. Hier gleicht der steigende Eingang an Tilgungsleistungen die sinkenden Sparzahlungen sowie die zusammen-

geschmolzenen Guthchriften an Wohnungsbaurücklagen aus.

Insofern beginnen sich jetzt auch die Zuteilungsrisiken der Standardtarife auf dem erreichten höheren Niveau einzupendeln. Wenn also das so deutlich abgesackte Neubausparen keine nachhaltigen Spuren im Bauspargeschäft hinterlassen hat, dann ist dies auf eine immer stärkere Umorientierung der Bundesbürger beim Einstieg in "eigene vier Wände", nach wie vor der große Wunschtraum, zurückzuführen. Die Gebrauchtsimmobilie ist zum neuen "Renner" geworden.

Überdies nehmen beim Einsatz von Bausparverträgen Maßnahmen zur Modernisierung einen breiten Raum ein. Kommt hinzu, daß auch die Ablösung von Hypotheken als Verwendungszweck eine gewisse Rolle spielt. All das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Bausparbranche der Kampf um Marktanteile immer heißer wird. Erkennbar wird dies im Wettlauf um das Neugeschäft.

Dabei zeichnet sich ab, daß die privaten Bausparinstitute etwas besser abschneiden als die zur Sparkassenorganisation gehörenden Landesbausparkassen. Erstere scheinen sich im Hinblick auf eine flexiblere Ausgestaltung ihrer Tarifpalette leichter zu tun. Branchenkenner gehen im übrigen davon aus, daß die Zeit der Gründung neuer Bausparkassen vorbei ist. Haben in den zurückliegenden Jahren einige Versicherungsgruppen das Bauspargeschäft entdeckt und ein Institut neu gegründet oder sich ein bestehendes einverleibt, so geht der Zug heute eher in Richtung Konzentration.

So hat die Bausparkasse Wüstenrot, die zu den Großen der Branche zählt, unlängst die Kölner Bausparkasse Heimbau übernommen. Ferner gelangte die Volksfürsorge Bausparkasse in den Einzugsbereich der BHW-Gruppe. Dieser Prozeß der Auslese und Neuorientierung dürfte noch weitergehen, zumal es immer aufwendiger wird, für das Bauspargeschäft einen eigenen Kundendienst effektiv genug einzusetzen. Und für den Bausparer bleibt letztlich wichtig, daß er eine sach- und fachgerechte Beratung erhält und sich auf Angebot und Solidität seiner Bausparkasse verlassen kann.

BERLIN / Ein ehrgeiziges Programm soll das Wachstum im vierten Jahr sichern

Wirtschaftssenator Elmar Pieroth legt für 1985 eine gute Bilanz vor

ERWIN SCHNEIDER, Berlin

Mit einer guten Bilanz für 1985 und weiterem Optimismus für das laufende Jahr präsentiert sich die Berliner Wirtschaft. Wirtschaftssenator Elmar Pieroth sieht den Aufschwung im nun vierten Jahr als gesichert an und rechnet für 1986 mit einem Wachstum, das zumindest in der gleichen Höhe wie auch in der Bundesrepublik liegt - also mit 2,5 bis drei Prozent. Diese Erwartung wird durch eine Konjunkturumfrage der Berliner Industrie- und Handelskammer unterstützt.

Von den negativen Schlagzeilen, die Berlin wegen der Korruptionsskandale derzeit liefert, erwartet Pieroth keine Auswirkungen auf das wirtschaftspolitische Klima, erklärte er in einem Gespräch. Die Stadt präsentiere sich mit einer soliden wirtschaftlichen Grundlage und könne in manchen Bereichen, wie bei der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, beim Bruttoinlandsprodukt oder in der Entwicklung des Exports und der Investitionen, bessere Ergebnisse als das übrige Bundesgebiet vorweisen.

Auch wenn die Arbeitslosenquote im Januar bei knapp 90 000 - die Grenze von 100 000 im letzten Jahr, wie vielfach vorausgesagt worden war, nicht überschritten hat, bleibt der Arbeitsmarkt doch die größte Sorge. Der Wirtschaftssenator hofft, dieses Problem in spätestens drei Jahren weitgehend gelöst zu haben. Nachdem 1985 rund 13 000 Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, sollen es in diesem Jahr noch einmal 10 000 sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1985 fast 15 000 mehr Bürger nach Berlin kamen als auswanderten. Der Senat hat nun für 1986 ein ehrgeiziges Programm vorbereitet, das

die Schwerpunkte bei der Qualifizierung der Arbeitskräfte, beim Aufbau einer Umweltschutz-Industrie und bei der Erschließung neuer Dienstleistungsfelder setzt. Zentrales Ziel der Berliner Wirtschaftspolitik bleibe, wettbewerbsfähige Dauerarbeitsplätze zu schaffen, erklärte Pieroth.

Die hohe Zahl der wenig qualifizierten Dauerarbeitslosen - etwa 68 Prozent sind ohne abgeschlossene Berufsausbildung, im Bundesdurchschnitt sind es knapp 50 Prozent - müsse vorrangig verringert werden. Pieroth will einen Motivationschub bieten, damit umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden. Der Senat will die finanziellen Hilfen deshalb verstärken. Zusätzlich zu den Umschulungsgeldern, die die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg gewährt, sollen an die Betriebe Prämien von 1000 Mark, in Sonderfällen sogar bis 2000 Mark gezahlt werden.

Auch bei der Berliner Industrie- und Handelskammer ist man für das Jahr 1986 zuversichtlich. IHK-Präsident Horst Kramp erwartet, daß sich die positive konjunkturelle Tendenz 1986 im Gleichschritt mit der Entwicklung in der Bundesrepublik fort-

setzen werde. Auf mehrere Säulen stützt sich seine Hoffnung: ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum von real drei Prozent, ein weiteres Plus beim Export, anhaltende Expansion der inländischen Nachfrage bei Investitionen und beim privaten Verbrauch sowie Preisstabilität.

Das gute Konjunkturklima mit Expansionskurs wird nicht mehr nur von der Berliner Industrie bestimmt, hat die IHK in ihrer vierteljährlichen Konjunkturumfrage bei Unternehmen von Industrie und Handel festgestellt. Auch im Groß- und Einzelhandel macht danach der Erholungsprozess weitere Fortschritte.

Ein Viertel der befragten Unternehmen erwartet für das kommende Halbjahr eine fortwährende Besserung der Situation, knapp zwei Drittel rechnet mit einem gleichbleibenden Konjunkturverlauf. Rund 75 Prozent setzen auf eine steigende Auslandsnachfrage. Die aktuelle Lage wird von 54 Prozent, im Herbst waren es 51 Prozent, der Industrieunternehmen als gut bezeichnet.

Dementsprechend bleibt die Investitionsneigung in diesem Jahr "außerordentlich kräftig und anhaltend". 42 Prozent werden ihre Investitionen in 1986 noch steigern und nur bei fünf Prozent sollen sie geringer als im Vorjahr ausfallen. Dies wirkt sich auch in der Personalplanung aus: 22 Prozent wollen ihre Beschäftigungszahl aufstocken, 16 Prozent wollen jedoch noch reduzieren.

CONSTRUCTA-ERÖFFNUNG

Herion: Die Lage am Bau ist nach wie vor schlecht

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Im Gegensatz zur Bundesregierung rechnet die Bauwirtschaft 1986 noch nicht mit einer durchgreifenden Besserung. Bei der Eröffnung der Internationalen Bau-Fachmesse Constructa in Hannover widersprach gestern der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, nachdrücklich der optimistischen Einschätzung von Bundesbauminister Oscar Schneider, der für die Branche seit Mitte 1985 "Zeichen der Erholung" erkennt. An der Messe, die bis zum 19. Februar dauert, beteiligen sich über 1700 Aussteller, darunter 350 aus dem Ausland.

Der Minister räumte zwar ein, daß der massive Rückgang der Bauproduktion im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt und die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik belastet habe. Die Behauptung, der gesamtwirtschaftliche Aufschwung gehe völlig an der Bauwirtschaft vorbei, treffe aber nicht zu. Der positive Verlauf der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sei unverkennbar. Schneider: "Es besteht kein Zweifel, daß die Bauwirtschaft ihren konjunkturellen Tiefpunkt überwunden hat." Er rechnet mit einer Zunahme der Bauproduktion um mindestens ein Prozent im Jahresdurchschnitt 1986.

Dagegenüber bezeichnete Herion die Lage am Bau als "nach wie vor schlecht". Die deutsche Bauwirtschaft habe ihr Konjunkturtief noch längst nicht überwunden. Der Rückgang der Bauproduktion im Bau-

hauptgewerbe um elf Prozent im Jahre 1985 spreche für sich. Auch der Auftragszuwachs rechtfertige keinen Optimismus. Zwar hätten im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau die Aufträge zugenommen. Die Verluste im Wohnungsbau (minus 22 Prozent) konnten jedoch nicht ausgeglichen werden.

Alles in allem rechnet Herion für 1986 "mit einer Stabilisierung des Bauvolumens auf dem letztjährigen Niveau". Die gewerblichen und öffentlichen Bauinvestitionen werden nach seinen Worten um etwa vier Prozent zunehmen. Dies könne ausreichen, um den auch für 1986 erwarteten Rückgang im Wohnungsbau (etwa fünf Prozent) aufzufangen.

Herion warnte die Bauunternehmen davor, angesichts der positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weniger wachsam zu sein: "Wir kommen jetzt in die letzte und gefährlichste Phase der Baurezession. Wir müssen nun die negativen Baustellenergebnisse in unseren Bilanzen offenlegen."

Unterschiedlich bewerteten Schneider und Herion auch die Auswirkungen des von der Bundesregierung beschlossenen Städtebauförderungsprogramms. Während der Minister von der Verdräufung der Bundesmittel (1986 und 1987 stehen jeweils 2,5 Mrd. DM öffentlicher Mittel zur Verfügung) deutliche Impulse erwartet, beklagte Herion den Rückzug des Bundes aus der Städtebauförderung ab 1988.

AUF EIN WORT



Der erfreuliche Rückgang der schweren Autounfälle ist eindeutig darauf zurückzuführen, daß immer mehr Kraftfahrer den Sicherheitsgurten anlegen - eine Entwicklung, die von den Autoversicherern maßgeblich vorangetrieben wurde. Zeitweilig wurden wir dafür zum Bußmann abgestempelt. Jetzt wollen natürlich alle am Erfolg beteiligt sein. Automobilclubs und Politiker vorneweg.

Dr. Wolfgang Schieren, Vorstandsvorsitzender der Allianz AG Holding, München. FOTO: JUPP DÄRCHINGER

Rekordüberschuß erwartet

AP, Bonn
Einen Rekordüberschuß im Außenhandel der Bundesrepublik in Höhe von rund 80 Mrd. DM erwartet der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken für 1986. Der Verband betonte, die Ausfuhr würde voraussichtlich um rund 6,5 Prozent zunehmen, die Einfuhr um etwa 5,5 bis sechs Prozent. Die günstigen Aussichten seien Ergebnis der in den letzten Jahren ständig verbesserten Wettbewerbsituation der deutschen Wirtschaft. Die Basis für die Exporterfolge bildeten die attraktive Angebotspalette sowie die hohe Preis- und Kostenstabilität in der Bundesrepublik.

LEIPZIGER MESSE

Chancen der Aussteller werden günstig beurteilt

Mk. Bonn

Die Geschäftsaussichten für die rund 800 Aussteller aus der Bundesrepublik, die sich an der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse beteiligen, werden ähnlich günstig beurteilt wie vor einem Jahr. Nach einer Ausarbeitung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung gelte dies vor allem für die Hersteller von Investitionsgütern. Dabei werden jene die größten Chancen eingeräumt, die Problemlösungen anbieten wie zum Beispiel die Rationalisierung und Modernisierung vorhandener Anlagen mit begrenzten Mitteln. Allerdings müßten sie sich auf die Forderung nach weitgehender Finanzierung und nach Gegengeschäften einstellen.

Für die "DDR" ist die Leipziger Frühjahrsmesse, die vom 18. bis 22. März stattfindet und an der rund 9000 Aussteller teilnehmen, die größte au-

ßenwirtschaftliche Veranstaltung. Dabei steht der Verkauf von "DDR"-Produkten im Vordergrund. Daher stoßen gerade Einkäufer auf großes Interesse. Aus dem Umstand, daß die "DDR" ihren Außenhandelsumsatz in diesem Jahr um fünf Prozent steigern will, nachdem im vergangenen Jahr nur ein Plus von 3,5 Prozent registriert wurde, und aus der Situation im innerdeutschen Handel schließen die Verkäufer auf einen Spielraum für eine maßvolle Ausweitung der Ver- und Einkäufe.

Thematischer Schwerpunkt der Universalmesse sind Fragen der material- und arbeitszeitparenden Techniken des Maschinenbaus. Zu diesem Problembereich wird während der Messe mehr als 200 Fachvorträge statt. Denn die Intensivierung des Wirtschaftsprozesses steht als Ziel im diesjährigen Plan obenan.

HANDEL

DIHT: Dirigismus bringt keine Lösung der Probleme

hg. Bonn

"Das Problem 'Konzentration im Einzelhandel' ist durch spektakuläre Maßnahmen nicht zu lösen." In einem Positionspapier beschwört der Deutsche Industrie- und Handelsverband gleichwohl die Gefahr, "daß es zu einer Verkrustung des Wettbewerbs kommen kann". Er widerspricht damit der Monopolkommission, die die Existenz marktbeherrschender Stellungen in diesem Bereich verneint hatte.

Als "Hauptproblem" nennt der DIHT die über geballte Einkaufsvolumina erzielten besonderen Einkaufskonditionen. Grundlage der Preispolitik großer Handelsgruppen. Harte dirigistische Eingriffe, wie sie von verschiedenen Seiten gefordert werden - etwa ein Verbot des Verkaufs unter dem Einkaufspreis oder ein Verbot der Rabattspritzung - sind nach Auffassung des DIHT gesamt-

wirtschaftlich nicht zu vertreten und liegen auf die Dauer auch nicht im Interesse des Handels."

Auch das Baurecht sei als Instrument der Mittelstandspolitik ungeeignet, heißt es weiter. Damit wendet der DIHT sich gegen Pläne aus dem Bauministerium, das Baugesetzbuch um eine "Mittelstandsklausel" anzureichern, die die Ansiedlung von Verbrauchermärkten mit den meist dagegen laufenden Interessen der mittelständischen Konkurrenten in Einklang bringen soll. Das sei eine verkappte Bedürfnisprüfung, "die unserem System zuwider ist".

Chancen für eine Abfederung des Strukturwandels im Handel sieht der DIHT vor allem in einer strikteren Anwendung des Kartellrechts, in den Selbsthilfebemühungen der Branche und auch in einer intensiveren Nutzung der Ausnahmeregelungen des Ladenschlußgesetzes.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Steigerung des privaten Verbrauchs erwartet

Berlin (ewa.) - Für das erste Quartal 1986 rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer deutlichen Steigerung des realen privaten Verbrauchs. Bei der Investitionstätigkeit wird eine Verlangsamung des Expansionsstempels erwartet. Beim Außenhandel wird gegenüber dem letzten Quartal 1985 wieder eine Trendwende erwartet. Nun sollen die Warenexporte wieder kräftiger expandieren, während die Importe, etwas schwächer ausgeweitet werden sollen.

Bierausstoß erhöht

Wiesbaden (dpa/VWD) - Der Bierausstoß der Brauereien im Bundesgebiet hat sich im vergangenen Jahr mit 92,3 Mill. Hektolitern im Vergleich zu 1984 um 0,8 Prozent erhöht. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes hatten nur das Saarland und Baden-Württemberg (1,5 und 0,9 Prozent) Einbußen zu verzeichnen. Alle anderen Länder meldeten Steigerungsraten zwischen 0,4 Prozent (Nordrhein-Westfalen) und 3,5 Prozent (Schleswig-Holstein). Mit einem Anteil von 29,1 Prozent am Gesamt-ausstoß standen die Brauereien in Nordrhein-Westfalen an der Spitze, vor denen in Bayern mit 27,6 Prozent.

Olimportsteuer?

Bonn (AP) - Die SPD-Bundestagsfraktion steht der Einführung einer Olimportsteuer aufgeschlossen gegenüber. Ihr Obmann im Finanzausschuß des Bundestages, Dieter Spör, meinte, damit solle ein weiterer Ölpreisverfall gestoppt und das Energieparbewußtsein erhalten werden. Der Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums, Volker Franzen, betonte, die Äußerungen Spörs bestätigten, daß die SPD weiterhin eine "Steuererhöhungspartei" sei. Ihr falle angesichts der Ölpreisentwicklung nichts anderes ein als wieder den Staat ins Spiel zu bringen.

Neue Liquidität

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe in

Höhe von 5,8 Mrd. DM in Form von Wertpapierpensionsgeschäften mit einer Laufzeit von 27 Tagen zum Zins von 4,5 Prozent. Wie die Deutsche Bundesbank weiter mitteilte, gingen bei der Ausschreibung dieses "Mengenanders" zum Festzins von 4,5 Prozent insgesamt 10,6 Mrd. DM Gebote ein, von denen die genannten 5,8 Mrd. DM zugeteilt wurden.

Portefeuille überprüft

Berlin (ewa.) - Im Beteiligungsbereich des Landes Berlin unterstreicht Finanzsenator Günter Rexrodt, daß der Senat mehr und mehr überprüfen wolle, wo und in welchem Umfang das staatliche Engagement bei den 68 unmittelbaren und 29 mittelbaren Beteiligungen an Wirtschaftsunternehmen in Höhe von rund 1,7 Mrd. DM noch sinnvoll und notwendig sei. Bei der Berliner Bank, der Anteil wurde in den letzten Jahren von 100 auf 74 Prozent zurückgeschraubt, sei im Zuge einer Kapitalerhöhung eine weitere Verringerung denkbar, wenn die Ertragskraft das Institut für den Kapitalmarkt interessant werden läßt.

Optionsanleihe

Frankfurt (DW) - Die Deutsche Bank wird eine Optionsanleihe ihrer Tochtergesellschaft auf den Niederländischen Antillen anbieten. Die Optionsanleihe über 710 Mrd. DM ist mit einem Zinssatz von 6 1/2 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren ausgestattet. Die Schuldverschreibungen sollen zum Kurs von 120 Prozent begeben werden.

Flexibilität gefordert

Oberhausen (dpa/VWD) - Die wirtschaftliche Struktur des Ruhrgebiets ist nach Ansicht des Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schmücker, nur mit der Flexibilität und der hohen technischen Innovationsfähigkeit des Handwerks zu bewältigen. Vor dem "Handwerksforum Ruhr" wies Schmücker auf die Zahl von 300 000 Beschäftigten in den 30 000 Handwerksbetrieben des Reviers hin. Das seien mehr als doppelt soviel wie im Steinkohlenbergbau.

AniDeka 1,80 DM
DekaFonds 1,30 DM
DekaRent 3,00 DM
RenditDeka 2,30 DM

Marktgerechte Ausschüttungen für 1985. Vielversprechende Perspektiven - nach Spitzen-ergebnissen 1985: SparkassenFonds.

Am 17. Februar 1986 schütteten vier Sparkassen-Wertpapierfonds marktgerechte Erträge aus. Vielversprechende Perspektiven für SparkassenFonds - nach Spitzen-ergebnissen in 1985 - und attraktive Rabatte sind gute Gründe, die Ausschüttungen sofort wieder anzulegen! Eine Wiederanlage verbessert zudem den langfristigen Anlageerfolg deutlich. Der Wertzuwachs einer Anlage in AniDeka etwa betrug im Laufe der letzten 10 Jahre ohne Ertragswiederanlage 109 %, mit Ertragswiederanlage aber 190 %.

Auch Zusatz- und Neuanlagen in SparkassenFonds sind aussichtsreich. Denn die Erwartungen für die Aktien- und Rentenmärkte sind positiv. Und SparkassenFonds bieten Invest-Management für Ihre Wertpapieranlagen. Mehr über Invest-Management erfahren Sie beim Geldberater der Sparkassen.

| Sparkassen-Wertpapierfonds | Wertzuwachs 1985*) | Ertragsschein | Bar-Ausschüttung | + anrechenbare Körperschaftsteuer | Gesamt-Ausschüttung | Wiederanlage-Rabatt**) |
|----------------------------|--------------------|---------------|------------------|-----------------------------------|---------------------|------------------------|
| AniDeka | 49,8% | Nr. 24 | DM 1,58 | + DM 0,22 | DM 1,80 | 2,5% |
| DekaFonds | 72,2% | Nr. 31 | DM 0,98 | + DM 0,32 | DM 1,30 | 3,0% |
| DekaRent | 11,0% | Nr. 17 | DM 3,00 | - | DM 3,00 | 2,0% |
| RenditDeka | 10,8% | Nr. 18 | DM 2,30 | - | DM 2,30 | 2,0% |

*) auf Basis der Anteilwerte und bei Wiederanlage der Erträge. **) bis 18. April 1986.

SparkassenFonds: Die hohe Schule der Geldanlage **Deka**

PERU

Der IWF mahnt Zahlungen an

Sgt. Washington. Eine Warnung hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds (IWF), wie in Washington durchsickerte, Präsident Alan García in Lima ins Haus geschickt. Danach verliert Peru das Recht, Kredite zu ziehen, wenn nicht bis Mitte April überfällige Zahlungen in Höhe von 75 Mill. Dollar eingegangen sind. Aufgefallen sind die Rückstände seit September. Ihre Bezugsberechtigung verloren haben zuletzt Sudan und Liberia. Mit Khartum verhandelt der IWF bereits über ein neues Sanierungsprogramm.

Die Aktion der Exekutivdirektoren gegenüber Peru ist harscher ausgefallen als erwartet. Unter normalen Umständen wäre ein weiterer Überprüfungstermin in 90 Tagen angesetzt worden. Aber offensichtlich sollte García, seit Juli im Amt, auf die Pflichten eines Mitgliedstaates hingewiesen werden. Er hat mehrfach erklärt, das südamerikanische Land werde für den Schuldendienst nur zehn Prozent der Exporterlöse - etwa 3 Mrd. Dollar jährlich - verwenden, wobei die multilateralen Organisationen zuletzt bezahlt wurden.

Bisher soll sich García auch geweigert haben, mit dem Fonds ein neues Kreditabkommen, das wirtschaftspolitische Auflagen enthalten würde, auszuhandeln. Perus Auslandsschulden addieren sich auf 14 Mrd. Dollar, wovon etwa 700 Mill. Dollar auf den IWF entfallen. Bei den Privatbanken steht Lima mit rund 6 Mrd. Dollar in der Kreide; ihnen gegenüber werden die Zins- und Tilgungsrückstände auf 2,2 Mrd. Dollar veranschlagt. Andererseits werden Perus Währungsreserven auf 1,5 Mrd. Dollar geschätzt.

Ladenschlußgesetz nicht verabschiedet

fu. London. Das von der Regierung Thatcher eingebrachte Gesetz zur Aufhebung der Ladenschlußzeiten, womit Geschäfte und Kaufhäuser künftig auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein können, ist bei seiner zweiten Lesung im Oberhaus mit einer Stimme (121 zu 120 Stimmen) zu nächst einmal abgelehnt worden. Der ehemalige konservative Premierminister Macmillan und heutige Earl of Stockton gab mit seiner Stimme den Ausschlag für die Abstimmungsniederlage der Regierung.

Die knappe Mehrheit im House of Lords fordert einen Zusatz zum Ladenschlußgesetz, in dem den Verkäufern die bislang geltenden Rechte auch nach der Freigabe des Sonntags Handels garantiert werden. Bislang haben sie das Recht, die Aufhebung zu mehr als zweimaliger Sonntagsarbeit innerhalb eines Monats zu verweigern. Außerdem können sie für jeden Sonntagsdienst die gleiche Arbeitszeit an einem der folgenden Tage der gleichen Woche freinehmen.

Die Regierung war nur bereit, diese Rechte für die nächsten zwei Jahre den bis zu 18-jährigen zuzugestehen. Ansonsten vertritt sie die Ansicht, daß derartige Regelungen nicht Sache eines Gesetzes, sondern ausschließlich Sache der Tarifparteien zu sein hätten. Die Regierung muß sich jetzt entscheiden, ob sie zu Änderungen an ihrem Gesetzesentwurf bereit ist, um in einer dritten Lesung die Mehrheit der Lords zu gewinnen.

NAMEN

Dr. Eckhard Gottschalk (50), bisher Sprecher der Geschäftsführung der Bankers Trust GmbH, Frankfurt, wird am 1. April 1986 ordentliches Mitglied im Vorstand der Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin.

Volker Bues (43), zuletzt Marktingler Unterhaltungselektronik der Baupunkt Werke GmbH, Hildesheim, übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Position des Marketingdirektors der Keramik Keramische Werke AG, Ratingen. Er ist Nachfolger von Günter Stöcker, der in das Verlagswesen überwechselte.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Westaufbau GmbH; Codan-Bau GmbH; Unterebach: Gelsenkirchener Baugewerk; Antenbrück GmbH u. Co. KG; Wasserberg; Groß-Gerau: Nachl. d. Achim Johannes Palm; Steinhilber B&B GmbH; Mordfeld-Waldorf; Köln: Obstland Fruchtvertriebs-GmbH; Nürnberg: Oswald Sannan; Lauf: Restlitz-Kiersy & Seacht GmbH; Dental-Labor, Engtingen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld: Schwarze Baustoffe GmbH u. Co., Linz; Verwaltungsgesellschaft Tonindustrie Niederrhein Jacobi GmbH; Cöpenhagen; Tonindustrie Niederrhein Jacobi GmbH u. Co. Cöpenhagen; Bremerhaven: Rickmer-Büderick GmbH Rickmers Werft; Duisburg: Leasart Gesellschaft für Integration, Raum, Kunst und Interieur mbH; Mülheim a.d. Ruhr: Reidelberg; Gebr. Ditzel GmbH; Barmen: Herford: Waltraud Jürgens, Inh. d. Gaststätte „Am Kamin“, Bad Oeynhausen; Wassen: Kornel Wagner Verwaltungsges. mbH & Co. Andernach; Kornel Wagner GmbH, Andernach; Ferdinand Wilhelm Wagner GmbH, Andernach.

Vergleich eröffnet: Aachen: Bauhoff u. Pöschel-Centre Platten-Putz GmbH & Co. KG; Würselen-Broich-Weiden.

IM BLICKPUNKT / Der Holländer Hermanus Koning hat die eineinhalb Jahre an der Grundig-Spitze genutzt

Das Großreinemachen zeigt bereits erste Erfolge

Hermanus Koning, seit knapp zwei Jahren Vorstandschef der Grundig AG in Fürth, führt wieder festen Boden unter den Füßen: „Zwei Drittel der Sanierung haben wir hinter uns gebracht“. Seine Pläne, die vor eineinhalb Jahren - angesichts eines Verlusts von 286 Mill. DM im Geschäftsjahr 1983/84 (31,3) - noch recht mutig erschienen, will er jedenfalls eisen einhalten: „Ende dieses Jahres werden wir wieder schwarze Zahlen schreiben“.

Der Holländer Koning, sozusagen die Personifizierung jener „industriellen Führung“, die Philips bei Grundig 1984 nach unendlichem Hin und Her übernommen hatte, hat die kurze Zeit in Fürth wirklich genutzt. Ohne großes Aufsehen und im ständigen Dialog mit den Personalvertretern fand ein umfangreiches Großreinemachen statt. Heute präsentiert sich Grundig mit einer völlig neuen Konzernstruktur.

Das betonte kleine Team, das Max Grundigs Nachfolger im Chef-Sessel aus der deutschen Philips-Zentrale in Hamburg mitgebracht hatte, hatte die Probleme der Unterhaltungselektronik-Gruppe rasch erkannt: zu geringe Produktivität, eine an vielen Stellen zu große Fertigungstiefe und ein Verwaltungsaufwand, wie ihn Koning selbst bei Philips nicht erlebt hatte.

Das Fazit der Analyse war: „Wir hatten zu viele Fabriken und stellen einige Vorprodukte zu teuer her“. Mit den Konsequenzen wurde nicht lange gefackelt. Besonders einschneidend fielen die Maßnahmen im Farbfernsehgeräte-Bereich an. Sowohl in Italien als auch in Portugal werden keine Fern-sehgeräte mehr gefertigt, die Produktion in Spanien wurde deut-

lich reduziert, und nur das französische Werk läuft - wie Spanien mit geringer Produktionstiefe - weiter. Damit wurde die Fernsehgeräteproduktion von derzeit etwa 1,5 Millionen Stück pro Jahr im wesentlichen auf die beiden Werke Nürnberg-Langwasser und Wien konzentriert.

Wien konzentriert. Diese Konzentration sorgt dafür, daß wir in den verbleibenden Fabriken den Auslastungsgrad erreichen, den moderne Anlagen benötigen“, unterstreicht Koning. Die Erfolge der vielfältigen Sanierungsmaßnahmen lassen sich bereits an der Produktivität ablesen: 1984 noch bei - im Branchendurchschnitt kolumischen - 120 000 Mark, stieg der Pro-Kopf-Umsatz inzwischen um mehr als ein Viertel auf über 150 000 Mark. Zusatzliche Auslastung soll künftig ein Kooperationsvertrag mit der Bosch-Tochter Blaupunkt bringen. Danach wird Grundig in einheimisch bis zwei Jahren die gesamte Farbfernsehgeräte-Produktion für Blaupunkt und den heutigen Blaupunkt-Abnehmer Siemens übernehmen, während Blaupunkt für Grundig die (heute profitable) Autoradio-Palette fertigen

(derzeit etwa eine halbe Million Stück im Jahr). Grundig erwartet aus diesem Tauschgeschäft ein jährliches Mehrvolumen von etwa 600 000 Farbgeräten, so daß man einschließlich der Bausätze (die in Länder mit eigenen Montagebetrieben wie China oder die Türkei geliefert werden) in die Nähe von drei Millionen Geräten pro Jahr kommen wird. Zum Vergleich: Der deutsche Markt hat 1985 insgesamt nur knapp 2,7 Millionen Farbfernsehgeräte aufgenommen.

Auch der Kooperations-Partner wird natürlich in den Genuss der höheren Produktionsmengen kommen. Doch: „Wir hätten den Vertrag sicherlich nicht gemacht, wenn wir dabei verlieren würden“. Und die Führungsposition im europäischen Farbfernseh-Markt wird damit noch ausgebaut.

Kooperativ geht es auch im innerbetrieblichen Verhältnis zur Belegschaft zu. Der ehemalige Rotterdamer Profi-Fußballer Koning bemüht sich auch hier um sportliche Fairness. „Man muß miteinander im Dialog bleiben und immer erklären, warum man etwas tun muß, aber auch, was daraus werden kann“. Überdies hat sich Grundig unter neuer Führung darum bemüht, alle Schließungen glimpflich über die Bühne gehen zu lassen. Mit der Übernahme in andere Werke und besonderen Zugeständnissen an Werkskäufer, die auch Teile der Belegschaft halten wollten, wurde der Betriebsfrieden gewahrt. Dafür wurden rund 20 Millionen Mark über die „Pflichtübung“ der Sozialpläne hinaus aufgewandt. Das letzte Drittel der Sanierung steht aber noch aus. Es besteht unter anderem in der „Feinarbeiten der Konzentration“, darin, dem Konzern das Korsett eines Logistik-Systems einzuziehen.

Bei seinen fränkischen Mitarbeitern hat Koning einen Stein im Brett: Kompromißlos gelang es ihm, seinen Mutterkonzern aus dem Fürther Unternehmen herauszuhalten. Dem Führungskräfte-Tourismus aus dem holländischen Kindhofen hatte er vom ersten Tag an einen Riegel vorgeschoben.

Auf den Einsatz bei Grundig war Koning vorbereitet. Bereits 1978, als Philips den Fuß zum ersten Mal in Grundig-Tür gestellt hatte, war ihm dieser Posten in Aussicht gestellt worden. Bis zur Übernahme dauerte es dann doch noch etwas - Koning hatte noch Zeit, erst einmal den deutschen Philips-Konzern unter dem Dach der Hamburger Alldi auf Vordermann zu bringen.

Inzwischen ist er aber als reiflicher Grundig-Mann akzeptiert. Auch der Markt hat die neue, klare Linie bereits honoriert: „Die letzten fünf Monate waren sehr gut für Grundig. Wir haben unseren alten, guten Ruf zurückgewonnen“, freut sich Koning. JOACHIM WEBER

Ein Foto von Hermanus Koning, Vorstandschef der Grundig AG, ist in der Mitte des Artikels zu sehen. Darunter steht die Beschriftung: Hermanus Koning, ZSCHNUNG: BÖHLE.

Wird (derzeit etwa eine halbe Million Stück im Jahr).

Grundig erwartet aus diesem Tauschgeschäft ein jährliches Mehrvolumen von etwa 600 000 Farbgeräten, so daß man einschließlich der Bausätze (die in Länder mit eigenen Montagebetrieben wie China oder die Türkei geliefert werden) in die Nähe von drei Millionen Geräten pro Jahr kommen wird. Zum Vergleich: Der deutsche Markt hat 1985 insgesamt nur knapp 2,7 Millionen Farbfernsehgeräte aufgenommen.

Auch der Kooperations-Partner wird natürlich in den Genuss der höheren Produktionsmengen kommen. Doch: „Wir hätten den Vertrag sicherlich nicht gemacht, wenn wir dabei verlieren würden“. Und die Führungsposition im europäischen Farbfernseh-Markt wird damit noch ausgebaut.

Kooperativ geht es auch im innerbetrieblichen Verhältnis zur Belegschaft zu. Der ehemalige Rotterdamer Profi-Fußballer Koning bemüht sich auch hier um sportliche Fairness. „Man muß miteinander im Dialog bleiben und immer erklären, warum man etwas tun muß, aber auch, was

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Fusion perfekt

Pittsburgh (VWD) - Die Aktionäre der Texas Oil & Gas haben der vorgeschlagenen Fusion der United States Steel Corp. mit der Texas Oil & Gas Corp. zugestimmt. Wie beide Unternehmen weiter mitteilen, haben bei einer Aktionärsversammlung der Texas Oil & Gas, auf der 83 Prozent des umlaufenden Aktienkapitals repräsentiert waren, 86 Prozent der anwesenden stimmberechtigten Aktionäre der Fusion zugestimmt. Zuvor hatten die Aktionäre der U.S. Steel die Fusion gutgeheißen. Als Folge der Fusion, die mit dem 11. Februar wirksam wird, wird die Texas Oil & Gas zu einer 100prozentigen Tochtergesellschaft der U.S. Steel.

Kodak baut Personal ab

New York (dpa/VWD) - Die Eastman Kodak Company, international führender Hersteller von Fotoapparaten, wird in diesem Jahr ihren Personalbestand weltweit um zehn Prozent reduzieren; 1983 wurden bereits 11 000 abgebaut. Ende 1985 sollen die Mitarbeiter auf 128 950 sinken. Außerdem werden Prämiengeldzahlungen an die Spitzenmanager gestrichen, um die Kosten noch weiter zu senken. Die Kodak AG, Stuttgart, ist allerdings zuversichtlich, daß sie nicht vom Personalabbau der Muttergesellschaft betroffen wird. Ein Sprecher des Unternehmens meinte gestern, daß die deutsche Tochter die weltweit angestrebte Schlankheitskur schon hinter sich habe.

Rote Zahlen bei TWA

New York (dpa/VWD) - Das US-Flugunternehmen Trans World Airlines (TWA) hat 1985 einen Verlust von 193,1 Mill. Dollar ausgewiesen. Im Vorjahr hatte das Unternehmen nach eigenen Angaben noch einen Gewinn von 29,9 Mill. Dollar gemacht. Der Umsatz erhöhte sich leicht auf 3,73 (3,53) Mrd. Dollar.

Hohe Zinszahlungen

Caracas (dpa/VWD) - Die lateinamerikanischen Staaten haben in den vergangenen vier Jahren 106 Mrd. Dollar an Zinsen für ihre Auslandsschulden (über 350 Mrd. Dollar) bezahlt, gab der Generalsekretär der Wirtschaftskommission für Latein-

amerika (Cepal), Norberto Gonzalez, jetzt bekannt.

Konkurs angemeldet

Miami (dpa/VWD) - Die amerikanische Fluggesellschaft „Arrow Air“, Miami, seit dem Absturz einer DC-8 im vergangenen Dezember in Schwierigkeiten, hat Konkurs angemeldet. Die Gesellschaft beantragte nach Paragraph 11 des amerikanischen Konkursrechts, ihre Geschäfte bis zum Abschluß des Verfahrens ohne Intervention der etwa 500 Gläubiger weiterführen zu können.

Export-Hilfen

Buenos Aires (dpa/VWD) - Ab Anfang März erleichtert die argentinische Regierung die Ausfuhr für 42 Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse. Das Programm zur Exportförderung soll 13 Industriesektoren betreffen; der Staat fördert es mit 47 Mill. Austral (etwa 140 Mill. DM). Außerdem will die Regierung in allen Provinzen des Landes Institutionen errichten, um den auf Export spezialisierten Unternehmen zur Seite zu stehen.

Pazifik-Abteilung verkauft

New York (dpa/VWD) - Die finanziell angeschlagene US-Fluggesellschaft Pan Am hat ihre gesamte Pazifik-Abteilung dem Konkurrenzunternehmen United Airlines (UA) für 715,5 Mill. Dollar (1,7 Mrd. DM) übergeben. UA übernimmt wöchentlich 74 Abflüge aus den USA, sieben Flugzeuge und 2600 Mitarbeiter und erhöht ihren Marktanteil auf den Pazifikstrecken auf 17,9 (3,4) Prozent.

Konkurrenz gewachsen

Paris (J. Sch.) - Die innerfranzösische Luftverkehrsgesellschaft Air Inter, die in den letzten Jahren vor allem auf der Strecke Paris-Lyon wegen der Konkurrenz der fast ebenso schnellen TGV-Züge schwere Umsatzrückgänge verzeichnete, rechnet jetzt auch dank neuer Tarifmaßnahmen mit einer gewissen Erholung. Für dieses Jahr wird ein Verkehrszuwachs von insgesamt 7 Prozent gegenüber 3,7 Prozent 1985 angestrebt. Der Umsatz der Gesellschaft hatte sich um 9,4 auf 5,7 Mrd. Franc erhöht. Als Reingewinn werden 64 (2) Mill. Franc ausgewiesen.

FILMWIRTSCHAFT / Die Sorgen nehmen wieder zu

Besucherschwund in den Kinos

ERWIN SCHNEIDER, Berlin

Eine unterschiedliche Entwicklung nimmt die deutsche Filmwirtschaft. Während sich die Probleme der Filmtheater durch die Konkurrenz von Fernsehen und Video weiter verschärfen werden, können sich die Hersteller und Verleiher auf diese Änderung der Absatzstruktur, die nicht unbedingt eine Verringerung des Absatzvolumens nach sich ziehen muß, besser einstellen. Das stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Studie zur Entwicklung der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik fest, die zur Eröffnung der 36. Internationalen Filmfestspiele in Berlin (14. bis 25. Februar) veröffentlicht wurde.

Für die Kinos war das letzte Jahr ein schwarzes: Mit 102 Millionen Besuchern (neun Prozent weniger als im Vorjahr) wurde der niedrigste Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Dabei zogen die sieben erfolgreichsten Filme - darunter „Otto - Der Film“, „James Bond“, „Rambo“ und „Amadeus“ - mehr als ein Viertel der Besucher an, so die DIW-Studie weiter. Seit 1960 sinkt die Zahl der Kinogänger von über 500 Millionen kontinuierlich. Zwar kam Ende der 70er Jahre wieder etwas Hoffnung auf, als sich die Zahl bei rund 120 Millionen stabilisierte, aber schon 1981 zeigte die Kurve wieder nach unten.

Nicht ganz so drastisch verlief die Einnahmentwicklung. Vom Umsatzrekord des Jahres 1981 mit 1,01 Mrd. DM bei 1243 Unternehmen und 15 309 Beschäftigten hat man sich bis 1985 zwar wieder mit einem Umsatz von nur noch 775 Mill. DM deutlich entfernt. Doch liegt der Umsatz we-

gen der Erhöhung der Eintrittspreise klar über dem Stand der 60er und frühen 70er Jahre.

Uneinheitlich war die Entwicklung der Zahl der Filmtheater und Sitzplätze. Trotz steigender Zahl der Filmtheater von 1977 mit 3072 bis 1984 mit 3611 Kinos, verringerte sich das Sitzplatzangebot ständig auf nun weit unter eine Million. Die durchschnittlich 217 Sitzplätze je Filmtheater waren dazu nur zu 15 bis 20 Prozent je Vorstellung ausgelastet.

Mit dieser Entwicklung liegen die deutschen Kinos im internationalen Trend, schreibt das DIW weiter: Die Ausnahme bildet nur die USA. Dort stieg die Zahl der Besucher von 1965 bis 1983 um 16 Prozent und die Zahl der Kinos um 45 Prozent.

Vom gesamten Markt der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik, der 1983 ein Umsatzvolumen von gut 3 Mrd. DM bei 2051 Unternehmen und knapp 22 000 Mitarbeitern erreichte, hält die Filmherstellung einen Umsatz von gut 836 Mill. DM bei 615 Unternehmen und 3000 Beschäftigten. Auf den Filmverleih und -vertrieb entfielen 881 Mill. DM-Umsatz bei 185 Unternehmen und 1900 Beschäftigten. Filmtechnische Betriebe erzielten einen Umsatz von 344 Mill. DM. Diese Sparten der Filmwirtschaft wiesen seit Beginn der 70er Jahre eine stetige Aufwärtsentwicklung auf, der Umsatz des gesamten Marktes hat sich von 1973 bis 1983 von 1,4 Mrd. DM mehr als verdoppelt.

Als Fazit stellt das DIW fest, daß die „gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Filmwirtschaft zwar nach wie vor gering“ sei, doch leistet sie einen „wesentlichen kulturellen Beitrag“.

WESTLAND

Entscheidung für Sikorsky

fu. London. Die Mehrheit der Aktionäre des britischen Hubschrauberherstellers Westland hat sich für eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Gruppe Sikorsky-Flat und damit gegen die Beteiligung des europäischen Hubschrauber-Konsortiums ausgesprochen. Dies stand gestern nachmittag fest, noch bevor das eigentliche Abstimmungsergebnis bekannt wurde.

Da das europäische Konsortium (MBB, Aerospaciale, Augusta, British Aerospace und GEC) zuvor bei dem Versuch, die gestrige Abstimmung über eine Sikorsky-Beteiligung um drei Wochen zu verschieben, eine Abstimmungsniederlage im Verhältnis zwei zu eins der Aktionärsstimmen hinnehmen mußte, bestand kein Zweifel mehr am Ausgang der folgenden Beteiligungs-Entscheidung.

Die Europäer forderten eine dreiwöchige Verschiebung dieser entscheidenden Aktionärs-Abstimmung, nachdem sechs unbekannte Personen oder Gruppen während der vergangenen Wochen insgesamt 20 Prozent der Westland-Aktien gekauft hatten. Dies wurde von einer Untersuchungskommission der Londoner Börse herausgefunden. Drei der sechs mysteriösen Aktionäre, die zum Sikorsky-Westland-Lager gerechnet werden, lassen sich von Schweizer Banken vertreten.

Dies bedeutet, daß die Kleinaktionäre nur noch knapp 16 Prozent der Westland-Aktien halten. Damit lag die Entscheidung über die Zukunft von Westland in den Händen von zwölf Großaktionären.

Entsprechend verwundert es nicht, daß das europäische Konsortium bei seinem Versuch, mit einem günstigen Angebot Kleinaktionäre zum Verkauf ihrer Aktien an das Konsortium zu bewegen, um den Europäern damit eine Aktienmehrheit zu garantieren, scheitern mußte. Für eine Mehrheit wäre der zusätzliche Kauf von 20,2 Prozent der Westland-Aktien notwendig gewesen - und nicht nur 4,26 Prozent. Der ehemalige Verteidigungsminister Heseline, Befürworter einer europäischen Lösung, reagierte auf die Enthüllungen der Londoner Börse äußerst verärgert.

NG BANK / Gute Zuwächse im Einlagengeschäft

Langfristige Kredite gefragt

Zufriedenstellende Zuwächse im Einlagengeschäft und eine nur mäßige Entwicklung auf der Kreditseite kennzeichneten das Geschäft der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG, Hannover, 1985. Nach vorläufigen Angaben des Instituts haben die 621 mit der NG Bank zusammenarbeitenden Kreditgenossenschaften ihre Einlagenbestände gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent auf rund 41,7 Mrd. DM ausgeweitet. Die Forderungen nahmen nur um 0,1 Prozent auf 32,4 Mrd. DM zu.

Bei den Ausleihungen beobachtet die NG Bank deutliche Umschichtungen von kurz- in den langfristigen Bereich. Während die Kredite mit Laufzeiten bis zu vier Jahren sich um 5,7 Prozent auf 13,2 Mrd. DM reduzierten, stiegen die langfristigen Forderungen um 5,1 Prozent auf 18,5 Mrd. DM. Daran zeige sich, daß die Kreditnehmer im wesentlichen nicht

mit einem weiteren Zinsrückgang rechnen.

Die als Zentralbank für die norddeutschen Kreditgenossenschaften fungierende NG Bank erhielt 1985 gut 1 Mrd. DM zusätzliche Liquidität. Die Einlagen erhöhten sich um 670 Mill. DM oder 0,5 Prozent auf 7,7 Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten der Institute gegenüber der NG Bank reduzierten sich um 340 Mill. DM oder 0,9 Prozent auf 4,6 Mrd. DM.

Das Geschäftsjahr 1985 brachte für die NG Bank eine Steigerung der Bilanzsumme um 4,1 Prozent auf 15,4 (14,8) Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen wuchs um 3,8 Prozent und erreichte 16,6 (16) Mrd. DM. Hinter diese Größenordnungen, schreibt der Vorstand, stehe ein Ertragspotential, mit dem auch im Berichtsjahr gute Ergebnisse erzielt werden konnten. 1984 lag der Jahresüberschuß bei 38 Mill. DM; 5,12 Prozent Dividende wurden gezahlt.

Handwritten note: 24 Mio 150

KARSTADT / Die Neckermann-Last wird leichter

Warenhausumsatz schwach

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Der insgesamt enttäuschende Geschäftsverlauf im warenhausrelevanten Einzelhandel habe auch die Entwicklung des Betriebsergebnisses der Karstadt AG, Essen, bestimmt. Außerdem seien „Sonderbelastungen“ aus den zukunftsorientierten Strategiemassnahmen des Unternehmens eingetreten. Auf diesen kargen Ertragskomponenten beschränkt sich der Vorstand des größten europäischen Warenhauskonzerns im ersten Rückblick auf 1985.

Den 20 000 Eigentümern von 360 Mill. DM Aktienkapital vernichtet das wohl nicht die Aussicht auf abnormale konstanten Dividendensatz von 7 DM, mit dem sich Karstadt für 1984 an die Spitze der deutschen Warenhauskonzerne setzte. Denn von der Neckermann-Töchter, die den Konzern 1984 mit (geschätzten) 90 Mill. DM Verlust belasteten, wird nun Besseres berichtet. Die NUR Touristik GmbH habe 1984/85 (31.10.) mit 940 166 abgewinkelten Reisen (plus 3 Prozent) und 1,23 Mrd. DM Umsatz (plus 9,1 Prozent) ihr Ergebnis (nach 28 Mill. DM Verlust) „erheblich ver-

bessert“. Die Neckermann Versand AG habe zwar bei 1,66 Mrd. DM Umsatz (plus 2,1 Prozent) und Senkung des Personalaufwands um sechs Prozent auf 205 Mill. DM in Folgebewertung der im zweiten Halbjahr 1984 eingetretene Schwierigkeiten mit dem neuen Elektronik-Lagersystem nochmals einen „deutlichen“ Betriebsverlust gehabt.

Im Warenhausgeschäft des Konzerns konnte die Konsumbelebung aus November/Dezember den vorherigen Umsatzschwund nur mildern: Gesamtumsatz minus 1,7 Prozent auf 8,97 Mrd. DM und flächenbereinigt minus 0,6 Prozent. Der Aufwand für die 51 679 (53 831) „Vollbeschäftigten“ der AG, vor Zuführung zur Pensionsrückstellung, verharnte mit 2,01 Mrd. DM auf Vorjahresniveau.

Noch im zarten Kindesalter zeigt der Konzern die Umsätze seiner jüngsten Warenhaus-Abteiler. Die Kundendienst-Tochter „Rat und Tat“ kam auf 42,9 Mill. DM. Das Quartett der „Fachmarktgesellschaften“ begann sein Leben mit 32 Filialen, 108 „Vollbeschäftigten“ und vorerst nur 21,9 Mill. DM Umsatz.

AXEL SPRINGER VERLAG / Erste Hauptversammlung in Berlin - „Eine erfreuliche Bereicherung der Börse“

Die WELT soll ihre führende Rolle behalten

JAN BRECH, Berlin
Sachlich und ohne jeden Mißton verlief die erste, mit Spannung erwartete Hauptversammlung der Axel Springer Verlag AG in Berlin. Springer ist das erste deutsche Verlagshaus, das an die Börse gegangen ist. Für Aktionäre wurde damit eine völlig neue Branche erschlossen. Von den neuen Aktionären füllten etwa 400 den Saal im Berliner ICC. Da von 170 Mill. DM Grundkapital des Unternehmens 26,1 Prozent bei den Erben Springers und 24,9 Prozent bei dem Verlagshaus Burda festliegen, waren von den freien Aktionären etwa gut 13 Prozent in Berlin vertreten.

Vor allem die Vertreter der Kleinkapitalisten und der Schutzvereinigungen für Wertpapierbesitzer bezeichneten die öffentliche Platzierung eines Teils des Springer-Kapitals als „eine erfreuliche Bereicherung der Börse“. Hier sei ein gesundes, hochqualifiziertes Unternehmen zu einem günstigen Kurs einer breiten Öffentlichkeit angeboten worden.

Die Fragen und Beiträge der Aktionäre kreisten in erster Linie um die weitere Zukunft des Unternehmens

hinsichtlich der Ertragskraft und der unternehmenspolitischen Strategie. Diskussionen und Auseinandersetzungen über Inhalte der Objekte und medienpolitischen Verhalten gab es nicht. Hauptversammlungen bei Springer, so erklärte ein Aktionär, sollten auch künftig „nicht Schauplatz ideologischer Auseinandersetzungen“ sein.

Sechs Prozent Dividende

Die von der HV ohne Nein-Stimmen gebilligten Tagungsordnungen bezogen sich lediglich auf das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1985. Dividende wird Springer erst für das zweite Halbjahr 1985 ausschütten (die HV ist am 9. Juli 1986 ebenfalls in Berlin). Vorstandsvorsitzender Peter Tamm kündigte an, daß der Gewinn deutlich höher als im ersten Halbjahr 1985 sei und Springer wie vorgesehen sechs Prozent ausschütten werde. Alle Projekte lägen gut im Markt, die Investitionen in die Objekte zahlten sich aus und die Beteiligungen und Kooperationen erwiesen sich als richtig. Die

Frage, ob das Unternehmen künftig eine ertragsorientierte Dividendenpolitik betreiben werde, bejahte Tamm.

Zur langfristigen Unternehmensstrategie erklärte Tamm, daß Schwerpunkte der Verlagspolitik die Zeitungen und Zeitschriften bleiben werden. Man müsse sich dabei darauf einstellen, neuen und anderen Leserwünschen zu begegnen. Für die einzelnen Objekte bedeute dies eine ständige Modernisierung und Weiterentwicklung. Gleichzeitig, so Tamm, gehöre es zur Strategie, neue journalistische Wege zu beschreiten, Marktnischen zu entdecken, aber auch ganz neue Märkte zu erschließen. In diesem Zusammenhang kündigte Tamm für den 24. Februar die Einführung der „Auto-Bild“ (Startauflage 700 000 Stück) in Magazinformat an.

Auf die Fragen zahlreicher Aktionäre zum Ergebnis der Tageszeitung DIE WELT und deren weitere Zukunft erklärte Tamm, daß das Objekt seit Jahren positiv zum Unternehmensergebnis beitrage, und daß in die WELT neu investiert worden sei. Die Zeitung werde weiterhin eine führende Rolle im Verlag spielen.

Zu den Engagements bei den neuen Medien betonte Tamm, daß der Verlag dieses Feld nicht den anderen allein überlassen könne. Politik sei es aber, die elektronische Medienzukunft nicht allein, sondern im Verbund anzustreben. Wo es nötig und zweckmäßig sei, werde man Kooperationen und Beteiligungen eingehen. Im internationalen Vergleich seien selbst die großen Häuser der deutschen Medienbranche eher mittelständische Unternehmen.

Aus Eigenmitteln investiert

Als einen weiteren Teil der unternehmenspolitischen Strategie bezeichnete Tamm die technische Erneuerung des Unternehmens. Dabei stehe Springer nach einer weitgespannten Investitionsreihe, die in den Jahren 1981 bis 1985 rund 700 Mill. DM erforderte, in einer Schlußphase. Die Investitionen seien voll aus Eigenmitteln finanziert worden. Auch bei den künftigen Investitionen werde Springer um jeden Preis versuchen, die finanzielle Unabhängigkeit des Hauses zu wahren.

MUSIKMESSE

Hersteller spüren wieder Aufwind

adh. Frankfurt
Auf eine „Ordnungsmesse allegro con brio“ hoffen die deutschen Musikinstrumenten-Hersteller. Hintergrund für die positive Einschätzung von Horst Link, Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Musikinstrumenten-Hersteller kurz vor Beginn der Musikmesse Frankfurt (15. bis 19. Februar): Seit der zweiten Jahreshälfte 1985 geht es auch in Sachen Musik wieder aufwärts.

Bei den rund 1200 Musikfachgeschäften sorgte dies wieder für rund eine Mrd. DM Jahresumsatz, nachdem zunächst mit einem weiteren Rückgang gerechnet worden war. Denn die Musikbranche sieht sich zur Zeit mit zwei strukturellen Problemen konfrontiert, wie Alfred Döll, Sprecher der Musikfachgeschäfte, festhält: Die gesunkenen Schülerzahlen reichen nicht mehr aus, die Kapazitäten in Musikschulen und bei privaten Musiklehrern zu nutzen.

Neben dieser Folge des Geburtenrückgangs hat die Elektronik zu einer „einschneidenden Zäsur“ auf dem Musikmarkt geführt. Keyboards zählten auch im vergangenen Jahr zur Spitzengruppe in der Umsatzentwicklung. Dabei mischen die deutschen Hersteller aber kaum mit elektronischen Instrumenten stammen vor allem aus Importen. Hauptlieferant ist Japan mit einem Anteil von 83 Prozent. Am gesamten Inlandmarkt, der im vergangenen Jahr um gut fünf (i. V. plus vier) Prozent schrumpfte, sind die deutschen Instrumentenhersteller mit gut 40 Prozent beteiligt.

Bei einer Eigenproduktion von 625 (602) Mill. DM (zu Erzeugerpreisen) steigerten die Hersteller ihre Ausführungen um gut zehn Prozent auf 430 Mill. DM. Während beim Rückgang im Inlandsabsatz die Großinstrumente (Flügel, Klaviere) am stärksten verloren, lag diese Gruppe beim Export vom Wichtigsten Absatzgebiet ist mit einem Anteil von 58 Prozent Westeuropa, gefolgt von den USA (17 Prozent); noch unbefriedigend bewertet Link den sechsprozentigen Exportanteil nach Japan. Zur Messe in Frankfurt haben sich 837 (765) Aussteller aus 33 (30) Ländern angemeldet, darunter 306 deutsche.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kurzarbeit

Duisburg (dpa/VWD) - Die Mannmann Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen haben für 1986 Beschäftigte vom 17. Februar bis 30. März Kurzarbeit angemeldet. Nach Angaben des Unternehmens ist Kurzarbeit erforderlich, weil die Hüttenwerke aufgrund der Nachfrage nach dünnwandigen Rohren weniger Vorformmaterial benötigen. Die Duisburger Hüttenwerke mit einer Gesamtbeschäftigung von 5900 Mitarbeitern stellen ausschließlich dieses Vorformmaterial (Brammen) her.

Kooperation vereinbart

Neubaus (dpa/VWD) - Die Thyssen-M.A.N.-Aufzüge GmbH, Neubaus/Flüder bei Stuttgart und die kanadische Aufzugsgruppe Northern Elevator, Toronto, haben eine technische Zusammenarbeit vereinbart, die mit einer „gemeinsamen“ Beteiligung von Thyssen-M.A.N.-Aufzüge an Northern Elevator verbunden ist. Northern Elevator erzielt mit 285 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von umgerechnet etwa 48 Mill. DM. Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) hatte Thyssen-Aufzüge einen Gruppenumsatz von 681,7 (695,6) Mill. DM erreicht, inwieweit aber schon eine überprozentige Beteiligung in der Schweiz und eine Aufzugs- und Fahrtreppen-Firma in Spanien erworben. Von den über 6900 Mitarbeitern der Thyssen-Aufzugsgruppe ist über die Hälfte im Ausland tätig.

Forschungslabor eröffnet

Paderborn (dpa) - Zur Förderung von Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich der Computer-Hersteller Nix-

dorf zu einem weiteren Engagement an der Universität Paderborn entschlossen. Anlässlich der Eröffnung des gemeinsamen vom Land Nordrhein-Westfalen und der Nixdorf AG gegründeten elektronischen Forschungs- und Entwicklungslabors Cadlab in der Universität Paderborn gab Firmenchef Heinz Nixdorf die „Garantie“, weitere 50 Mill. DM beizustellen. Er knüpfte daran die Bedingung, daß das Land die zweckgebunden mit acht Prozent verzinst. Aus den Zinsen sollen nach den Vorstellungen von Nixdorf Stellen am Lehrstuhl für Informatik finanziert werden.

Mehrheit verkauft

Berlin (VWD) - Die bundeseigene Saarbergwerke AG, Saarbrücken, hat ihre bisherige Mehrheit an der Berliner R. Stock AG zum Jahresende 1985 veräußert. Bisher hielt das Unternehmen über 89 Prozent des Kapitals von sechs Mill. DM des traditionsreichen Werkzeugmaschinen-Herstellers. Erwerber der Anteile ist nach Angaben von Stock ein nicht näher definiertes Finanzkonsortium. Die Zusammensetzung dieses Gremiums läßt sich nur aus der im Bundesanzeiger veröffentlichten Einladung zu einer außerordentlichen Hauptversammlung am 20. März vermuten. Daran sollen neben einem Vertreter der Saarbergwerke Repräsentanten der Deutschen Bank (Niederlassung Stuttgart), der Commerzbank (Niederlassung Bielefeld) und der Leiter des Werkes Berlin-Mariefelde von Daimler-Benz, Hans-Peter Kelbach, in den Aufsichtsrat berufen werden. Der bisherige Vorstandssprecher Hans Weise ist aus dem Unternehmen ausgeschlossen.

GIESSEREIEN

Gute Konjunktur bringt Rückenwind

J.G. Düsseldorf
Weiteren Aufschwung nach bis 1983 vierjähriger Flaute melden die deutschen Eisen-, Stahl- und Tempergießereien nicht nur für 1985 mit einem abwärts bis 3,3 Prozent Produktionswachstum auf 3,5 Mill. t. Die stark mittelständisch geprägte Branche (480 Betriebe mit 78 000 Beschäftigten) rechnet „mit konjunkturellem Rückenwind“ auch für 1986 mit weiterem Produktionswachstum. Im „natürlichen Wettbewerb“ mit anderen Verfahren der Werkstoff-Technik habe der Guß seine Chancen der Umformtechnik bewiesen.

Der Deutsche Gießereiverband, Düsseldorf, wertet bei diesen Ausblicken den 1985er Tonnenanstieg besonders hoch, weil sich der Trend zu leichteren Gußteilen fortsetze. Das erschleße den Gußprodukten auch neue Anwendungsgebiete (z. B. in der Luft- und Raumfahrt). Stütze des Mangenswachstums waren auch 1985 der Fahrzeug- und Maschinenbau, die inzwischen 70 Prozent aller Gußprodukte abnehmen. Deren Konjunkturaufschwung hat für die Gießereien auch 1985 die strukturellen Abschwüngen in Bauwirtschaft und Stahlindustrie (rückläufige Kokillennachfrage wegen Strangguß-Vormarsch) überkompensiert.

Zwischen marktstarken Vormateriallieferanten (Schrott, Koks, Strom) und Großabnehmern ihrer Produkte, so betont der Verband, falle den Gießereien trotz Aufschwung die Selbstbehauptung immer noch nicht leicht. Der für 1986 erwartete Kostenschub werde aus Umwelt-Anlagen „überdurchschnittlich“ sein.

AACHENER RÜCK / Technische Verluste weiter hoch - „Angemessene“ Dividende

Die Marktlage hat sich leicht entspannt

Fy. Düsseldorf

Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) ebenso unter den Folgen eines durch scharfen Wettbewerb im direkten Geschäft gedrückten Ratensumsatzes als gleichzeitig erhöhten Schadensaufwand gelitten wie andere Rückversicherer.

Wenn auch der Geschäftsbericht über das laufende Jahr 1985/86 von einer leichten Entspannung der Situation infolge Verknappung der Kapazitäten, Zurückhaltung bei der Zeichnung von Risiken und der Einstellung des Geschäfts durch Erstversicherer spricht, wird sich eine Besserung auf die direkten Versicherungsmärkte erst mit einiger zeitlicher Verzögerung einstellen.

Naturkatastrophen im Ausland und ein Anstieg der Großschäden im

deutschen Feuergeschäft „lassen kalte spürbare Verbesserung des Versicherungstechnischen Ergebnisses zu“. Gleichwohl erwartet der Vorstand für 1985/86 aufgrund der günstigen Ergebnisse im allgemeinen Geschäft, wieder eine angemessene Dividende. Sie betrug für 1984/85 aus 7,2 (6,1) Mill. DM Jahresüberschuss nach 3,6 (2,8) Mill. DM Rücklagenabfertigung 3 DM. Das Ergebnis je Aktie wird mit 18,44 (16,40) DM angegeben.

Im letzten Geschäftsjahr erhöhte sich das Brutto-Beitragsvolumen um 5,1 (3,8) Prozent auf 637 Mill. DM. Der Selbstbehalt stieg auf 78,1 (65,5) Prozent. Dem Prämienaufkommen standen den Aufwendungen gegenüber, die 72 (69,5) Prozent der verdienten Prämie für eigene Rechnung ausmachten.

Das technische Ergebnis hat sich erneut erheblich verschlechtert: 41,4

(28) Mill. DM vor und 46 (27) Mill. DM Verlust nach Zuführung von 4,6 Mill. DM zur Schwankungsrückstellung sprechen eine deutliche Sprache, auch wenn das Nettoergebnis mit 11,5 Mill. DM „aufgrund rechnerischer Umstellung“ zusätzlich belastet war. Periodisch vergleichbar hätte sich das Ergebnis vor Schwankungsrückstellung de facto um 1,9 Mill. DM verschlechtert.

Das negative Resultat stammte vor allem aus der Kfz-, der Transport- und der Feuerversicherung. Den Schadenrückstellungen wurden 10 Mill. DM aus dem Ergebnis der Kapitalerträge zugeführt. Das Eigenkapital der Aachener Rück beträgt 15,3 (17) Prozent, die versicherungstechnischen Rückstellungen machen 164 (162) Prozent der Beiträge für eigene Rechnung aus.

GROSSBRITANNIEN / Die ethnischen Minderheiten werden häufig diskriminiert

Probleme mit ungelerten Ausländern

WILHELM FÜRBER, London
Führende Beamte im Londoner Arbeitsministerium versuchen seit einigen Wochen im Auftrag von Regierungschef Thatcher, die Unternehmen zur Beschäftigung von mehr farbigen Mitarbeitern zu bewegen. Denn bewußt oder unbewußt wird von der britischen Wirtschaft bei der Auswahl der Beschäftigten immer noch eine farbige Diskriminierung erheblichen Ausmaßes betrieben. Schätzungen des Ministeriums und der britischen Kommission für Rassengleichheit zufolge wären bis zu 100 000 farbige Jugendliche mit afrikanischer, afrikanischer oder asiatischer Abstammung weniger arbeitslos, wenn sie weißer Abstammung wären.

Gerade in den traditionellen Bereichen der verarbeitenden Industrie, wo Arbeitsplätze besonders knapp geworden sind, ist eine Rassendiskriminierung sowohl durch weiße Mitarbeiter als auch durch Gewerkschaftsvertreter nicht zu übersehen. Die Gewerkschaftsführungen selbst verwahren sich allerdings ausdrücklich gegen jede Art von Rassenvorurteil und gegen Behauptungen, Farbige würden den weißen Mitarbeitern Arbeitsplätze streitig machen oder seien für die hohe Arbeitslosenquote von 14 Prozent verantwortlich.

Farbige sind selten in Gewerkschaften

Während gut ausgebildete Facharbeiter, Techniker und gutes mittleres Management in der britischen Wirtschaft ausgesprochen gesucht sind, ist das Überangebot an ungelerten Kräften riesig. Dies gilt für farbige Arbeitskräfte insbesondere, obwohl von der Regierung in den letzten Jahren Anstrengungen für eine Verbesserung des Lehr- und Ausbildungssystems unternommen wurden, die sich sehr häufig weigern, Gewerkschaften beizutreten. Damit sind sie meist die ersten, die schutzlos ihren Arbeitsplatz verlieren oder die bei der Ar-

bbeitsplatzsuche abgedrängt werden. Es gibt allerdings auch Farbige, die erfolgreich ihren Weg gehen. Dazu zählt in erster Linie die Gruppe der Inder und Pakistani, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder sich im Einzelhandel eine eigene Existenz gegründet haben.

In etlichen Gegenden der großen Städte gibt es kaum noch ein Lebensmittel-, Tabak- oder Zeitungsgeschäft, das nicht von Pakistani oder Inder geführt wäre. Gleiches gilt für die kleinen Postämter, in denen nebenbei noch Gemischtwarenläden gehalten werden.

Dennoch: Die Probleme mit den ethnischen Minderheiten bestehen: vielfältiger als in anderen europäischen Ländern. Dies ist eng verbunden mit der britischen Kolonialzeit. Bis 1971 gab es praktisch keine Beschränkungen für Bewohner der Commonwealth-Länder und anderer ehemaliger Kolonialgebiete, nach Großbritannien zu kommen und hier zu leben. Die meisten der in den Commonwealth-Ländern geborenen Bewohner des Vereinigten Königreiches besitzen deshalb die britische Staatsbürgerschaft. Dem schob das Einwanderungsgesetz von 1971 einen Riegel vor, der mit dem Staatsbürgerschaftsgesetz von 1981 noch erheblich verstärkt wurde.

Jüngsten Statistiken zufolge haben von den rund drei Millionen in Großbritannien lebenden, aber nicht da geborenen Personen mehr als 1,5 Millionen die britische Staatsbürgerschaft. Damit dürften im Vereinigten Königreich gegenwärtig nur etwa 1,5 Millionen echte Ausländer leben. Das sind nicht einmal drei Prozent der britischen Bevölkerung, die auf rund 65 Millionen beziffert wird.

Ganz anders sieht das Bild aber aus, wenn nach der Herkunft unterschieden wird. So sind immerhin 1,4 Millionen Einwohner in Regionen des Neuen Commonwealth geboren, also im wesentlichen Indien, Pakistan, Karibik, Afrika, Fernost, während nur 125 000 Personen, zu 96 Prozent weißer Hautfarbe, aus dem Alten Commonwealth (Kanada, Australien,

Neuseeland) stammen. 870 000 sind in Ländern der Europäischen Gemeinschaft geboren (darunter 544 000 Iren), 229 000 im restlichen Europa, ausgenommen der Sowjetunion. Mit 400 000 wird die Zahl der im Rest der Welt Geborenen angegeben, davon 112 000 in den USA, 75 000 in Nahost und 59 000 in Südafrika.

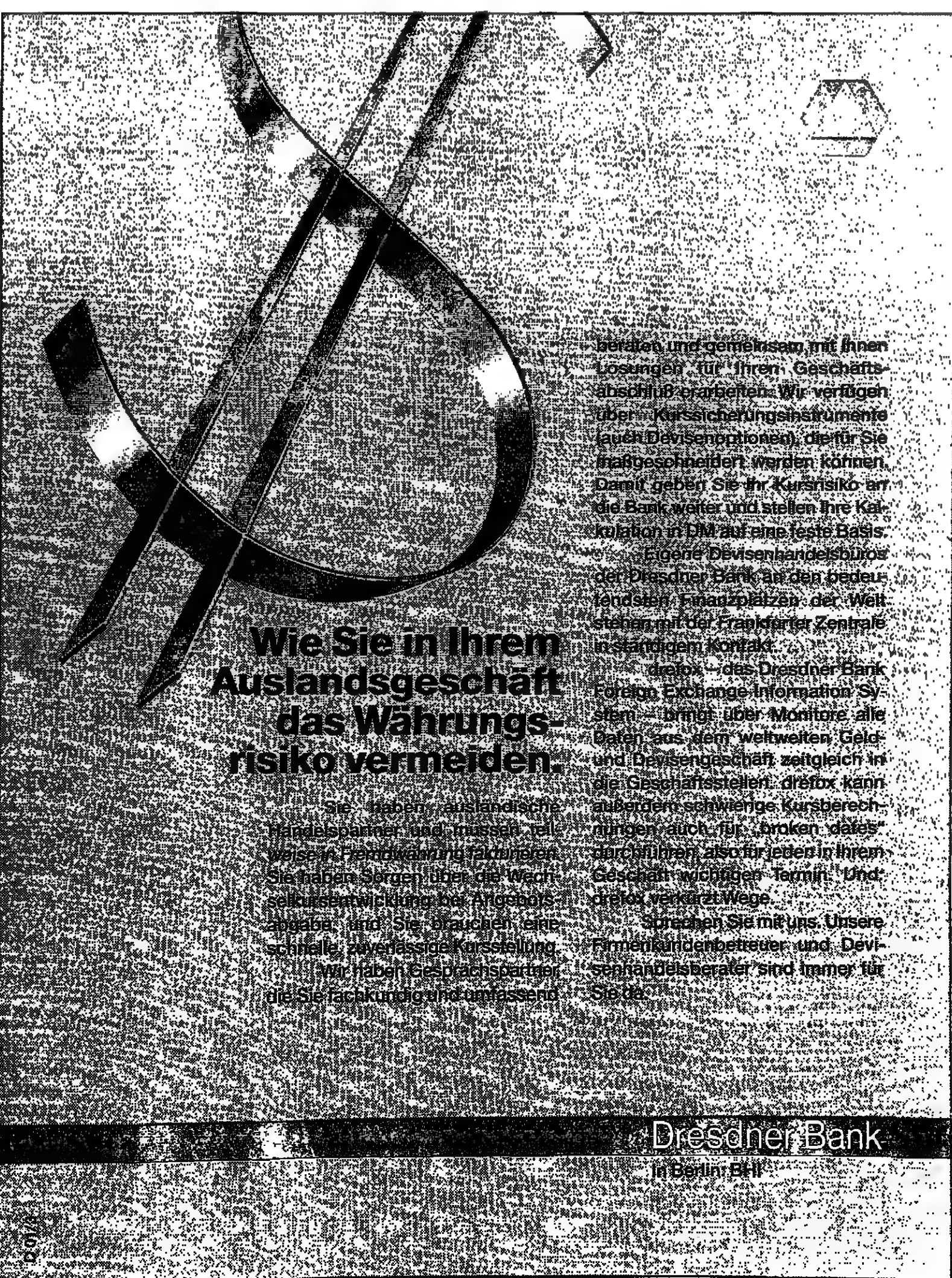
Auf die Frage nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit ordnen sich neben den knapp 51 Millionen „Weißen“ 807 000 Einwohner als Inder, 529 000 als „Westindier“ (Karibik und Guyana), 371 000 als Pakistani, 109 000 als Afrikaner, ebenso viele als Chinesen, 93 000 als Bangladeschi und 63 000 als Araber ein. 205 000 geben an, gemischter ethnischer Zugehörigkeit zu sein und 75 000 einer anderen als der angeführten nicht-weißen Gruppen anzugehören.

Über sechzig Prozent der Ausländer sind unter 30

Während der Anteil der Altersgruppe bis zu 30 Jahren an der weißen Bevölkerung 42 Prozent beträgt, liegt er in der indischen sowie in der karibischen Gruppe bei immerhin 60 Prozent, in der afrikanischen bei 63 und in der pakistanischen gar bei 70 Prozent. Dies erklärt zusätzlich den extrem hohen Anteil arbeitsloser farbiger Jugendlichen.

Die überprozentige Mehrheit der Ausländer sowie der farbigen Bevölkerung lebt in den Metropolen London, Manchester, Birmingham oder Liverpool. Während etwa in Groß-London nur elf Prozent der weißen Bevölkerung Großbritanniens lebt, lautet die Vergleichszahl für die farbige Bevölkerung 42 Prozent. London ist auch der Platz, wo immer wieder illegale Einwanderungen versucht werden. Doch diese Versuche haben die Behörden mit ihren sehr strikten Kontrollen und der extrem spärlichen Vergabe von Aufenthaltsgenehmigungen voll im Griff.

(In loser Folge beschreibt die WELT die Ausländer-Probleme in anderen EG-Ländern)



Wie Sie in Ihrem Auslandsgeschäft das Währungsrisiko vermeiden.

Sie haben ausländische Handelspartner und müssen regelmäßig Fremdwährungen fakturieren. Sie haben Sorgen über die Wechselkursentwicklung bei Angebotsänderung und Sie brauchen eine schnelle, zuverlässige Preisstellung. Wir haben Dresdnerpartner, die Sie fachkundig und umfassend beraten und gemeinsam mit Ihnen Lösungen für Ihren Geschäftsabschluß erarbeiten. Wir verfügen über Kursesicherungsinstrumente (auch Devisenoptionen), die für Sie maßgeschneidert werden können. Damit geben Sie Ihr Kursrisiko an die Bank weiter und stellen Ihre Kapitalbindung in DM auf eine feste Basis.

Eigene Devisenhandelsbüros der Dresdner Bank an den bedeutendsten Finanzplätzen der Welt stehen mit der Frankfurter Zentrale in ständigem Kontakt.

drefox, das Dresdner Bank Foreign Exchange Information System, bringt über Monitore alle Daten aus dem weltweiten Geld- und Devisengeschäft zeitgleich in die Geschäftsstellen. drefox kann außerdem schwierige Kursberechnungen auch für broken deals durchführen, also für Leben in Ihrem Geschäft wichtigen Termin. Und drefox zeigt auch Wege.

Sprechen Sie mit uns. Unsere Firmenkundenbetreuer und Devisenhandelsberater sind immer für Sie da.

Dresdner Bank
in Berlin, BHI

Information für Siemens-Aktionäre

Siemens steigert Investitionen um 85 Prozent

Der Umsatz ist im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres, also in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1985, im Inland deutlich schneller gewachsen als im Ausland. Die Zahl der Mitarbeiter konnte

noch einmal leicht erhöht werden. Siemens hat die bereits im Vorjahr stark erhöhten Investitionen noch einmal verstärkt und das Ergebnis verbessert.

Auftragseingang

Der Auftragseingang blieb mit 12,7 Mrd. DM zwar insgesamt um 3 % unter der Vergleichszahl des Vorjahres zurück, ohne das Kraftwerksgeschäft gingen aber 2 % mehr Bestellungen ein. Die Kraftwerksaufträge im Vorjahr wirkten sich vor allem im Inlandgeschäft aus; ohne Kraftwerksgeschäft ist der Auftragseingang im Inland um rund 10 % gewachsen. Im Auslandgeschäft konnte der Auftragseingang mit 7 (i. V. 7,1) Mrd. DM gehalten werden. Während der Bereich Bau-

elemente angesichts der weltweiten Depression auf seinen Märkten einen Rückgang der Bestellungen hinnehmen mußte, erzielte der Unternehmensbereich Energie- und Automatisierungstechnik eine zweistellige Zuwachsrate.

| In Mrd. DM | vom 1.10.84 bis 31.12.84 | vom 1.10.85 bis 31.12.85 | Veränderung |
|-----------------|--------------------------|--------------------------|-------------|
| Auftragseingang | 13,2 | 12,7 | - 3% |
| Inlandgeschäft | 6,1 | 5,7 | - 6% |
| Auslandgeschäft | 7,1 | 7,0 | - 1% |

Umsatz

Auch beim Umsatz kommt der Zuwachs vor allem aus dem Inland. Weltweit stieg der Umsatz um 9 % auf 10,8 Mrd. DM. Im Inlandgeschäft setzte Siemens mit 5,3 Mrd. DM sogar 15 % mehr um. Im Auslandgeschäft lag der Umsatz mit 5,5 Mrd. DM um 3 % über dem Vorjahreswert. Der Bauelemente-Umsatz ist um 8 % zurückgegangen; dagegen wurden in der Kommunikations- und Daten-

technik sowie in der Medizinischen Technik zweistellige Zuwachsraten erzielt.

| In Mrd. DM | vom 1.10.84 bis 31.12.84 | vom 1.10.85 bis 31.12.85 | Veränderung |
|-----------------|--------------------------|--------------------------|-------------|
| Umsatz | 10,0 | 10,8 | + 9% |
| Inlandgeschäft | 4,7 | 5,3 | + 15% |
| Auslandgeschäft | 5,3 | 5,5 | + 3% |

Auftragsbestand

Mit 55,8 Mrd. DM war der Auftragsbestand um 3 % größer als zu Beginn des Geschäftsjahres; die Vorräte erreichten 19,1 (i. V. 17,8) Mrd. DM.

| In Mrd. DM | 30.9.85 | 31.12.85 | Veränderung |
|-----------------|---------|----------|-------------|
| Auftragsbestand | 54,0 | 55,8 | + 3% |
| Vorräte | 17,8 | 19,1 | + 8% |

Mitarbeiter

Nachdem schon im letzten Geschäftsjahr 20 000 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, hat Siemens im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres die Zahl der Mitarbeiter noch einmal um 1 % auf 350 000 erhöht. Im Inland werden unverändert 240 000 Mitarbeiter beschäftigt, da zusätzlich im ersten Quartal 2 000 weitere Arbeitsplätze besetzt wurden, gleichzeitig aber 2 000 Werkstudenten stichtagsbedingt ihre Tätigkeit beendeten. Im Ausland stieg die Zahl der Mitarbeiter auf 110 000; 1000 Mitarbeiter wurden zusätzlich eingestellt und weitere 1000 mit neuen Betätigungen vor allem in den USA übernommen. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl lag mit 350 000

um 6 % über dem ersten Quartal des Vorjahres; der Personalaufwand erhöhte sich um 10 % auf 5,1 Mrd. DM.

| In Tsd. | 30.9.85 | 31.12.85 | Veränderung |
|-------------|---------|----------|-------------|
| Mitarbeiter | 348 | 350 | + 1% |
| Im Inland | 240 | 240 | + 1% |
| Im Ausland | 108 | 110 | + 2% |

| | vom 1.10.84 bis 31.12.84 | vom 1.10.85 bis 31.12.85 | Veränderung |
|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------|
| Mitarbeiter im Durchschnitt in Tsd. | 330 | 350 | + 6% |
| Personalaufwand in Mrd. DM | 4,6 | 5,1 | + 10% |

* Prozentangaben wegen stichtagsbedingten Ausscheidens von Werkstudenten vergleichbar gerechnet.

Investitionen Gewinn

Siemens hat die Investitionen erneut kräftig gesteigert: im ersten Quartal wurden mit 998 Mio. DM 85 % mehr als im Vorjahr investiert. Der Schwerpunkt lag bei den Sachanlageinvestitionen im Inland. Insgesamt sollen im laufenden Geschäftsjahr etwa 6 Mrd. DM investiert werden. Mit 298 (i. V. 242) Mio. DM Gewinn nach Steuern erzielte Siemens eine Umsatzrendite

von 2,8 (i. V. 2,4) % wie im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr.

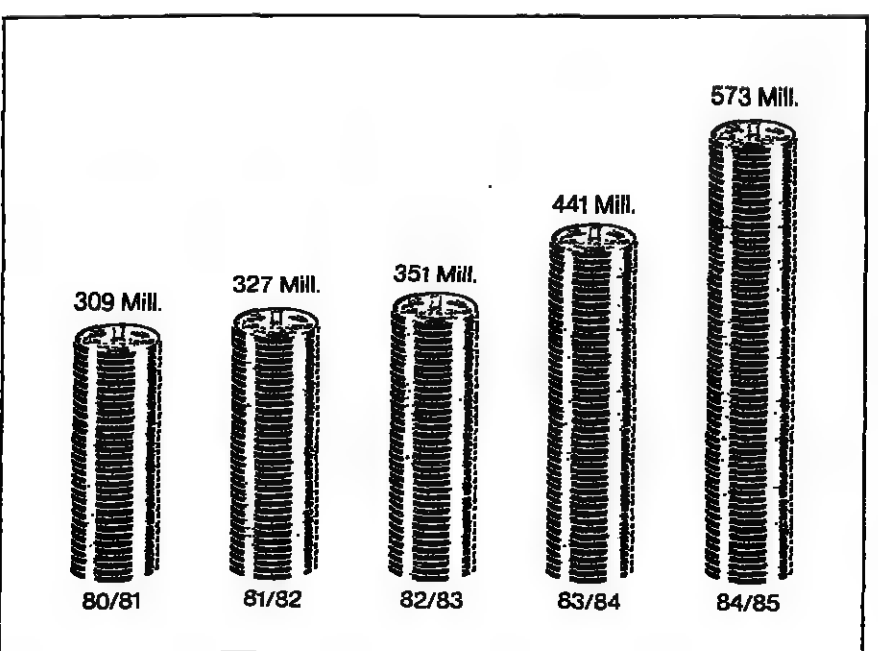
| In Mio. DM | vom 1.10.84 bis 31.12.84 | vom 1.10.85 bis 31.12.85 | Veränderung |
|---------------------|--------------------------|--------------------------|-------------|
| Investitionen | 940 | 998 | + 85% |
| Gewinn nach Steuern | 242 | 298 | + 23% |
| in % vom Umsatz | 2,4 | 2,8 | |

Höchste Ausschüttung

Mit 573 Mio. DM zahlt Siemens die größte Dividendensumme, die bisher in Deutschland von einem Unternehmen an seine Aktionäre ausgeschüttet wurde. Die über 400 000 Siemens-Aktionäre, darunter mehr als 140 000 Mitarbeiter des Unternehmens, bekommen damit 30 % mehr an Dividenden als im Vorjahr und fast doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Aus Dividenden-erhöhungen und Kurssteigerungen läßt sich für die Kapitalanlage in Siemens-Aktien in den letzten fünf Jahren - bei Wiederaufnahme aller Erträge - eine Durchschnittsrendite von 23 % jährlich errechnen.

Bildschirmtext: Siemens bietet unter der Seitennummer *3200012* aktuelle Informationen für Aktionäre und Geldanleger.

Siemens AG



VTG / Verbesserte Erträge bei Kesselwagen, Tanklager und im Reederei-Geschäft

Von der Chemiekonjunktur profitiert

JAN BRECH, Hamburg

Die VTG, Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, die einschließlich ihrer Beteiligungsgesellschaften innerhalb der Preussag AG den Unternehmensbereich Verkehr darstellt, hat nach Angaben von Horst Mathies, Vorsitzender der Geschäftsführung, ein deutlich besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt. Das betrifft alle drei Geschäftsbereiche Kesselwagen, Tanklager und Reederei. Eine Wiederholung des Ergebnisses in diesem Jahr hält Mathies allerdings für nicht möglich. Vor allem bei der Reederei ist ein Rückgang aufgrund geringerer außerordentlicher Erträge zu erwarten.

Der positive Geschäftverlauf im Berichtsjahr schlägt sich in einer Umsatzausweitung um 7,1 Prozent auf 717 Mill. DM nieder. Die VTG, die Verkehr- und Dienstleistungen vorwiegend für die Mineralöl- und chemische Industrie anbietet, profitierte dabei von der anhaltenden Aufwärtsbewegung in der Chemie und dem Absatzanstieg von Mineralölprodukten. Im Bereich Kesselwagen erhöhte sich der Umsatz bei guter Auslastung des Wagenparks um neun Prozent auf 254 Mill. DM. Auch die der Kesselwagen-Sparte zugeordnete Binnenschifffahrt war wesentlich besser be-

schäftigt und erreichte nach Angaben von Mathies ein gutes Ergebnis.

Im Geschäftsbereich Tanklager, in dem der Umsatz um 1,7 Prozent auf 60 Mill. DM ausgeweitet wurde, stiegen die Umschlagsleistungen aufgrund des gestiegenen Mineralölpreises und der aktiveren Verkaufspolitik der Raffineriegesellschaften merklich an. Die Inlandskapazitäten waren nahezu über das ganze Jahr voll ausgelastet. Entsprechendes gilt für die Comos-Tank B. V. Amsterdam und die VTG-Paktank Hamburg GmbH.

Das Umschlagvolumen der VTG-Paktank dürfte in diesem Jahr wesentlich steigen. Nach Angaben von Mathies hat die VTG einen langfristigen Auftrag zum Umschlag, zur Lagerung und zum Transport von Rohöl aus den ostthannoverschen Feldern nach der Stilllegung der Raffinerie Milsburg erhalten. Das Volumen erreicht 500 000 Tonnen im Jahr. Dazu kommen 150 000 t aus dem Weser-Emsgebiet, die ebenfalls mit VTG-Kesselwagen zur Lagerung bei der VTG-Paktank herangeführt werden.

Das vom Geschäftsbereich Tanklager betreute Mobilbautengeschäft der französischen Tochtergesellschaft Algeco S. A., Paris, profitierte, wie Mathies erklärt, von der allgemeinen

Konjunkturbelebung in Frankreich. Die Auslastung der zur Verbringung angebotenen Mobilbauten war deutlich besser, ebenso wie der Verkauf von Mobil- und Industriebauten. Algeco steuerte zum Gesamtumsatz 120 Mill. DM (plus elf Prozent) bei.

Verbesserungen, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße, registriert Mathies schließlich für den Geschäftsbereich Reederei. Die Flotte der 84 Versorgungsschiffe führte mit 273 Mill. DM fünf Prozent mehr Umsatz ein. Das Betriebsergebnis blieb allerdings rot. Nur außerordentliche Erträge verhalfen der VTG in dieser Sparte zu einem insgesamt positiven Ergebnis. Der Markt, so Mathies, ist unter einem Überangebot von rund 25 Prozent. Vor diesem Hintergrund hält er es für einen Erfolg, daß die VTG-Flotte dank erheblicher Anstrengungen bei der Modernisierung und der Verbesserung des Services mit 83 Prozent wesentlich besser als der Durchschnitt der Branche ausgelastet war.

Zur Investitionspolitik erklärt Mathies, daß die VTG, die bereits 1985 mit 102 Mill. DM 20 Prozent mehr investiert hatte, das hohe Niveau halten werde. Mit dem Schwerpunkt im Bereich Kesselwagen sind 1986 rund 110 Mill. DM vorgesehen.

KREISSPARKASSE KÖLN / Geringere Zinsspanne

Neugliederung belastet weiter

HARALD POSNY, Köln

„Diesen wirtschaftlichen Blödsinn werden wir noch Jahre spüren“, empörte sich einmal mehr Hans-Joachim Möhle, der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Köln, einem der ganz großen Institute in der Bundesrepublik. Gemeint ist die kommunale Neugliederung des Jahres 1977, die heute noch und wohl auch für einige weitere Jahre das Ergebnis dieses Instituts beeinflusst. Die Kreissparkasse mußte seinerzeit 28 Zweigstellen mit rund 1,4 Mrd. DM Einlagen abgeben, die Zuwächse durch den Beitritt der Kreissparkasse Waldbröl mit knapp 400 Mill. DM, auch die noch umstrittenen 250 Mill. DM Einlage der Sparkasse Euskirchen reichten bei weitem nicht aus, die Refinanzierung von Krediten rentabel zu gestalten.

So schnell wie möglich will Möhle von den Refinanzierungshilfen der Sparkassen Köln und der Westdeutschen Landesbank loskommen. Bis auf gut 300 (von 730) Mill. DM ist schon alles zurückgezahlt.

So wie das Ergebnis der Kreissparkasse gelitten hat, ist es nach Darstel-

lung Möhles bei der durch Übernahme gewachsenen Sparkasse Köln nicht in demselben Maße besser geworden. Für Möhle ist das Betriebsergebnis dennoch zufriedenstellend, wenn auch die Zinsspanne von 3,21 auf 3,14 Prozent fiel, eine Folge von Zinssenkungen namentlich im Hypotheken- und Kommunalanlagengeschäft. Rentabilität hat jedoch auch die verstärkte Forcierung des S-Vermögenssparens (4,5 Prozent Zinsen) gekostet.

Insgesamt flossen der Kreissparkasse 248 Mill. DM neues Sparkapital zu, gut 150 Mill. DM weniger als 1984. Im Gegensatz zu den hauseigenen Wertpapieren lag das Kontensparen mit 285 (203) Mill. DM über dem Vorjahr. Der Bilanzgewinn wird wie 1984 auch 1985 bei 15 Mill. DM liegen.

Die Bilanzsumme der Sparkasse wuchs um 4,4 (8) Prozent auf rund 9,9 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen erreichte 10,2 Mrd. DM. Die Kundeneinlagen stiegen um 6,3 (9,4) Prozent auf 8,3 Mrd. DM, das Kreditvolumen ging infolge hoher Tilgungsrückflüsse um 2,9 Prozent auf 5,9 Mrd. DM zurück.

HOLSTEIN & KAPPERT / Umsatzrückgang im Inland

Auslandsgeschäft bekommt noch stärkere Bedeutung

dos, São Paulo

Die mehrheitlich zur Rönckner-Werke AG gehörende Holstein und Kappert GmbH (H & K), Dortmund, Hersteller von Maschinen und Anlagen für die Getränkeindustrie, wird sich stärker noch als bisher auf das Auslandsgeschäft konzentrieren. Sprecher des Unternehmens wiesen bei einem Besuch der brasilianischen Tochtergesellschaften auf die veränderten Marktbedingungen dieses Sektors hin. Ausdruck dafür seien die Umsatzzahlen von H & K im Geschäftsjahr 1984/85 (30.9.).

Der konsolidierte Weltumsatz blieb im Berichtsjahr mit 418 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Einem Rückgang im Inland um 21,6 Prozent auf 94 (120) Mill. DM standen dabei gleich hohe Zuwachsraten vor allem in Asien und in

Amerika gegenüber. Diese Entwicklung werde wegen der Sättigungstendenzen in der deutschen Getränkeindustrie anhalten.

Holstein und Kappert arbeite deshalb gezielt an einer Verstärkung des Auslandsgeschäfts, wobei der Softdrinkbereich im Vordergrund stehe. Darüberhinaus sei H & K bestrebt, komplette Anlagen für die Herstellung, das Abfüllen und Verpacken von Bier und Softdrinks zu liefern.

Überaus erfolgreich arbeiten die beiden H & K-Betriebe in Brasilien, Holstein und Kappert SA Industria de Maquinas in São Paulo und Metalurgica Liess SA in Porto Alegre. Selbst in den schwierigen Jahren bis Mitte 1985 wurden positive Ergebnisse erwirtschaftet. Für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem Umsatz von rund 80 Mill. DM gerechnet.

Gehe hat 1985 besser verdient

nd, Stuttgart

Die Gehe AG, Stuttgart, eines der führenden Pharma-Großhandelsunternehmen in der Bundesrepublik, hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 1985, zugleich dem 150. Jahr ihres Bestehens, den Umsatz auf über 14 Prozent auf 1,97 Mrd. DM gesteigert. Wie es in einer Mitteilung der Verwaltung weiter heißt, habe zu diesem Umsatzwachstum der Pharma-Großhandel mit etwa 5,5 Prozent beigetragen. Jeweils 4,3 Prozent des Zuwachses entfielen darüber hinaus auf die im vergangenen Jahr erworbenen Unternehmen Haniel, Interhandel GmbH, Berlin und Kaiser & Kraft GmbH, Gerlingen bei Stuttgart.

Auch zu dem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Jahresergebnis haben die Töchter den Angaben zufolge einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der Vorstand der Gehe AG gebe davon aus, daß für 1985 eine Dividende von 8 DM (nach 5 DM in 1984) ausgeschüttet werde. Hauptaktionär bei Gehe (40,5 Millionen DM Grundkapital) ist mit gut 75 Prozent die Franz Haniel & Cie. GmbH, Duisburg-Ruhrort.

Holzmann beteiligt sich an Scheu + Wirth

sch, Frankfurt

Als eine Verbreiterung der Basis des eigenen Unternehmens sieht die Philipp Holzmann AG, Frankfurt, den Erwerb einer 25prozentigen Beteiligung an der Scheu + Wirth AG, Regensburg. Holzmann übernimmt Stammaktien vom Hauptaktionär Herbert Wirth: 3,5 Mill. DM Vorzugsaktien (von 10 Mill. DM Grundkapital) waren im November 1984 breit platziert worden, die Aktie notierte am 11. Februar in München mit 395 DM.

Scheu + Wirth ist spezialisiert auf Anlagen- und Gebäudetechnik und besonders stark auf dem Gebiet der Energieeinsparung und des Einsatzes von computergestützten Energiesystemen. Mit Niederlassungen in neun Städten und rund 700 Mitarbeitern erzielte Scheu + Wirth im vergangenen Jahr rund 100 Mill. DM Umsatz. Auch nach der Beteiligung, die noch vom Kartellamt genehmigt werden muß, soll die Selbständigkeit des Unternehmens erhalten bleiben.

CONSTRUCTA / Einzelne Bau-Sparten für 1986 mit optimistischeren Perspektiven

Fertighaushersteller erwarten Auftragsplus

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die wirtschaftliche Situation in den verschiedenen Sparten der Bauwirtschaft wird von den Verbänden zwar weitgehend skeptisch beurteilt; dennoch sind in den einzelnen Bereichen doch recht unterschiedliche Entwicklungen sichtbar. Zu den Branchen, die sich von dem negativen Trend im Wohnungsbau nur bedingt betroffen fühlen, zählen die Fertighaus-Hersteller. Sprecher des Verbands Montagebau und Fertighäuser äußerten auf der Bau-Fachmesse Constructa in Hannover die Erwartung, daß die Auftragseingänge 1986 wieder steigen werden. Der neuerlich erwartete Rückgang im gesamten Wohnungsbau treffe vor allem die Mehrfamilienhäuser.

Umsatz-Rückgang

Die insgesamt 464 Fertighaus-Hersteller hatten in den ersten zehn Monaten 1985 - jüngere Zahlen sind noch nicht verfügbar - einen Umsatzrückgang auf 8,7 (i. V. 9,5) Mrd. DM hinnehmen müssen. Die Branche repräsentiere gut 20 Prozent der neugebauten Ein- und Zweifamilienhäuser, gemessen am Rauminhalt, und 12 Prozent nach der Stückzahl. Der Auftragsbestand liege bei 5,1 Monaten, die Auslastung bei 60 bis 70 Prozent. Beschäftigt werden derzeit 26 200

Mitarbeiter, gegenüber 28 000 vor Jahresfrist. Die Ertragslage wird als nicht befriedigend bezeichnet. Immerhin schreibe die Branche aber noch schwarze Zahlen.

Stahlbau zuversichtlich

Mit hohen Erwartungen geht der Stahlbau in das Jahr 1986. Hans-Jürgen Dankert, Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes, rechnet mit einem kräftigen Produktionswachstum. Impulse werden vor allem vom Wirtschaftshochbau, der rund 70 Prozent der Stahlbau-Produktion aufnimmt, erwartet. Die Branche profitiere zudem von der 1986 anstehenden Abwicklung von Aufträgen für Rauchgasentschwebungsanlagen.

Im Jahre 1985 allerdings mußte auch der Stahlbau einen Produktionsrückgang um 4,7 Prozent auf 0,98 (1,03) Mill. Tonnen hinnehmen. Der Umsatz der 954 (986) Unternehmen verbesserte sich geringfügig auf 8,73 (8,88) Mrd. DM. Die Exportquote stieg leicht auf 13,7 (13,4) Prozent. Die Mitte 1985 einsetzende stärkere Nachfrage führte im Jahresdurchschnitt zu einer auf 76,1 (67,6) Prozent verbesserten Kapazitätsauslastung. Ende Dezember hatten die Auftragsbestände eine Reichweite von 4,4 Monaten. Heftige Kritik äußert der Verband an den zwischen der EG und den

USA vereinbarten Beschränkungsabkommen. Der „wirtschaftliche Unisinn“ dieser Maßnahme zeige sich bei der Betrachtung des Volumens. Bei einer EG-Quote von 18 000 Tonnen Stahlbauteile pro Jahr entfielen auf die Bundesrepublik ein Anteil von 2000 Tonnen. Demgegenüber betrage die gesamte Stahlausfuhr der EG in die USA 1986 rund 4,2 Mill. Tonnen.

Erst 1987 wird die Bauwirtschaft die Talsohle durchschritten haben. Wie der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, erklärte, sind Spekulationen um eine frühere Besserung der Situation verfehlt. Das Jahr 1986 werde erneut im Zeichen von Kapazitätsanpassungen, weiteren Entlassungen und einem neuen Rekord bei der Zahl der Insolvenzen stehen.

Schlechte Ertragslage

Die Ertragslage der Unternehmen ist nach den Worten Herions katastrophal. Der Eigenkapitalanteil liegt hier zwischen 3 und 3,5 Prozent. Eine Besserung der Ertragslage sei nicht in Sicht. In diesem Zusammenhang bemängelte Herion die Sozialplan-Gesetzgebung, die im Ernstfall eine stille Liquidation der Firmen verbinde und den Gang zum Konkursrichter geradezu verlange.

Handwritten note: JP 11.10.85

Renten gut behauptet

Das Geschäft auf dem Rentenmarkt blieb zwar schleppend, konnte aber zu leicht steigenden Notierungen abgewickelt werden. Öffentliche Anleihen lagen bis zu 0,15 Prozentpunkte höher als am Freitag. Die letzte 6-prozentige Bundesanleihe wird nunmehr um 0,15 Prozentpunkte über ihren Emissionspreis gehandelt. Daß das Klima für Optionsanleihen guter Ausreden nach wie vor ausgezeichnet ist, bewies die neue Optionsanleihe der Deutschen Bank. Der Ausgabepreis beträgt 120 Prozent, erste Kurse im außerbörslichen Handel lagen bei knapp 155 Prozent.

Industrieanleihen

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Bundespost

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Länder - Städte

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Optionscheine

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Währungsanleihen

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Wandelanleihen

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

Frankfurt

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

DM-Auslandsanleihen

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

| Währung | Währung | Währung | Währung | Währung | Währung |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |
| 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 | 100,00 |

John Neumeier,
Direktor und Choreograph des
Hamburger Balletts.

"GROSSE SPRÜNGE - UND LANGE NOCH NICHT AN DER DECKE"

Hamburg ist eine Stadt mit weltweiten Kontakten. Eine Herausforderung für jeden, der hier etwas unternehmen will, wirtschaftlich oder kulturell. Die Resonanz ist immer auch international. Und damit natürlich auch der Erfolg.

„Ein anregendes Klima für große Ideen“, sagt John Neumeier, der gemeinsam mit seiner „Compagnie“ Hamburg zum neuen Ballettdorado machte. Auf dieser Basis entsteht jetzt ein weiterer Beitrag zum „Hoch im Norden“: Das Hamburger Ballettzentrum! Dort sind unter einem Dach: die Compagnie, die Schule und ein Internat. Ein neues Zentrum für die internationale Kunst des Balletts.

Warum Hamburg? „Ich liebe ganz einfach diese Stadt und ihre allgegenwärtige Nähe zur See.“ Für John Neumeier. Wahlhamburger aus Milwaukee, ist Hamburg ein guter Platz für Pläne, die reif sind für Taten. Das Umfeld inspiriert. Der Rückenwind ist stark. Und das Leben hier ist angenehm.

— 3 Stipendien für —
das neue
Hamburger Ballettzentrum.

Der Verein der Freunde des Hamburger Ballettzentums stiftet 3 zusätzliche Stipendien für begabten Nachwuchs. Interessenten schreiben bitte an die Hamburg-Information GmbH, Postfach 10 27 23, D-2000 Hamburg 1. Suchwort „Ballettzentrum“ (Einsendeschluß 1.5.86.) Hilfen bei allen weiteren Fragen zu Ihren speziellen Hamburg-Plänen bekommen Sie unter derselben Adresse.

Hamburg

Mit leichten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kaffeenotierungen an New Yorker Comex. Schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt.

| | | | |
|---------------|-------|-------|--------------------------------------|
| Sept. | 89,60 | 89,50 | LENSAAT Rotterdam (S/A) - Konada Nr. |
| Nov. | 90,40 | 92,25 | ci |
| Ureaziz...902 | 1000 | | 243,00 |

| | | | |
|-------|------------------|-------|----|
| 18,00 | geschl. Umsatz | 12000 | 90 |
|-------|------------------|-------|----|

Rept. 149,10-149,00 148,90 6% Salina 97 100,575

Die Internationale Energi

Agentur trauert um ihren 1. Exekutivdirektor

**Familienanzeigen
und Nachrufe**

WERNER-HILPERT-STRASSE 2 3500 KASSEL POSTSCHECKKONTO FRANKFURT/M 4300-60 BLZ 50010060

Telex:
Hamburg
2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

1. *Chlorophyll a* (mg/g)

Vom Kopf in den Ramsch

sey. - Das „moderne Antiquariat“, dachte man bisher, ist ein Handel mit „alten“, aber noch ungebrauchten Büchern, die im normalen Buchhandel nicht abzusetzen waren („verramschten“ nennt das die Branche). Nun aber wird man eines Besseren belehrt, bietet doch das „moderne Antiquariat“ mit Anzeigen in der Tagespresse („Sie sparen über fünfzig Prozent bei unseren Sonderausgaben“) zur Zeit den Roman eines nobelpreisverdächtige deutschen Belletristen an, der erst in vier Wochen überhaupt zum ersten Mal an den Buchhandel ausgeliefert werden wird. Es findet hier also eine Veramschung noch vor Erscheinen des betreffenden Buches statt!

Und nicht genug damit. Der Anzeige ist bereits eine Rezension des noch gar nicht erschienenen Romans beigelegt, auf daß der potentielle Leser auch ja genau wisse, wie er demnächst den fraglichen Roman zu lesen und zu beurteilen habe. Dem potentiellen Leser kommen fast Tränen der Rührung vor so viel Fürsorge, die ihm das „moderne Antiquariat“ da angedeihen läßt.

Das „moderne Antiquariat“, so lernen wir, ist in Wirklichkeit ein Handel mit „aktuellen Neuerscheinungen“, und es ist darüber hinaus eine flüchtige Rezensionstanz im Dienste des Lesers von morgen und im Dienste eines „großen Romans von ungewöhnlicher Kraft, eines Prosawerks geradezu explosiver Phantasie, einer Unheilprophezie sikkularen Ausmaßes“ („Bestellen Sie jetzt“).

Damit jeder weiß, worum es bei alledem geht, ist dem Titel „Die Rätin“ auf der Anzeige auch noch die Zeichnung einer Ratte beigegeben, sozusagen mit freundlichen Grüßen für Analphabeten. Doch was soll's! Einen Roman, der bereits rezensiert und veramscht wird, bevor er überhaupt erschienen ist, braucht man ja nicht lesen zu können, um über ihn feinsinnig mitzureden. Das „moderne Antiquariat“ macht's möglich.

Ein Jahrtausend-Bauwerk ist vom akuten Verfall bedroht - Rom erregt sich über die anstehende Restaurierung des Kapitols

Die Last der Akten drückt auf die Fundamente

Das Kapitäl ist eingestürzt. Zum Glück wurde niemand verletzt! - „Wie ist das denn möglich?“ - „Es war gerade Kaffeepause.“

So kommentiert die Karikatur eines römischen Zeichners in einer Zeitung ein Thema, das die Ewige Stadt in Aufregung versetzt hat: Das Kapitäl, das Capitolium der alten Römer mit dem Staatsheiligtum des Jupiters, seit 800 Jahren ununterbrochen Sitz der Stadtverwaltung, droht, wenn nicht einzustürzen so doch sichtlich zu verfallen. Warum? Der Senatspalast, um den es zunächst geht, ist erst 1582 bis 1605 errichtet worden - für Rom ein relativ junges Datum. Aber ausgerechnet seine Wände stehen nicht mehr lotrecht, der Glockenturm in der Mitte neigt sich einen halben Meter zur Seite. Und vor allem senken sich die Fundamente.

Denn nicht die Renaissance-Konstruktion ist baufällig, sondern die antiken Baureste und Grundmauern, die zum Teil noch aus republikanischer Zeit, also aus der Zeit vor Christi Geburt (!), stammen. Die Tuffsteinmauern des Tabularium, die man vom Forum Romanum aus gut sieht, zerbröckeln. Eingriffe der letzten 150 Jahre haben den Verfall beschleunigt. Eine Erdausschüttung zum Forum hin hatte dem Tabularium (das einst das römische Staatsarchiv war) Halt gegeben. Die archaischen Grundmauern freigelegt wurden, ließen das prekäre Gleichgewicht der Bauteile ins Wanken geraten. Insgesamt ist auch das Gewicht des Senatspalastes zu groß für die Grundmauern aus altrömischer Zeit.

Außerdem gefährdet seit einigen Jahrzehnten ein früher nicht bekanntes Übel das Gestein: Smog und saurer Regen haben den Tuffstein so korrodiert, daß die vor einem Jahrhundert zum Halt angebrachten Eisenstangen inzwischen mehrere Zentimeter von der Mauer selbst entfernt sind.

Eine von Jahren nach der Entdeckung neuer Risse eiligst eingesetzte Expertenkommission der Gemeinde erklärte zwar, daß die Gefährdung des Gebäudes keine Neuigkeit sei (in



Die altrömische Basis ist morsch geworden: Blick auf das Kapitäl, vom Forum Romanum aus gesehen

FOTO: ZOLTAN NAGY

den sechziger Jahren gab es die ersten Alarmrufe, aber eine damals ebenfalls eingesetzte Kommission lieferte nur ein laihmes geologisches Gutachten über den tonhaltigen Untergrund, doch als 1979 nach einem schweren Erdbeben in Umbrien nördlich der Hauptstadt ein fünf Grad nach der Mercalli-Skala gemessen wurden und auf dem Forum die Säulen ins Wanken gerieten, wurde es ernst.

Gerade an den antiken Monumenten Roms gab es damals schwere Schäden. Das Parlament verabschiedete schließlich ein Gesetz zur Sanierung und Restaurierung. Das war 1981, das Gesetz war auf drei Jahre befristet und ist inzwischen ausgelaufen - und von den vielen Millionen

Mark, die damals zur Verfügung gestellt wurden, erhielt die Gemeinde Rom nicht eine Lira! Grund: Das am schwersten betroffene Kapitäl untersteht nicht dem Staat, sondern der Stadt. Ein neues Gesetz eigens für die Stadt war aber nicht eingeplant. Die nötigen Konsolidierungs- und Restaurierungsarbeiten am Kapitäl werden auf mindestens 7,5 Millionen Mark geschätzt.

Die Schäden, inzwischen von einer weiteren Kommission von Architekten, Statikern und Ingenieuren genau untersucht, breiten sich immer weiter aus. Zwar wurde die erste Alarmmeldung von einem demnächst drohenden Einsturz demontiert, zwar erklärte der christdemokratische Bürgermeister Roms, Nicola Signorelli, er

und der Stadtrat würden auf keinen Fall den angestammten Sitz der Stadtregierung verlassen, doch müssen schon in diesen Tagen erste Notmaßnahmen ergriffen werden. Sie sind von verblüffender Schlichtheit, doch möglicherweise wirksam. Man stellte nämlich fest, daß im zweiten Stock des Senatspalastes mit seinen Dutzenden von Büros ein enormes Gewicht in Gestalt von Akten, Möbeln und Beamten die Statik gefährdet. „Nachts geht es noch“, meinte ein Techniker. „Aber tagsüber, mit Hunderten von Menschen, die hier arbeiten und Besucher empfangen - das sind Dutzende von Tonnen. Das halten die Decken nicht aus.“

Lastwagen werden nun die Aktenberge abtransportiert - wohin, weiß noch niemand (vielleicht interessiert

das die Römer auch am wenigsten). Weithin unbekannt ist übrigens, daß auf dem Kapitolsberg, dem Herzen der Ewigen Stadt, nicht nur Spuren der Antike, großartige Museen (darunter das älteste der Welt, gegründet im 15. Jahrhundert) und eine von Michelangelo geschaffene Piazza zu finden sind, sondern wichtige Abteilungen der Verwaltung einer Drei-Millionen-Stadt: die Stadtkämmerei, die Rechtsabteilung, die Archive und die Personalverwaltung.

Es gibt ein Projekt, das vorsieht, den gesamten kapitolschen Baukomplex in ein Riesennuseum zu verwandeln. Dagegen wehrt sich - und wohl zu Recht - die Bevölkerung. Seit mehr als 2500 Jahren ist dieser Hügel Sitz von Verwaltung und Regierung, war religiöses und administratives Zentrum einer Metropole. Jeder weiß, daß die Umwandlung in ein Museum einen von Leben durchpulsten Ort in einen sterilen Winkel verwandeln würde, den zumindest Einheimische kaum noch aufsuchen würden.

Allgemein ist deshalb die Hoffnung, daß die anderen Bauten auf dem Kapitäl - wie die Palazzi rechts und links von der Piazza - nicht ähnlichen Gefahren wie der Senatspalast entgehen. Im rechten Gebäude befindet sich das römische Ständesamt, in dem jeden Tag ein Dutzend Trauungen stattfinden. Oft sind es Prominente, die sich hier ihr Jawort geben, wie vor kurzem der Schriftsteller Alberto Moravia und Carmen Llera, eine Spanierin, die 46 Jahre jünger ist als ihr neugebackener Gemahl.

Wenn Reis und Rosen und Mandeln, die bei solchem Anlaß hier geworfen und verteilt werden, keinen Platz mehr haben, könnte sich die Befürchtung eines alten Handwerkers bewahrheiten, der im nahegelegenen ehemaligen Getto, am Theater des Marcellus, seine Werkstatt hat. Er sagte vor einigen Jahren, als die Bronzestatue des Kaisers Mark Aurel zur Restaurierung von seinem Sockel auf dem Kapitolspalast entfernt wurde: „Das ist der Anfang vom Ende. Die haben angefangen, das Kapitäl zu demontieren.“

JÜRGEN VORDEMANN

Wiederentdeckt: Tollers „Wunder in Amerika“

Frommer Schreikrampf

Angestrahlt von einem American-Pink und einer glühgrünen Gloriole hängt die tote Mary Baker-Eddy in einem Krickengestell vor ihrer Glaubensgemeinde. Die entrichten Glaubensbrüder und -schwestern hatten zuletzt ihre Botschaft nur noch vom Band gehört. Das Seelenbusiness muß so on: So endet das Schauspiel „Wunder in Amerika“ von Ernst Toller und Hermann Kesten. Es wurde 1931 am Nationaltheater Mannheim uraufgeführt, seither galt es als verschollen. Jetzt wurde der Text im Archiv des Mannheimer Theaters wiedergefunden und die württembergische Landesbühne wagte sich an eine Wiederbelebung.

Im Mittelpunkt steht die Gründerin der „Christian Science“, Mary Baker-Eddy (1821-1910), der Stefan Zweig den großartigsten Aufstieg einer Frau im 19. Jahrhundert“ bescheinigt und die mit krollharem Glauben und Geschäftssinn, gepaart mit Sendungs- und Führerqualitäten, mit ihrer Heillehre die ganze Welt eroberte. Diese Frau wird von Sabine Hahn psychologisch glaubhaft gespielt.

Mary Baker wird mit diesem Stück jedoch, das 1931 aktuell gemeint sein mochte, heute nur für neue Tendenzen der Heils-Dollar-Mystik in Anspruch genommen. Dadurch mißfällt die Inszenierung. Zugeschnitten auf diese beherrschende Figur fallen Gruppenszenen fehl aus; lauter

Deppen können doch diese gefügige Gemeinde im Konzernschnitt nicht gebildet haben.

Neben dem erhebenden Sektensingsang, einer auch heute wirksamen Heilsharmonik (Musik: Uli Bühl), und der Schilderung des immer gleichen Gruppenrituals, fallen Einzelbeobachtungen doch aus dem Rahmen: Mary mit dem toten Eddy (Jan Schreiber), ein Bild einer in kalte, wunde Lust verfallenen Frau, oder der Auftritt von Marys Widersacherin Mahel Smith (Isa Schluhbach), die als Millionärin von New York aus den „Aufstand“ probt und verliert. Reinhold Ohngemach als John Oxford, Untersuchungsrichter, entwickelt sich als leise nölender TV-ähnlicher „Kommissar-Verschmitt“ und entpuppt sich zum Ende als perfekter Regisseur des Schreikrampf-Christentums.

Generell aber fallen das Ungleichgewicht im Tempo, der Choreographie (Pavel Mikulastik) in der Gruppenführung auf, auch eine überstrapazierte deklamatorische Gestik, vor allem vor der Pause. Trotz eines sich steigenden Aufbaus und genau geführter Dialoge schwankt das ganze zwischen Revue und Drama.

Ein Wunder geschieht in Esslingen nicht. Man wird allenfalls belehrt, wie „Wunder in Amerika“ gemacht werden und darüber, daß die Verführerqualität des Seelengeschäfts immer gleich bleibt. REINER NERVALL

München: Offenbachs „Blaubart“ unter Matiassek

Riesenbett für Boulotte

Wo immer man ein Stück von Offenbach zu fassen kriegt, freut man sich darauf und ist anschließend enttäuscht. Woran liegt das? An den eigenen falschen Erwartungen? An der Musik, die doch nicht durchgängig stücktragend ist? Am Theaterhandwerk, das Schwierigkeiten hat, Offenbachs Witz, ohne ihn ganz aus seiner eigenen Sphäre zu lösen, so anzuspitzen, daß er heute noch sticht?

Der neue „Blaubart“ am Gärtnerplatz, der erste überhaupt in München, entläßt uns mit argen Zweifeln. So richtig es sein mag, das Stück nicht radikal auf einen aktuellen Bezugspunkt hinzutrimmen, sich grelle Verfremdung zu versagen - Helmut Matiassek Inszenierung artikuliert nicht klar genug, warum sie eigentlich stattfindet.

Wenn es überhaupt einen Anknüpfungspunkt gibt, von dem aus Offenbach klappen könnte, dann wäre das die Musik. Es müßte sich einer in sie verliehen, ihre Struktur, ihre Frechheit, ihren Charme und ihre Pikanterie aufspüren und diese Strukturen auf die Darsteller übertragen. Wie beim Ballett interessiert bei Offenbach nur, was übrig bleibt, wenn man sich Dekor und Kostümaufwand wegdenkt. Und da blieb hier nicht mehr viel. Matiassek läßt allzuviel weg, jedoch eher Drehbühne, Hänger und Dekorationsstücke statt der Menschen.

Daher gewinnen sie keine rechte Kontur. Sie scheinen alle schon bei Stückbeginn zu wissen, daß sie sich einer Satire unterziehen, ringen sofort mit einer übertriebenen, aufgesetzten Heiterkeit, legen uns nahe, das Ganze gleichsam „zu hören“. Aber das verdriß den Spaß. Die Situationen müßten ja zunächst ruhig erungen und erspielt, erst dann ironisch gebrochen werden. Das gelingt fast nur Manfred Lichtefeld als grotesk gefährlichem König Bobbe.

Monika von Zellinger versucht, mit originell sich verwindenden Hängern, ins Gigantische übersetzten Einzelteilen (Riesenbett, Riesenleuchter, Riesenkanonendrohre) die Essenz des Ortes anzudeuten, ohne der Bühne die Luft zu nehmen. Das geschieht oft mit Geschmack. Wenn jedoch der Chor kommt, tobt wieder die hoffungslose Menschen- und Materialschlacht.

Tamara Lund stammt die dralle Boulotte couragiert und sommersprossig auf die Bühne, Udo Holdorf setzt eher Herodes als Lohengründe für seinen anarischen Blaubart ein. Tristan Schick am Pult, sonst mit sehr leichter Hand begabt, braucht vielleicht noch ein paar Vorstellungen, bis Offenbachs feingedrehte Musik entsprechend zitiert herauskommt. Bei der Premiere klang's noch ein bißchen struppig.

BEATE KAISER

Nächste Vorstellung: 23. Febr., Kartenbestellung: 089 / 30 16 767

Mike Newells neuer Film „Dance with a stranger“

Tod dem Trunkenbold

Wenn der Verleih bei dem englischen Film „Dance with a stranger“ nicht ganz auf einen deutschen Titel verzichtet hätte, wäre „nicht die Mörderin, der Ermordete ist schuldig“, keine schlechte Wahl gewesen.

Der Regisseur Mike Newell, der die Geschichte von der letzten Frau, die in Großbritannien hingerichtet wurde, auf die Leinwand gebracht hat, ist offenbar der Auffassung, daß die Barfrau Ruth Ellis, die 1955 gehängt wurde, weit eher Gnade vor dem Gesetz verdient hätte als der nichtszuende Spöhlender Oberklasse, den sie auf offener Straße niedergestreckt hat.

Die Ruth Ellis ist in einem Nachtlokal tätig. Sie ist geschieden und hat ein Kind, einen sehr lieben Jungen, den einer ihrer treuesten Freunde in einem Internat untergebracht hat. Man erkennt schnell, daß dieser unterste stille Mann ihren Erfolg als freudig von allen begrüßte Stimmungsstimmung mißtraulich betrachtet, und daß sie auf einen privaten Frivolität ihrer Existenz mit einem Schlagschlag herausstößt.

Ein neuer Boyfriend aus einer reichen Familie scheint das zu versprechen. Obendrein ist er auch noch ein fabelhafter Liebhaver, was den Kinobesuchern sehr deutlich vor Augen geführt wird. Aber er ist mit einem harmlos-netten Mädchen aus seiner eigenen Schicht verlobt, und vermut-

lich ist es die Spannung zwischen den zwei grundverschiedenen Elementen, die ihn zum Trunkenbold macht. Streit und Versöhnung wechseln sich rasch ab, bis zu der nebligen Nacht, in der Ruth in äußerster Wut und Verzweiflung zum Revolver greift.

Wie Miranda Richardson die Wandlung von dem lebensfrohen und allseitig begehrten Geschöpf - eine Marilyn-Monroe-Dublette für bescheidene Ansprüche - zu dem aschfahlen, gepeinigten Wesen wird, das an der Treulosigkeit und halbverwundten Brutalität des jungen Trunkers zerbricht, ist eine grandiose Leistung, an der sicherlich auch der Regisseur einen großen Anteil hat.

Wie gründlich und inspiriert Newell arbeitet, läßt sich an der Führung der vielen männlichen Darsteller ablesen und an der Treffsicherheit, mit der er die verschiedenen Milieus gezeichnet hat: Das Drum und Dran des Autorensports, den stillen Sonntag auf dem Lande, die verschiedenen kleinbürgerlichen Wohnstätten neben ihrer Zügelung als Liebesnester und vor allem die Bar selbst, die Stätte aller Begegnungen, die in ihrer unverwechselbaren Mischung aus großer und kleiner Welt, mit den Aufbauten von Whisky- und Likörflaschen das Zeitbild von 1955 läßt sich hervorragend auf den Punkt bringen. Und wie ähnlich ist das alles! Man kann sich einen ganzen Wochenendausflug an die Themse ersparen. HELLMUT JÄSSRICH



Fred Thieler, der in wenigen Wochen 70 Jahre alt wird, unübellich einer Ausstellung seiner Arbeiten

Fred Thieler: Berliner Akademie zeigt das Werk des führenden Vertreters der informellen Malerei

Leben fern aller Figurationen in Raum und Zeit

Was auf den ersten Blick wie ein nobel, wenigwillig inszenierter Festakt aussieht, gerät unversehens zum brillanten Gegenbeweis. Erst im Mai vergangenen Jahres hatte der Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Günter Grass, der gegenstandslosen Kunst vom Anfang der fünfziger Jahre vorgeworfen, sie habe sich „ins Unverändliche“ verdrückt: „Während innenpolitisch die Restaurierung obrigkeitstaatlicher Machtverhältnisse Fortschritte machte, ließ sich eine unkritische Avantgarde, die sich allenfalls formalen Widersprüchen aussetzte, nach außen als Zeugnis neudeutscher Modernität und Weltoffenheit vorweisen.“

Nicht nur, daß der Präsident sein diskriminierendes Vorurteil jetzt in einem Katalog der von ihm vertretenen Akademie nachlesen darf - der Anlaß selbst widerlegt seine Aussagen souverän. Es ist die Ausstellung mit Arbeiten von Fred Thieler.

Fred Thieler - seit 1959 lebt, lehrt, arbeitet er in Berlin - ist einer der überragenden Künstlergestalten der informellen Malerei in Deutschland.

Der geborene Königsberger hatte ursprünglich ein Medizinstudium begonnen. Die Nazis machten ihm, wegen der jüdischen Mutter, einen Strich durch die Lebenspläne und zwangen ihn, zeitweise untertauchen. Die künstlerische Biographie beginnt deshalb eigentlich erst nach dem Kriege, mit dem Studium in München; sie erlebte ihre entscheidende Vertiefung zu Beginn der fünfziger Jahre in Paris, durch die Kontakte zu Hartung, Poliakoff und Soulas.

Seltsamerweise sieht sich Thieler, der in wenigen Wochen seinen 70. feiert, heute in der begrifflich albernen „Vater-“, sogar „Großvaterrolle“ von Künstlern verschiedener Couleur. Konstruktive sind bei ihm ebenso erfolgreich in die Schule gegangen wie namhafte Berliner Realisten oder Wegbereiter der Neuen Heftigkeit. Dies ist Beleg für Thieler's Fähigkeit, statt Epigonen Könnern zu ertümmen.

Seinen eigenen Weg ist er mit bewundernswürdiger Beharrlichkeit gegangen. Unbestechlich hat er die Visionen einer abstrakten Malerei verfolgt, Geistigkeit in einer Kunst offen-

bar werden lassen, ohne je ins Plakative oder Programatische abzurufen. Die Show-Gebärden eines Matthieu lassen sich bei Thieler nicht denken.

Der Berliner Akademie ist eine überraschend lebendige Präsentation gelungen. Schon an der Frontseite des Düttmann-Baus wird der Besucher von einem Bild empfangen. In der großen Halle können die kräftigen Formate ihrer großen Atem ganz entfalten. Sogar in einer der Shed-Stellflächen findet man eine Arbeit. Andere sind, fahnenförmig, flächig hingebreitet und erinnern so an Thieler's Methode, dem Farbfuß zu ebenen Erde seine Freizügigkeit zu geben. Denn „Zufall“ ist ein wesentliches Element in Thieler's Schaffen, der seine Bilder sich gleichsam „selbst malen läßt“. Aber so wie in den früheren Bildern noch ein starkes Lenken, Abwägen, Markieren und Akzent-Setzen herrschte, wurden auch später die Zufälle behutsam an die Kandare genommen.

Früher Eruptionen, beinahe kalligraphischen Kürzeln, sollten später eindringliche Wände folgen, die sich

nicht in der Mitteilung von Gedanken und Emotionen erschöpfen, sondern diese in Gang setzen. Thieler's Bilder wurden nicht zu Objekten. Zwar collierte er Fragmente vorangegangener Bilder auf seine Leinwände, hob er Abdeckungen wieder auf und öffnete erstaunliche Strukturen und Transparenzen - aber die Tiefe, die Plastizität, entstand in einem übertragenden Sinne. Der Bildtafel-Grund blieb erhalten. Nach den „Galaxien“ und kosmisch anmutenden Bildern entstanden Arbeiten, die wie fotografische Mehrfachbelichtungen anmuten.

In Thieler haben Rot und Blau und Schwarz - und die durch sie beschworene Helle - ihren abstrakten Meister gefunden. „Raum“ und „Zeit“ sind die dramaturgisch stärksten Elemente in seinem Werk. Nicht umsonst mochte Thieler, malend, Tiepolo huldigen. Die Essenz seiner Bilder, die Wucht ihrer Ich- und Lebenserfahrung, bedarf keiner Figurationen, sie weist sie ab.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 17. März: Saarbrücken, 13. April bis 18. Mai: Katalog 24 Mark

JOURNAL

Kein Auslieferungs-Stopp für Buch von Stefan Aust

DW, Hamburg
Der Verlag Hoffmann und Campe hat sich auf Verlangen des früheren Ex-Kommunisten und heutigen Berliner AL-Abgeordneten bereit erklärt, eine 10-Zeilen-Passage des Buches „Der Baader-Meinhof-Komplex“ von Stefan Aust in zukünftigen Auflagen abzuändern. Aust hatte geschrieben, Kuntzmann hätte 1970 auf dem Berliner Juristenball eine Bombe deponiert. Kuntzmann war aber bereits 1973 von diesem Vorwurf rechtskräftig freigesprochen worden. Dies wurde jetzt vom Verlag korrigiert, der gleichzeitig Meldungen zurückwies, daß Kuntzmann einen Auslieferungsstopp des Buches erwirkt hätte.

Program der Berliner Festwochen

GU, Berlin
Die Berliner Festwochen (1. bis 28. 9.) bringen mit den Philharmonikern unter Herbert von Karajan Beethovens 9. Sinfonie (27. u. 28. 9.) zur Aufführung Carlo Maria Giulini dirigiert Verdis Requiem (9. u. 10. 9.), außerdem treten Claudio Abbado (5. u. 6. 9.), Maurizio Pollini, gleichzeitig Solist in drei Mozart-Klavierkonzerten (13. u. 14. 9.) und Giuseppe Sinopoli mit Mahlers Sechster (20. u. 21. 9.) als philharmonische Pult. Als Gastorchestra neben Berlins Radio-Symphonikern unter Riccardo Chailly (7. u. 8. 9.) sind die Jungen Deutsche Philharmonie (2. 9.), das Moskauer Sinfonieorchester (4. 9.), das Concertgebouworchester Amsterdam (11. 9.), das Utah Symphonie Orchestra (16. 9.) und die Münchner Philharmoniker (23. u. 24. 9.) angesetzt. Uraufgeführt werden Auftragskompositionen von Stockhausen („Eva's Lied“), Denisov (Viola-Konzert), Gubaidulina, Pionikow (3. Streichquartett). Eine konzertante Aufführung von Henzes „Die Bassariden“ (28. 9.) durch die Deutsche Oper beschließt das Festival.

Ballett-Gruppen tanzen in Paris

AFF, Paris
Sechszehn Ensembles aus 14 Ländern nehmen am 1. Internationalen Choreographie-Wettbewerb teil, der heute in Paris beginnt. Am stärksten ist mit 37 teilnehmenden Tanzgruppen das Gastland Frankreich vertreten, es folgen die USA, Dänemark und Italien. Die aus mindestens drei Tänzern bestehenden Ensembles führen ein sechs bis 15 Minuten langes Werk eines Choreographen vor. Der erste Preis ist mit rund 23.000 Mark dotiert. Carolyn Carlson, Rosella Hightower, Reinhild Hoffmann und Oscar Araiz gehören der fünfzehnköpfigen internationalen Jury an.

Großer Silberfund aus der Thaker-Zeit

AFF, Sofia
165 vergoldete Silbergefäße aus der Thaker-Zeit sind bei Kanalisationsarbeiten in dem nordwestbulgarischen Dorf Rogozen gefunden worden. Wissenschaftler halten den Fund für den wertvollsten Schatz aus dieser Epoche, der jemals in Europa entdeckt wurde. Die reichverzierten Krüge, Becher und Schalen beweisen nach Angaben der Experten die Existenz einer sehr hochentwickelten thrakischen Kunstschule. Die Stücke, die im vierten vorchristlichen Jahrhundert im Nordwesten des heutigen Bulgariens angefertigt wurden, sind mit Reliefdarstellungen von Tieren, Pflanzen, geometrischen Mustern und mythologischen Szenen geschmückt, die 54 Krüge weichen sämtlich in Größe und Verzierung voneinander ab. Auf dem Grund von 14 Schalen fanden sich thrakische Inschriften in griechischen Lettern.

ČSSR-Plakate im Museum für Gestaltung

DW, Zürich
Plakate für Filme, Ausstellungen, Theater, Musik und zu politischen Anlässen aus der ČSSR zeigt das Museum für Gestaltung in Zürich bis zum 2. März. Die Künstler variieren vor allem Stilmformen der fünfziger und sechziger Jahre oder arbeiten mit Collagen. Der Katalog zu der Ausstellung (15 sfr) ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil er nicht - wie sonst bei Veranstaltungen mit Kunst aus kommunistischen Staaten - „wertfrei“ und affirmativ argumentiert, sondern klar die Bedingungen (vor allem die doppelte Zensur) anspricht.

„Gemeinsam lesen“ auf Brüsseler Buchmesse

JB, Brüssel
Vom 8. bis zum 16. Mai findet im Brüsseler „Centre Rogier“ am Nordbahnhof die 18. Internationale Buchmesse statt. Sie steht in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinsam lesen“. Die Teilnehmerzahl ist höher als erwartet: Fast 100 Länder aller Erdteile haben sich angemeldet, darunter auch China. Die USA ist besonders mit Büchern über neue Technologien vertreten.

ZU GUTER LETZT

„Welcher Kapitän mit Herz u. Verstand, ersetzt bei maritimer Sie, 50 J., flücten-gegangene Steuerbordlampe?“
 — Bekanntschafsgesuch-Anzeige im Hamburger Abendblatt